

**Willy Klages**

**Teuflische Lügen  
und  
bittere Wahrheiten**

**Fragen und Antworten  
zum freien Deutschen Reich  
von 1870  
bis zum 11. November 1918**

**Sonderheft Nr. 38**



**Fragen und Antworten  
zum freien Deutschen Reich  
von 1870  
bis zum 11. November 1918**

**Sonderheft Nr. 38**

**Fragen und Antworten ... 1870-1918**

<b><u>Inhaltsverzeichnis</u></b>	<b>Seite</b>
1. Wer war für den Krieg von 1870/71 verantwortlich?	3-12
2. Wie verwirklichte Bismarck am 18. Januar 1871 einen jahrhundertealten deutschen Traum, den sich die anderen großen europäischen Völker längst erfüllt hatten?	13-19
3. Was verhinderte eine friedliche Zukunft des Deutschen Reiches?	19-20
4. Wieso veränderte Bismarcks Außenpolitik die damaligen europäischen Machtverhältnisse?	20-23
5. Weshalb bekämpfte Bismarcks innenpolitisch vor allem die katholische Kirche?	23-24
6. Warum mußte Bismarck im Jahre 1890 zurücktreten?	24-30
7. Wer war Kaiser Wilhelm II.?	31-34
8. Wie entwickelte sich die gesellschaftliche Ordnung nach der Gründung des Deutschen Kaiserreiches?	34-38
9. Was leitete frühzeitig den Untergang des Deutschen Reiches ein?	38-44
10. Wieso kämpften die imperialistischen Großmächte erbittert um ausländische Kolonien?	44-49
11. Weshalb beteiligten sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts immer mehr Staaten am weltweiten Imperialismus?	49-50
12. Warum störte das Deutsche Reich die Weltmachtspolitik der Großmächte?	50-54
13. Wer profitierte in erster Linie an dem Bau der Bagdadbahn?	54-57
14. Wie kamen die Vereinigten Staaten von Amerika zu weiteren Kolonien?	57-58
15. Was führte dazu, daß man die Preußen und Deutschen bereits Ende des 19. Jahrhunderts in den französischen und britischen Zeitungen als böse und kriegslüsternd bezeichnete?	58-60
16. Wieso förderte die deutsche Bündnispolitik schließlich den Ausbruch des Ersten Weltkrieges?	60
17. Weshalb wurde Kaiser Wilhelm II. als Kriegstreiber diffamiert?	60-63
18. Warum war der aggressive Panlawismus eine entscheidende Ursache für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges?	63-64
19. Wer verbündete sich bereits frühzeitig gegen das Deutsche Reich?	64-67
20. Wie verabschiedete Kaiser Wilhelm II. am 27. Juli 1900 in Bremerhaven die zur Bekämpfung des Boxeraufstandes nach China abreisenden deutschen Truppen?	67-73
21. Was löste die "Daily Telegraph-Affäre" aus?	73-76
22. Wieso leiteten die Balkankriege den Ersten Weltkrieg ein?	77
23. Weshalb unterstützte das Attentat von Sarajevo den Ausbruch des Ersten Weltkrieges?	77-78

24. Warum ermöglichten die leichtfertigen Bündniszusagen (sogenannte "Blankoschecks") der deutschen Regierung letzten Endes den ungewollten verhängnisvollen Ersten Weltkrieg?	79-80
25. Wer begann den Ersten Weltkrieg?	80-87
26. Wie kam es dazu, daß die Deutschen bis zum heutigen Tag die Hauptschuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges anerkennen müssen?	87
27. Was führte zur Kriegsbegeisterung im August 1914	87-88
28. Wieso wurde das Friedensangebot der Mittelmächte im Dezember 1916 abgelehnt?	88-89
29. Weshalb beteiligten sich die Vereinigten Staaten von Amerika im Jahre 1917 direkt am Ersten Weltkrieg?	89-90
30. Warum entschied der US-Kriegseintritt vom 6. April 1917 den Ausgang des Ersten Weltkrieges?	90
31. Wer unterzeichnete im November 1917 die sogenannte "Balfour-Deklaration?"	91
32. Wie wurde die russische Oktober-Revolution 1917 finanziert?	91-92
33. Was bedeutete der Abschluß des Waffenstillstandes vom 11. November 1918 aus völkerrechtlicher Sicht?	92
34. Wieso wurde das Waffenstillstandsabkommen vom 11. November 1918 durch die Entente-Mächte schändlich gebrochen?	92-93
35. Weshalb konnte das globale Terrorimperium während des Ersten Weltkrieges Millionen von Menschen ungestraft in den Tod treiben?	94
36. Warum existierte unter den westlichen Alliierten während und nach dem Ersten Weltkrieg eine haßerfüllte Stimmung gegenüber den Deutschen?	94-95
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	96-98

## **Fragen und Antworten zum freien Deutschen Reich von 1870 bis zum 11. November 1918**

### **1. Wer war für den Krieg von 1870/71 verantwortlich?**

Als der deutsche Prinz Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen (ein katholischer Verwandter des preußischen Königs Wilhelm I.) im Mai 1870 das Angebot der spanischen Regierung vom September 1869 (Kandidatur für den spanischen Königsthron - Königin Isabella hatte man bereits 1868 aus Spanien vertrieben) annahm, reagierte der französische Kaiser Napoleon III. erwartungsgemäß empört ("Umklammerung durch Deutschland und Spanien").

Obwohl König Wilhelm I. nach dem Protest des französischen Botschafters Graf Benedetti (1817-1900) unverzüglich einlenkte und Prinz Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen bereits am 12. Juli 1870 auf den spanischen Königstitel verzichtete, verlangte der französische Kaiser aus Prestige Gründen eine schriftliche Verzichtserklärung für alle zukünftigen spanischen Königstitel.

Der preußische König wirkte daraufhin zwar erbost und verstimmt, doch er lehnte diese völlig übertriebene, für damalige Verhältnisse unverschämte Forderung, zunächst in bestimmter, aber höflicher Form ab (x215/328). Anschließend ließ Wilhelm I. die Erklärung per Telegramm an Bismarck weiterleiten und beauftragte den preußischen Ministerpräsidenten, diese gemäßigte Ablehnung in den preußischen Zeitungen zu veröffentlichen (sog. "Emser Depesche").

Bismarck wählte für die Zurückweisung des preußischen Königs jedoch bewußt eine gekürzte Fassung, so daß die Erklärung plötzlich ungewöhnlich schroff wirkte, denn Bismarck hatte im

Gegensatz zum preußischen König beschlossen, die französische Herausforderung anzunehmen.

Bismarck berichtete später über die "Emser Depesche" (x056/248): >>(Ich empfang Tele-gramme), ... daß der Prinz von Hohenlohe der Kandidatur entsagt habe, um den Krieg abzuwenden, mit dem uns Frankreich bedrohte, und daß der König nach den französischen Bedrohungen ... im Parlament und in der Presse mit (dem französischen Botschafter) Benedetti zu verhandeln fortfuhr. ...

Mein erster Gedanke war, aus dem Dienste zu scheiden, weil ich ... in diesem erpreßten Nachgeben eine Demütigung Deutschlands sah, die ich nicht ... verantworten wollte. ... Zum Rücktritt entschlossen, ... (speiste ich am 13. Juli mit dem Kriegsminister von Roon und dem Generalstabschef von Moltke. Als mir während der Unterhaltung ein Telegramm überbracht wurde), ... las ich dasselbe meinen Gästen vor, deren Niedergeschlagenheit so tief wurde, daß sie Speise und Trank verschmähten.

Bei wiederholter Prüfung des Aktenstücks verweilte ich bei der ... Ermächtigung Seiner Majestät, den Inhalt ganz oder teilweise zu veröffentlichen. Ich stellte an Moltke einige Fragen in bezug auf ... den Stand unserer Rüstungen. ... Er antwortete, ... er halte den schnellen Ausbruch (des Krieges) ... für uns für vorteilhafter als eine Verschleppung.

Der Haltung Frankreichs gegenüber zwang uns nach meiner Ansicht das nationale Ehrgefühl zum Kriege. ... (Im anderen Falle) verloren wir auf dem Wege zur Vollendung unserer nationalen Entwicklung den ganzen 1866 gewonnenen Vorsprung. ... Ich ... reduzierte in Gegenwart meiner beiden Tischgäste das Telegramm durch Streichungen, ohne ein Wort hinzuzusetzen oder zu ändern ...

(Moltke bemerkte: Gegen vorher klingt das) "jetzt wie eine Fanfare in Antwort auf eine Herausforderung". Ich erläuterte: "Wenn ich diesen Text an die Zeitung (und) ... alle Gesandtschaften mitteile, so wird er ... in Paris ... den Eindruck des roten Tuches auf den ... Stier machen. Schlagen müssen wir, wenn wir nicht den Eindruck des Geschlagenen ohne Kampf auf uns nehmen wollen. ... Wichtig ist, daß wir die Angegriffenen seien." ... (Die beiden Generäle) ... hatten plötzlich Lust zu essen und zu trinken wiedergefunden und sprachen in heiterer Laune.<<

Die "Emser Depesche" vom 13. Juli 1870 lautete nach Bismarcks Kürzung wie folgt (x145/145): >>Nachdem der Thronverzicht des Prinzen von Hohenzollern der französischen Regierung amtlich mitgeteilt ist, hat der französische Botschafter in Ems an den König noch die Forderung gestellt, daß er sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkommen sollten. Der König hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen.<<

Am 19. Juli 1870 übergab der französische Botschafter dem preußischen König die Kriegserklärung (x056/248): >>... Infolgedessen hat die Regierung Seiner Kaiserlichen Majestät für die Verteidigung ihrer Ehre und ihrer gefährdeten Interessen Vorsorge treffen zu müssen geglaubt und, entschlossen, hierzu alle durch die ihr aufgezwungene Situation gebotenen Maßregeln zu ergreifen, betrachtet sie sich von jetzt ab im Kriegszustand mit Preußen.<<

Da Preußen diesen Krieg nicht zielstrebig geplant hatte, war hauptsächlich Napoleon III. für den Kriegsausbruch (1870/71) verantwortlich. Für den nordamerikanischen Senat und die US-Presse war Napoleon III., der seit 1866 fast nur schwere außenpolitische Niederlagen hinnehmen mußte, damals jedenfalls eindeutig der Kriegsverursacher (x063/411).

Deutsche und französische Historiker erklärten später in einer gemeinsamen Studie zur Kriegsverantwortung (x056/249): >>Beide Seiten (haben) dazu beigetragen, ... die bestehenden Spannungen zu verschärfen:

1. Bismarck durch seine geheime Förderung der hohenzollerischen Thronkandidatur in Spanien, durch die er hoffte, Napoleon ... diplomatisch so in die Enge zu treiben, daß der Sturz des

kaiserlichen Regimes die Folge sein konnte. ...

2. Napoleon und sein Kabinett durch Übersteigerung ihrer diplomatisch-politischen Gegenoffensive seit dem 6. Juli, vor allem durch die Garantieforderung an König Wilhelm, durch die sie sich vor Europa ins Unrecht setzten, obwohl Napoleon und die meisten seiner Minister im Grunde den Krieg mehr fürchteten als wünschten.

3. Zuletzt Bismarck durch die bekannte Kürzung der Emser Depesche, die zwar keine "Fälschung", aber eine bewußte Verschärfung darstellt mit dem Ziel, Frankreich zur Hinnahme einer schweren diplomatischen Niederlage oder zur Kriegserklärung zu zwingen.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 29.05.2004) über die preußisch-französischen Beziehungen vor dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71

(x887/...): >>>Der letzte Schritt auf dem Weg zum Reich

Im Deutsch-Französischen Krieg bricht Preußen den Widerstand Kaiser Napoleons III. gegen die deutsche Einheit

Traditionell lieben französische Staatsführungen Deutschland so sehr, daß sie froh sind, wenn es mehrere davon gibt, und daß sie das ihnen mögliche tun, um dazu beizutragen. So hatte der Kaiser der Franzosen im Prager Frieden vom 23. August 1866, der den Deutschen Krieg beendete, durchgesetzt, daß Deutschland dreigeteilt wurde in den preußisch dominierten Norddeutschen Bund, der die Maingrenze im Süden nicht überschreiten durfte, in das Kaiserreich Österreich sowie in die süddeutschen Mittel- und Kleinstaaten des sogenannten Reinen oder Dritten Deutschlands, die analog zum Norddeutschen einen Süddeutschen Bund bilden sollten, der "eine internationale unabhängige Existenz haben wird".

Dazu, daß es zu diesem von Frankreich protegierten Südbund nie gekommen ist, haben Bayern auf direktem und Österreich auf indirektem Wege nicht unwesentlich beigetragen. Es war nämlich der damalige österreichische Staatskanzler Klemens Wenzel Fürst von Metternich gewesen, der auf dem Wiener Kongreß von 1814/15 dafür Sorge getragen hatte, daß Preußen und Bayern Exklaven im Rheinland besaßen. Zum einen sollten die beiden Mächte, die zuvor häufiger mit Frankreich gegen die deutsche Zentralgewalt paktiert hatten, dadurch genötigt sein, sich an der Wacht am Rhein zu beteiligen. Zum anderen hoffte Metternich zu Recht, daß Bayern und Preußen fortan versuchen würden, eine Landbrücke zwischen dem Mutterland und der Exklave im Westen zu schlagen, und daß dieses Bemühen die betroffenen Nachbarn zu natürlichen Verbündeten Österreichs machen würde.

In der Tat vergiftete das bayerische Bemühen um eine Landbrücke zur Pfalz die Beziehungen der Süddeutschen untereinander derart, daß das für einen freiwilligen Zusammenschluß in einem von der Regionalmacht Bayern geführten Südbund nötige Vertrauen nicht bestand.

Die Realisierung der von Frankreich verfolgten Idee der Trias wurde auch dadurch unterlaufen, daß Preußen durch den Abschluß von geheimen Schutz- und Trutzbündnissen mit Württemberg, Baden, Bayern und Hessen - in wenn auch sehr bedingtem Umfange - der Sprung über den Main gelang. Zum Abschluß dieser für den Deutsch-Französischen Krieg nicht unerheblichen Bündnisse trug Frankreich selber - wenn auch ungewollt - bei.

Für den Machtgewinn Preußens durch den Prager Frieden hatte Napoleon III. territoriale Kompensationen im deutsch-französischen Grenzraum gefordert. Dazu gehörten Saarbrücken, Landau, Luxemburg, die bayerische Pfalz sowie das linksrheinische Hessen mit Mainz. Bismarck ließ sich einen entsprechenden französischen Vertragsentwurf aushändigen und zeigte ihn den süddeutschen Regierungen, die darauf in der erwarteten Weise reagierten. Auf der Suche nach Schutz vor den französischen Expansionswünschen zeigten sie sich zu den Verteidigungsbündnissen mit Preußen bereit.

Der preußische Ministerpräsident Otto Graf von Bismarck wagte es nicht, Napoleons Forderungen rundheraus abzulehnen, und versuchte deshalb, dessen Aufmerksamkeit von deutschem auf nichtdeutsches Territorium zu lenken, zu dem er neben dem belgischen auch das

luxemburgische zählte. Die französische Regierung ließ sich darauf ein, und so wurde Bismarck nun ein Vertragsentwurf ausgehändigt, der Belgien und Luxemburg als Kompensationen vorsah.

Mit dem Großherzogtum, das in Personalunion mit den Niederlanden verbunden war, wollte die französische Regierung beginnen, getreu dem Motto ihres Botschafters in Berlin, Vincent Graf Benedetti: "Einmal in Luxemburg, sind wir auf der Straße nach Brüssel, wir werden auf diesem Weg um so schneller dort eintreffen."

Bismarck war grundsätzlich einverstanden, da "hier der natürliche Machtzuwachs liege, wie er sowohl durch Nationalität und Sprache, als durch das defensive System Frankreichs vorgezeichnet werde". Bismarck betrachtete Luxemburg als einen nichtdeutschen Staat, in dem "die Stimmung namentlich unter den Reichen vielleicht mehr nach Paris gewandt sei", und signalisierte deshalb der französischen Regierung grundsätzliches Einverständnis.

Aber er wußte auch, daß die Nationalbewegung in seinem Land mehrheitlich anders dachte. Luxemburg ist immerhin bis zu dessen Ende 1866 Mitglied des Deutschen Bundes gewesen, und bei der Landessprache Luxemburgisch handelt es sich um eine moselfränkische Mundart des Deutschen. Bismarcks Einverständnis mit einer Einverleibung des Großherzogtums durch das Kaiserreich konnte deshalb nur ein geheimes sein, wollte er nicht die deutsche Nationalbewegung gegen sich aufbringen. Er versuchte, dieses den Franzosen zu signalisieren, und mahnte sie, die Vorbereitungen im geheimen vorzunehmen, um dann Preußen scheinbar vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Die französische Regierung verhielt sich entsprechend dem Rat und trat in Geheimverhandlungen mit dem luxemburgischen Großherzog ein, mit dem Ziel eines Kaufes des Landes. Der unter Geldnot leidende Wilhelm III. war hieran auch durchaus interessiert, doch wollte er in dieser Sache nichts ohne die ausdrückliche Zustimmung der Preußen machen, die aus der Zeit des Deutschen Bundes noch Truppen in der vormaligen Bundesfestung stationiert hatten.

Entgegen dem wohlbegründeten Rat der Franzosen fragte er offiziell den preußischen König nach dessen Meinung. Offiziell gefragt, konnte die Antwort der preußischen Staatsführung nur negativ lauten, wollte sie nicht als Vaterlandsverräter dastehen (und jede Hoffnung auf eine deutsche Einigung unter ihrer Führung aufgeben). Wilhelm III. brach daraufhin die Beziehungen mit den Franzosen ab.

Für diese Blamage machte Napoleon Bismarck verantwortlich, der ihn hinterhältig in eine Falle gelockt habe. Das Vertrauensverhältnis war zerstört, die preußisch-französischen Beziehungen belastet bis zerrüttet, ein Einverständnis Frankreichs zur Ausdehnung des Norddeutschen Bundes über den Main undenkbar. Im britischen Außenministerium wurde die Situation auf den Punkt gebracht: "Frankreich würde, wenn es inzwischen nicht weiser werde, die deutsche Einigung als casus belli betrachten". "Sehr wahr und weise", kommentierte deshalb Bismarck in einer Randglosse eine Bemerkung seines Königs, er selbst werde die Einigung Deutschlands nicht erleben, ob sein Sohn stehe dahin, vielleicht erst sein Enkel.

Doch dann brachte die spanische Thronfolgefrage eine ungeahnte Dynamik in den deutschen Einigungsprozeß. 1868 wurde in Spanien Königin Isabella II. von ihrem eigenen Militär gestürzt. Auf der Suche nach einem Nachfolger trat der Ministerrat an Erbprinz Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen heran. Bismarck war klar, daß ein Hohenzollernprinz auf dem Throne Karls V. bei den Franzosen unangenehme Erinnerungen an die Zeit der habsburgischen Umklammerung wachrufen würde.

Das motivierte ihn, die Kandidatur zu fördern, getreu der Devise: "In unserem Interesse liegt es, daß die spanische Frage als Friedens-Fontanelle offen bleibt, und eine für Napoleon angenehme Lösung ist schwerlich die uns nützliche." Entsprechend Bismarcks Rat stellte sich Leopold am 19. Juni 1870 als Kandidat zur Verfügung. Zwei Tage später wurde die Kandidatur vom Chef des Gesamthauses, dem preußischen König Wilhelm I., gebilligt.

Als jedoch die Kandidatur in Paris bekannt wurde, brauchte die französische Regierung nur entschlossen genug zu reagieren, um die Hohenzollern zum Nachgeben zu bewegen. Auf ein entsprechendes Handschreiben Wilhelms I. hin zog Leopold seine Kandidatur zurück. Was dann geschah, erfuhr die damalige Öffentlichkeit durch die von Bismarck durch Reduktion pointierte Emser Depesche:

"Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern der Kaiserlich Französischen Regierung von der Königlich Spanischen amtlich mitgeteilt worden sind, hat der französische Botschafter in Ems an seine Majestät den König noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisieren, daß er nach Paris telegraphiere, daß seine Majestät der König sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur wieder zurückkommen sollten.

Seine Majestät der König hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen, und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß seine Majestät dem Botschafter nichts weiter mitzuteilen habe."

Keine Woche später, am 19. Juli 1870, erklärte das französische Kaiserreich dem preußischen Königreich den Krieg.

Im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 gelang es Preußen mit seinen Verbündeten, Frankreich zu besiegen und damit das letzte externe Hindernis auf dem Weg zu einem kleindeutschen Nationalstaat unter seiner Führung aus dem Weg zu räumen. Ebenso wie bei der Frage des Kriegseintrittes konnten sich die süddeutschen Regierungen auch in jener des Beitritts zum Norddeutschen Bund dem Sog der Nationalbewegung kaum entziehen. Und wo das nicht reichte, kam Bismarck den Regierungen mit der Gewährung von Sonderrechten entgegen.

Nachdem der Norddeutsche Bund durch den Beitritt der Süddeutschen zum Deutschen Reich geworden war und der Herrscher des zweitgrößten Mitgliedsstaates, Ludwig II. für eine jährliche Pension von 100.000 Talern dem bisherigen sogenannten Präsidium, sprich Wilhelm I., die Kaiserkrone angeboten hatte, konnte am 18. Januar 1871 der König von Preußen zum Deutschen Kaiser proklamiert werden. Dieser Akt im Spiegelsaal von Versailles versinnbildlichte wie kein anderer für das Gros der (Reichs-)Deutschen die Erfüllung des nationalen Traums von der Deutschen Einheit.

### **Was für den Kriegsausgang von Bedeutung war**

Frankreichs Niederlage hat zweifellos auch militärische Gründe. Wie schon 1866 verlief auch diesmal die preußische Mobilisierung - ganz im Gegensatz zur französischen - schnell und reibungslos, so daß die Preußen schnell das Heft des Handelns in die Hand bekamen. Trotz diverser Disziplinlosigkeiten auf preußischer Seite kam doch in diesem Einigungskrieg die Genialität des Generalstabschefs Helmuth von Moltke in einer Weise zur Geltung wie in keinem der vorausgegangenen.

Hier konnte er in den Schlachten von Sedan und Metz sein Konzept der Umfassungs- und Vernichtungsschlacht anders als bei Königgrätz, wo den Österreichern das Entweichen aus der Umklammerung gelungen war, vollständig umsetzen. Hinzu kam eine hohe Motivation bei den deutschen Truppen, und damit kommen wir zu den politischen Gründen für den Kriegsausgang.

Zu seiner Überraschung mußte das Empire feststellen, daß es nicht nur Preußen und dem Norddeutschen Bund, sondern der geballten Kraft des späteren Deutschen Reiches - mit Ausnahme des damals noch zu Frankreich gehörenden Elsaß-Lothringen - gegenüberstand. Eine ungeahnte nationale Begeisterung und Solidarität hatte das Land erfaßt, die es den süddeutschen Regierungen unmöglich machte, den Bündnisfall nicht als gegeben anzusehen.

Dazu hatte das Kaiserreich das Seinige beigetragen. Es hatte Preußen den Krieg erklärt, und nicht nur in Deutschland wurden eher die Forderungen des französischen Botschafters Bene-

detti als die Reaktion des preußischen Königs Wilhelm I. hierauf als Zumutung und Provokation betrachtet.

Neben diesen generellen gab es für die einzelnen Großmächte noch spezielle Gründe, Frankreich nicht beizuspringen. Einige seien hier genannt. Das Königreich Italien wünschte sich den vom katholischen Empire geschützten Kirchenstaat einzuverleiben. Für die Habsburgermonarchie bot der Deutsch-Französische Krieg zwar zumindest theoretisch die Chance einer Revanche für 1866, doch hatte der antifranzösische Zorn der deutschen Nationalbewegung nicht an den Grenzen Bayerns, Sachsens und Preußens haltgemacht, sondern auch große Teile der deutschen Volksgruppe in der Habsburger Doppelmonarchie erfaßt.

Auch unter den Ungarn stieß die Idee eines Kampfes gegen Preußen auf Widerstand, denn immerhin hatte deren Sieg über Österreich den Magyaren erst mit dem sogenannten Ausgleich von 1867, der in der neuen Bezeichnung Österreich-Ungarn signifikant zum Ausdruck kam, die Gleichberechtigung mit den Deutschen in der Donaumonarchie gebracht. Ihnen war die deutsche Frage ziemlich egal. Sie sorgten nun dafür, daß sich das Habsburgerreich vermehrt ihrem Interessengebiet, nämlich dem Balkan, zuwandte.

Das wiederum trieb Rußland in die Arme Preußens. Davon abgesehen war das Zarenreich während des Deutsch-Französischen Krieges weitgehend damit beschäftigt, in dessen weltpolitischem Windschatten und mit Preußens Unterstützung den Ausgang des verlorenen Krimkrieges zu revidieren und die Souveränität über das Schwarze Meer wiederherzustellen.

Großbritannien schließlich wurde von einem Eingreifen auf seiten Frankreichs nicht zuletzt dadurch abgehalten, daß Bismarck in der Woche nach der französischen Kriegserklärung in der Londoner Times den oben erwähnten französischen Vertragsentwurf bezüglich einer Kompensation durch Luxemburg und Belgien veröffentlichte. Daß die seefahrende Großmacht Frankreich versucht hatte, in den Besitz der der Themsemündung gegenüberliegenden Kanalküste zu gelangen, kostete Napoleon viele Sympathien auf der Insel. Auch in diesem Detail zeigt sich Bismarcks außenpolitische Größe, an deren Fehlen sein Land seit 1890 so sehr leidet.<<

Der deutsche Historiker Dag Krienen berichtete im März 2021 über den Französisch-Deutschen Krieg von 1870/71 (x1.032/...): >>**Der Deutsch-Französische Krieg von 1870/71**  
Von *Dag Krienen*

Nach einem Gefecht, in dem 1870 bayerische und preußische Truppen Schulter an Schulter einen Sieg über die Franzosen errungen hatten, wandte sich der preußische Kronprinz Friedrich Wilhelm an einen bayerischen Soldaten:

"Brav habt ihr Bayern euch gehalten. Ich bin stolz darauf, euer Oberbefehlshaber zu sein." Der Angesprochene stand stramm und antwortete: "Ja, Hoheit, Königliche. Hätten Sie uns g'führt anno Sechasechse, da hätten S' g'schaut, wie mer die Malefizpreiß'n außa g'stampert hätt'n!"

1870/71 zogen auf deutscher Seite Armeen miteinander in den Kampf, die wenige Jahre zuvor noch gegeneinander gefochten hatten. Die alten Ressentiments waren noch nicht verschwunden. Auch Friedrich Wilhelm fand an den bayerischen Soldaten manches auszusetzen. Doch gegen Frankreichs Armeen wirkten die Kriegsgegner von 1866 militärisch effektiv zusammen. Der Kampf gegen den gemeinsamen Feind stärkte das Bewußtsein, einer nationalen Schicksalsgemeinschaft anzugehören, und bildete eine wichtige Voraussetzung für die während des Krieges geschaffene staatliche Einheit Deutschlands.

Bereits durch den Krieg von 1866 hatte der preußische Ministerpräsident Otto von Bismarck sein zentrales Ziel, die Großmachtstellung Preußens auf Dauer abzusichern, weitgehend erreicht. Nach dem Herausdrängen Österreichs dominierte Preußen den mit den deutschen Staaten nördlich der Mainlinie 1867 geschlossenen Norddeutschen Bund.

Diesen Bund durch Anschluß der süddeutschen Staaten zu einem kleindeutschen Nationalstaat unter preußischer Führung weiterzuentwickeln, lag zwar nahe. Der nunmehrige norddeutsche

Bundeskanzler Bismarck - seit 1866 zum Hoffnungsträger der bürgerlichen deutschen Nationalbewegung avanciert - hatte damit aber keine Eile. Noch Anfang 1869 betonte er: "Ein willkürliches, nur nach subjektiven Gründen bestimmtes Eingreifen in die Entwicklung der Geschichte hat immer nur das Abschlagen unreifer Früchte zur Folge gehabt; und daß die deutsche Einheit in diesem Augenblick keine reife Frucht ist, fällt meines Erachtens in die Augen."

Allerdings hatte Preußens Erfolg im Frankreich des Zweiten Kaiserreichs Neid und Besorgnis ausgelöst. Napoleon III. hatte 1866 einen preußischen Erfolg über den Erzrivalen Österreich noch durchaus für wünschenswert gehalten, wollte dafür aber "Kompensationen" erhalten. Die von ihm erwünschte Abtretung linksrheinischer Gebiete Deutschlands lehnte Bismarck ab, erklärte sich allerdings in unverbindlicher Form mit einem Gebietszuwachs Frankreichs auf Kosten Belgiens und Luxemburgs einverstanden. 1867 unterstützte er zunächst insgeheim den französischen Erwerb Luxemburgs, verweigerte am Ende aber auf Druck der deutschen Öffentlichkeit seine Zustimmung.

Die dadurch ausgelöste Krise konnte 1867 im Rahmen einer internationalen Konferenz beigelegt werden, auf der die Unabhängigkeit und die Neutralität Luxemburgs garantiert wurden. Doch ohne Kompensationen bedrohte der einseitige preußische Machtgewinn die vom Kaiser wie vom Volk wie selbstverständlich in Anspruch genommene legitime Vormachtstellung Frankreichs in Europa. Rufe nach "Rache für Sadowa" (Königgrätz) wurden laut. Nicht nur aus nüchternem machtpolitischen Kalkül, sondern auch aufgrund der preußenfeindlichen Stimmung in Frankreich durfte Napoleon III. von nun an keine weiteren spektakulären Erfolge des Nachbarn zulassen.

Noch strebten zwar weder der Kaiser noch Bismarck zielstrebig auf einen Krieg zu. Doch beide kalkultierten die Möglichkeit eines kriegerischen Konfliktes mit ein und trafen dafür Vorbereitungen.

### **Der Thronfolgestreit und die Auslösung des Krieges**

In dieser Situation führte ein zunächst unbedeutend erscheinender Anlaß zur Eskalation. Seit der Absetzung der Königin Isabella im Jahre 1868 war der spanische Thron vakant. Als Thronkandidaten faßte die spanische Interimsregierung unter anderem den Prinzen Leopold von Hohenzollern ins Auge, der aus der süddeutsch-katholischen Nebenlinie des Hauses stammte. Nach einigem Hin und Her stimmte Leopold am 19. Juni 1870 dem spanischen Angebot zu. Der preußische König Wilhelm gab als Oberhaupt des Hauses Hohenzollern sein Einverständnis. Die zunächst geheim gehaltene Kandidatur wurde Anfang Juli bekannt und löste in Frankreich Empörung aus.

Der französische Außenminister Agénor de Gramont erklärte vor der Kammer, daß Frankreich es nicht hinnehmen werde, daß ein Hohenzoller auf dem Thron Karls V. säße - eine Reminiszenz an die habsburgische Umklammerung im 16. Jahrhundert. Indirekt mit Krieg drohend, forderte er ultimativ die Rücknahme der Kandidatur Leopolds. Nachdem König Wilhelm insgeheim dazu geraten hatte, wurde sie am 12. Juli zurückgezogen.

Damit hätte die Krise ein Ende haben können.

Doch schon am 6. Juli 1870 hatten sich in Paris die Hardliner um die Kaiserin Eugénie gegen alle Bedenken des zögerlichen Kaisers durchgesetzt und das Kabinett beschlossen, die Angelegenheit zu einer diplomatischen Demütigung des preußischen Rivalen zu nutzen, wobei das Risiko eines Krieges in Kauf genommen wurde. Leopolds Verzichtserklärung reichte zu einer solchen Demütigung nicht aus, solange König Wilhelm an der Behauptung festhielt, es handle sich um eine reine Familienangelegenheit.

Gramont ließ deshalb den französischen Botschafter Vincent Benedetti am 13. Juli bei dem in Bad Ems zur Kur weilenden preußischen König vorsprechen. Wilhelm solle eine Entschuldigung für den Versuch der Installation eines Hohenzollerns auf Spaniens Thron aussprechen

und vor allem garantieren, Entsprechendes nie wieder zu versuchen. Das wäre dem Eingeständnis gleichgekommen, daß doch der preußische Staat hinter der Kandidatur gestanden hätte und dieser nun vor den französischen Forderungen demütig einknicke.

Mit dieser unverschämten Forderung konfrontiert, lehnte der König weitere Unterredungen mit Benedetti ab und informierte die preußische Regierung über den Vorfall.

Bismarck kürzte die telegraphische Depesche seines Königs zu einer im Tonfall verschärften Pressemitteilung über die Begegnung Benedettis mit dem König in Bad Ems. Diese "Emser Depesche" wird oft als eine bewußte Provokation dargestellt, die nach den damaligen Ehrauffassungen Napoleon III. geradezu zur Kriegserklärung zwang. Tatsächlich gab schon das französische Ansinnen an einen regierenden Monarchen, sich für bestimmte Taten zu entschuldigen und eine Garantierklärung für zukünftiges Wohlverhalten abzugeben, nach den damaligen Ehrauffassungen einen Kriegsgrund ab - für Preußen.

Doch Wilhelm und Bismarck ließen sich nicht in die Falle locken. Die kaiserliche Regierung hatte sich bei dem Versuch, Preußen zu erniedrigen, vielmehr selbst in eine Falle manövriert, aus der sie, wollte sie ihr Gesicht wahren, nur durch einen Krieg herauskommen konnte. Sobald das französische Kabinett von Benedetti über die Zurückweisung seiner Forderungen durch Wilhelm erfuhr, ordnete es - noch bevor es den Wortlaut der Emser Depesche kannte - die Mobilmachung der Armee an und tat damit den entscheidenden Schritt zum Krieg.

Erst im Nachhinein verwendete es diese Depesche dazu, den Krieg vor der eigenen Öffentlichkeit als alternativlose Antwort auf eine Beleidigung der Ehre Frankreichs zu rechtfertigen. Am 15. Juli 1870 bewilligte das Parlament mit 245 zu 10 Stimmen die Kriegskredite; am 19. Juli 1870 erklärte Frankreich Preußen den Krieg.

Vor den Augen der Welt stand Frankreich nach seiner Kriegserklärung als Aggressor dar, der eine internationale Krise, die eigentlich schon beigelegt war, ohne Not wieder eskaliert und schließlich den Krieg aus reiner Ehrpusseligkeit entfesselt hatte. Dies galt auch für die deutschen Staaten. Baronin Hildegard von Spitzemberg, die Frau des württembergischen Gesandten in Berlin, stellte fest: "Unklüger hätten es die Franzosen auch nicht einrichten können: Anstatt uns zu spalten, vollziehen sie faktisch die Einigung Deutschlands, die nichts fester kitten wird als dieser gemeinsam geführte blutige Krieg um die eigene Existenz."

Die mit den süddeutschen Staaten bestehenden Schutz- und Trutz-Verträge, die Bismarck 1866/67 nach Indiskretionen über Napoleons Kompensationswünsche im linksrheinischen Deutschland abgeschlossen hatte, traten mit der Kriegserklärung nicht nur formal in Kraft, sondern wurden in Süd- und Norddeutschland von einer breiten nationalen Solidarisierung mit Preußen begleitet.

Außenpolitisch waren die Gefahren einer militärischen Konfrontation mit einer weiteren europäischen Macht überschaubar. Großbritannien sah immer noch in Frankreich den traditionellen und gefährlichsten Rivalen in Europa. In London war der Aufstieg Preußens zum Gegengewicht der französischen Macht seit 1866 durchaus gern gesehen worden. Im zu dieser Zeit wegen Berlins Haltung im Krimkrieg preußenfreundlichen Rußland überwog die Abneigung gegen die Habsburger-Monarchie als Rivalin auf dem Balkan.

1868 kamen Berlin und St. Petersburg sogar überein, daß im Falle eines französischen Angriffs auf Preußen Rußland durch Truppenmassierungen an der Grenze zu Galizien eine österreichische Intervention verhindern sollte. In dem 1867 zur Doppelmonarchie Österreich-Ungarn umgebildeten Habsburgerstaat war der Gedanke an eine Revanche für 1866 zwar noch virulent. Der österreichische Reichskanzler und Außenminister Friedrich Ferdinand von Beust war sich aber bewußt, daß aufgrund der inneren Schwäche dieses Staatsgebildes, der latenten Bedrohung durch Rußland und der Haltung seiner deutschen und ungarischen Einwohner ein aggressiver antipreußischer Kurs unmöglich war.

Die politische Lageanalyse der französischen Regierung erwies sich hingegen rasch als reali-

tätsfern. In der Julikrise ging Paris noch davon aus, daß ihm im Kriegsfall Österreich und Italien militärisch beistehen und die süddeutschen Staaten neutral bleiben würden.

Napoleon III. hatte seit 1867 die Unterstützung Österreich-Ungarns und auch Italiens als mögliche Verbündete gegen Preußen gesucht, aber nur vage Versprechen erhalten. Bei Kriegsausbruch bot er den Österreichern Teile Schlesiens sowie den Dänen Schleswig und Holstein an. Um Wien vom russischen Druck zu entlasten, wurde dem Zarenreich für eine wohlwollende Neutralität Danzig in Aussicht gestellt.

Doch keine Macht schluckte die Köder. Die süddeutschen Staaten verharrten nicht in Neutralität, sondern traten auf die Seite Preußens. Österreich-Ungarn, Italien und Dänemark entschlossen sich, die weitere Entwicklung abzuwarten. Die deutschen Siege im August 1870 erstickten dann rasch jede Bereitschaft, gegen Preußen zu marschieren. Frankreich mußte den Krieg gegen den Norddeutschen Bund und die süddeutschen Staaten allein ausfechten.

### **Die Kräfteverhältnisse und der Beginn des Konflikts**

Nach Kriegsausbruch löste sich auch die französische Illusion von der Überlegenheit seiner Armee rasch in Luft auf. Dieser Glaube war allerdings nicht ganz unverständlich. Das Land verfügte über knapp 500.000 Berufssoldaten und ausgebildete Reservisten, von denen die meisten in den vergangenen zwei Jahrzehnten Erfahrung auf den Schlachtfeldern gesammelt hatten. Die 1868 aufgestellten, schlecht ausgebildeten 400.000 Mann an "Mobilgarden" waren zumindest als Truppen zweiter Linie brauchbar. Die numerische Überlegenheit der verbündeten deutschen Truppen - rund 730.000 reguläre Soldaten und Reservisten sowie 210.000 Landwehrsoldaten für die zweite Linie - war auf den ersten Blick nicht sehr groß.

Auch waffentechnisch schien die französische Armee im Vorteil zu sein. Nach den preußischen Erfolgen von 1866, die man mit dem Einsatz des Zündnadelgewehrs erklärte, war sie mit einem neuen Hinterlader, dem Chassepotgewehr, ausgerüstet worden. Dieses besaß fast die doppelte Reichweite des Zündnadelgewehrs. Zudem verfügte die französische Armee über 190 Mitrailleusen, ein mit einer Kurbel bedientes frühes Maschinengewehr. Die Mitrailleuse sollte allerdings die in sie gesetzten Erwartungen aufgrund mangelnder Beweglichkeit, der Unfähigkeit zum Streuen der Salven und ihres taktisch falschen Einsatzes bei der Artillerie nicht erfüllen.

Ausgeglichen wurde die französische Überlegenheit auf dem Feld der Infanteriewaffen durch die preußische Artillerie. Diese hatte man nach 1866 komplett auf stählerne Hinterlader umgerüstet, während die französische Artillerie weiterhin nur bronzene Vorderlader besaß. Diese verschossen mit Zeitzünder versehene Granaten, die bloß auf zwei Distanzen einstellbar waren, während die preußischen Geschütze Sprenggranaten mit Aufschlagzünder gegen beliebige Ziele auf beliebige Distanz einsetzen konnten.

Zudem war die preußische Artillerie zweckmäßiger gegliedert und wurde taktisch weit besser eingesetzt. Sie konnte nicht nur über größere Distanzen ein lang andauerndes Schnellfeuer gewährleisten, sondern auch zu Feuerkonzentrationen zusammengefaßt werden, denen die französische Artillerie nichts entgegenzusetzen hatte.

Die Franzosen planten, vor der Vollendung der preußischen Mobilmachung durch den schnellen Vorstoß einer rasch mobilgemachten Kernarmee die süddeutschen Staaten vom Norddeutschen Bund zu trennen. Doch der chaotische Verlauf ihrer Mobilmachung zerstörte diese Hoffnung. Die französischen Einheiten wurden zwar rasch zur Grenze geschickt, ohne aber zuvor mit Reservisten und wichtigem Kriegsmaterial auf Kriegsstärke aufgefüllt worden zu sein. Diese sollten nachgeschickt werden, erreichten aber aufgrund der miserablen Organisation des Transportwesens ihr Ziel meist nicht rechtzeitig oder sogar gar nicht.

Auf deutscher Seite liefen aufgrund der engen Zusammenarbeit von preußischem Generalstab und Eisenbahnverwaltung Mobilmachung und Aufmarsch in den Grenzregionen schnell und nahezu reibungslos ab. Die Einheiten wurden noch an ihren Standorten personell und materi-

ell auf Kriegsstärke gebracht und dann per Eisenbahn zu den Zielorten transportiert.

Bei Beginn der eigentlichen Kampfhandlungen Anfang August 1870 standen so fast 450.000 Soldaten aus den deutschen Staaten an der Grenze bereit, während nur 250.000 Franzosen aufmarschiert waren. Im Raume Metz stand die französische Rheinarmee unter Marschall François-Achille Bazaine, im Elsaß eine detachierte Gruppe unter Marschall Patrice de Mac-Mahon. Auf deutscher Seite waren die Truppen in drei Armeen aufmarschiert, von denen die südlichste 3. Armee unter dem preußischen Kronprinzen Friedrich Wilhelm aus je zwei preußischen und bayerischen Armeekorps sowie einer württembergischen und einer badischen Divisionen bestand.

Die Franzosen eröffneten den Feldzug am 2. August mit einem Vorstoß nach Saarbrücken, zogen sich aber nach zwei Tagen wieder zurück. Die deutschen Truppen rückten ab dem 4. August vor und schlugen binnen zweier Tage drei Grenzschlachten, die allesamt nicht vom Oberkommando unter Generalstabschef Helmuth von Moltke geplant, sondern durch das selbständige Vorgehen der Armee- und zum Teil auch nachgeordneter Truppenführer eingeleitet wurden.

Am 4. August drängten preußische und bayerische Verbände der 3. Armee bei dem kleinen Städtchen Weißenburg im Elsaß ein Korps Mac-Mahons zurück. Am 6. August schlug die 3. Armee die Truppen Mac-Mahons bei Wörth erneut, diesmal schwer. An demselben Tag gelang der 1. Armee bei Spichern ein Erfolg gegen die französische Rheinarmee, der diese nach Westen in Richtung Metz zurückwarf.

In diesen Schlachten ging die deutsche Infanterie oft noch in dichten Kolonnenformationen frontal gegen die gut verschanzten Franzosen vor und erlitt im Feuer der Chassepotgewehre schwere Verluste. Auf deutscher Seite war die Zahl der Toten und Verwundeten jedes Mal höher als auf französischer.

Nur durch die Gefangenen wurde das Verlustkonto in etwa wieder ausgeglichen. Es war der Initiative der deutschen Truppenführer, die aus eigenem Entschluß ihre Verbände in das Gefecht führten, sowie der überlegenen deutschen Artillerie zu verdanken, daß die Situation immer wieder gerettet wurde. Die französischen Offiziere ließen hingegen meist Eigeninitiative vermissen, kamen ihren bedrängten Nachbarn nicht zu Hilfe und verpaßten die vielen Gelegenheiten zu erfolgversprechenden Gegenangriffen.

Dieses Schema, hohe deutsche Verluste im Gewehrfeuer der Franzosen, überlegene deutsche Artillerie und größere Initiative und taktische Beweglichkeit der deutschen Truppenführer, prägten auch die weiteren Schlachten im August.

Nach den drei Grenzschlachten lag die militärische Initiative auf deutscher Seite. Für Frankreich verwandelte sich hingegen der geplante Feldzug zum Rhein in einen Krieg zur Verteidigung des Landes. Die angeschlagenen Truppen Mac-Mahons wurden aus dem Elsaß abgezogen und per Eisenbahn in das im Hinterland liegende Chalons an der Marne transportiert, um dort mit einigen in Reserve gehaltenen und neu aufgestellten Verbänden zu einer neuen Armee formiert zu werden.

Bazaines noch intakte Rheinarmee zog sich zunächst auf die gut ausgebaute Festung Metz zurück, um sich danach möglichst bald mit der Chalons-Armee zu vereinigen.

Moltke hatte vor Kriegsbeginn zwar detaillierte Aufmarschpläne ausgearbeitet, aber keinen Feldzugsplan. Es gab nur die operative Grundidee, allgemein in Richtung Paris vorzugehen, "bis wir der Französischen Armee begegnen, um dann die Schlacht zu liefern". Die Teilung des kaiserlichen Heeres durch den Abzug Mac-Mahons nach Chalons gab Moltke die Chance, die Rheinarmee noch östlich von Paris zu überflügeln und zu stellen.

Die 1. Armee erhielt den Befehl, den Feind auf dem rechten Moselufer zu beobachten.

Die 2. und 3. Armee sollten südlich von Metz die Mosel überschreiten und nach Osten vorstoßen. ...<<

## **2. Wie verwirklichte Bismarck am 18. Januar 1871 einen jahrhundertealten deutschen Traum, den sich die anderen großen europäischen Völker längst erfüllt hatten?**

Das Deutsche Reich wurde als Bundesstaat mit 25 Ländern gegründet und war mit 40,8 Millionen Einwohnern und rd. 541.000 qkm, nach Rußland und Österreich-Ungarn, der drittgrößte Staat Europas. Preußen besaß mit rd. 65 % der gesamten Fläche und rd. 62 % der Bevölkerung ein bedeutendes Übergewicht und stellte den deutschen Kaiser, der das Deutsche Reich völkerrechtlich vertrat und den militärischen Oberbefehl besaß. Das Deutsche Kaiserreich von 1871 war kein Obrigkeitsstaat, sondern eine halbparlamentarische Monarchie.

Die Farben des Deutschen Reiches, schwarz-weiß-rot, wurden vom Norddeutschen Bund übernommen (aus dem preußischen schwarz-weiß und dem hanseatischen weiß-rot).

Jeder Deutsche, der im Deutschen Reich lebte, war damals nach dem öffentlichen Staats- und Völkerrecht Reichsdeutscher. Eine einheitliche deutsche Staatsangehörigkeit gab es im Deutschen Reich nicht. Es galten die Staatsangehörigkeiten der einzelnen deutschen Länder (Preußen, Bayern, Hessen, Württemberg etc.). Die Staatsangehörigkeit richtete sich zum Schluß nach dem Reichs- und Staatsbürgergesetz des Deutschen Reiches von 1913.

Nach mehr als 200jährigen verbissenen Anstrengungen und erbitterten Auseinandersetzungen waren die Deutschen wieder unabhängig und handlungsfähig. Das Deutsche Reich war geeint und damit der langersehnte Wunsch des deutschen Volkes durch Bismarck erfüllt worden. Das Deutsche Reich von 1871 verfügte über die 3 klassischen völkerrechtlich Merkmale eines Staates: Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt.

Das Deutsche Reich gehörte damals völkerrechtlich zu den politisch und ökonomisch unabhängigen Staaten, die die Fähigkeit besaßen, mit anderen Staaten in politischen Kontakt zu treten. Das Deutsche Reich verfügte eigenständig über alle natürlichen Reichtümer und Existenzmittel des Landes.

Das Deutsche Reich besaß 47 Jahre das uneingeschränkte Recht auf Selbstbestimmung und konnte bis zum Abschluß des Waffenstillstandsabkommen am 11. November 1918 frei über die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklungen des Landes entscheiden.

Der deutsche Historiker Karlheinz Weißmann berichtete später (im März 2021 über) die Gründung des Deutschen Reiches (x1.032/...): >>"Der Deutsche hat wieder ein Vaterland!" ...Die Gegenwart neigt dazu, Gewalt an sich für böse und Nationen für Erfindungen zu halten und die Lehren der Geschichte zu ignorieren. Zu denen gehört auch, daß man in der Politik entweder handelndes Subjekt oder duldendes Objekt ist.

Schon bevor er 1862 die Leitung der preußischen Regierung übernahm, bemerkte Bismarck: "Wir werden Amboß, wenn wir nichts tun, Hammer zu werden." Tatsächlich war Deutschland, wie Schurz bemerkte, nach dem Untergang des alten Heiligen Römischen Reiches kaum mehr als ein "geographischer Begriff", ähnlich Polen oder Italien.

Das erschien im "Völkerfrühling" der 1820er, 1830er, 1840er Jahre, als mit der "Religion der Freiheit" (Benedetto Croce) die Idee der nationalen Selbstbestimmung die Europäer erfaßte, immer weniger erträglich. Aber der Enthusiasmus vor allem der jungen Generation für ein einiges Vaterland konnte doch nicht über die praktischen Schwierigkeiten hinwegtäuschen, die dem Erreichen dieses Ziels entgegenstanden.

Denn die Zusammenfassung aller Gebiete, "wo immer die deutsche Zunge klang", hätte in der Mitte Europas einen Koloß entstehen lassen, der alle Gegebenheiten des Staatensystems in Frage stellte. Die Unmöglichkeit, die "Deutsche Frage" zu beantworten, war eine wesentlichen Ursache für das Scheitern der Revolution von 1848/49.

### **Nationalkrieg und nationale Einheit**

Eine andere war, daß Preußen sich der Aufgabe verweigerte, das organisierende Zentrum eines - zwar nicht gesamt-, aber kleindeutschen - Nationalstaates zu bilden. Es mochte deshalb

für einen Augenblick scheinen, als ob Österreich - die ältere Vormacht - eine letzte Möglichkeit erhalten würde, das deutsche Schicksal zu bestimmen.

Aber dazu kam es nicht. Daraus auf den "deutschen Beruf" Preußens zu schließen, ist aus der Mode gekommen. Doch wer, wenn nicht Preußen, hätte in der Lage sein sollen, aus Deutschland ein politisches Ganzes zu schaffen? Niemand sah das deutlicher als Bismarck. Er wußte, daß das Zusammengehen von Berlin und Wien im Kampf gegen Dänemark um die Befreiung Schleswig-Holsteins nur eine Verschnaufpause bedeutete.

Zwei Jahre später, 1866, kam es zum Zusammenstoß zwischen Preußen und Österreich, den er lange erwartet hatte. Der endete mit dem Sieg Preußens und dem Ausschluß Österreichs aus der Reorganisation des deutschen Raums, der nun im Norddeutschen Bund Gestalt annahm.

Damals begann sich ein Stimmungsumschwung gegenüber Bismarck abzuzeichnen, des "bestgehaßten Mannes" in Deutschland, der sich durch sein Regieren ohne Rücksicht auf das Parlament die tiefe Feindschaft der tonangebenden Liberalen zugezogen hatte. In deren Reihen begann die Einsicht zu dämmern, daß in Bismarcks Äußerung, die großen Entscheidungen kämen nicht durch "Majoritätsbeschlüsse", sondern durch "Eisen und Blut" zustande, eine brutale Wahrheit lag.

Wenngleich die zu verdecken drohte, welche Bedeutung Bismarcks diplomatisches Geschick für den Fortgang der Dinge hatte. In vertraulichem Gespräch äußerte Bismarck 1868 gegenüber Schurz, daß es von ausschlaggebender Bedeutung sei, bei jedem weiteren Schritt mit den Interessen und Empfindlichkeiten der Großmächte zu kalkulieren. Der Krieg gegen Frankreich sei allerdings nicht zu vermeiden. Bismarck hat im Folgenden die kommende Entwicklung ziemlich exakt prognostiziert.

Der wichtigste Faktor, der in Rechnung gestellt werden mußte, war für ihn die Labilität der Herrschaft Napoleons III., des "Abenteurers auf dem Thron". Es werde sich eher über kurz als über lang dem französischen Kaiser das Problem stellen, wie er sein Prestige aufrechterhalten solle, wenn seinem Regime die sichtbaren Erfolge mangelten. Die ließen sich im Grunde nur auf militärischem Gebiet erreichen.

Was Napoleon, so Bismarck, dazu bringen werde, "unter irgendeinem Vorwande Streit mit uns anfangen. Ich glaube nicht, daß er persönlich diesen Krieg herbeisehnt, ich glaube sogar, er würde ihn lieber vermeiden, aber seine unsichere Lage wird ihn dazu treiben. Nach meiner Berechnung wird diese Krisis in etwa zwei Jahren eintreten.

Wir müssen natürlich darauf vorbereitet sein, und wir sind es auch. Wir werden siegen, und das Ergebnis wird gerade das Gegenteil von dem sein, was Napoleon anstrebt, nämlich die vollständige Einigung Deutschlands außerhalb Österreichs und wahrscheinlich auch der Sturz Napoleons."

So ist es gekommen. Wegen einer Nichtigkeit ließ sich Frankreich 1870 zur Kriegserklärung verleiten, überschätzte die eigenen Kräfte und büßte dafür mit einer vernichtenden Niederlage. Der Krieg dauerte zwar bis zum Frühjahr 1871, aber sein wichtigstes Ergebnis stand schon fest, als am 18. Januar der preußische König Wilhelm I. im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles zum Deutschen Kaiser ausgerufen wurde.

Wie Bismarck befürchtet hatte, begann sich zu dem Zeitpunkt die anfängliche internationale Sympathie für die deutsche Seite zu verflüchtigen. Seine Äußerung, die Reichseinigung sei "unter dem bedrohenden Gewehranschlag des übrigen Europa" zustande gekommen, dramatisiert die Lage zwar. Aber ohne Zweifel weckten die Vorgänge in London und St. Petersburg Mißtrauen. Das hatte auch eine Ursache in der Wahrnehmung, daß der Krieg im Grunde eine Art "Revolution" war, die die Verhältnisse dadurch in Frage stellte, daß es nicht nur um einen preußischen, sondern um einen deutschen Machtzuwachs ging.

Lange gültige Deutungsmuster, mit denen man sich die deutschen Verhältnisse erklärte, hatten offenbar ihre Geltung verloren. Bezeichnend war schon gewesen, wie schnell sich die franzö-

sische Hoffnung, daß die süddeutschen Länder sich im Kriegsfall gegen Preußen wenden würden, als wirklichkeitsfremd erwiesen hatte.

Obwohl es in Baden, Württemberg, Bayern und Sachsen selbstverständlich Erinnerungen an den "Rheinbund" unter französischem Protektorat gab und man 1866 mit Österreich von Preußen geschlagen worden war, blieb undenkbar, in diesem "Nationalkrieg" die Seite zu wechseln.

Die Begeisterung über die militärischen Erfolge der deutschen Truppen riß sogar die Balten- deutschen, die Deutschösterreicher und die Deutschen in Ungarn und Böhmen mit. Auf jedes Anzeichen, daß Wien gemeinsame Sache mit Frankreich machen könnte, reagierte die mächtige liberale Bewegung des Habsburgerstaates gereizt. Bismarck mußte den Gesandten des Norddeutschen Bundes in Wien ausdrücklich anweisen, keine Ovationen der Bevölkerung - gemeinhin unter den großdeutschen Farben Schwarz-Rot-Gold - entgegenzunehmen. In den Burschenschaften gab es Pläne, Freikorps zu bilden, um an der Seite der "deutschen Brüder" ins Feld zu rücken, und der Tiroler Dichter Adolf Pichler, auch er ein Veteran der Revolution von 1848, schrieb nach dem Fall von Paris in einem Gedicht:

"Ein Wermutstropfen nur Ein bitterer, floß in unseren Freudenkelch: Daß nicht auch auf den Kämmen der Vogesen, Nicht vor den stolzen Wällen von Paris Die Fahne Hofers flatterte, daß nicht Vergönnt uns ward, die Stützen dort zu laden Und mit dem heißen Blei der Trikolore Aus unseren Bergen einen Gruß zu senden ..."

Angesichts der zentralen Bedeutung, den die Erinnerung an den Kampf gegen Napoleon für das deutsche Nationalbewußtsein hatte, konnte nicht überraschen, daß der Krieg von 1870/71 als Fortsetzung der Befreiungskriege verstanden wurde. Eine Interpretation, der der preußische König zwar mit einer gewissen Reserve gegenüberstand, die er aber durch die Erneuerung des von seinem Vater 1813 gestifteten Eisernen Kreuzes symbolisch anerkannte. Wichtiger als diese Verknüpfung war aber diejenige mit der älteren gesamtdeutschen Geschichte.

Im Rahmen der Proklamation vom 18. Januar 1871 wurde eine Erklärung "An das Deutsche Volk!" verlesen, in der es ausdrücklich hieß, daß man mit diesem Akt, "die seit mehr denn sechzig Jahren ruhende Deutsche Kaiserwürde erneuern" wolle. Dieses "Zweite" sollte also ausdrücklich als Erbe des "Ersten Reiches" verstanden werden. Ein Moment der Kontinuität lag ohne Zweifel auch darin, daß seine Gründung nicht wie 1849 geplant auf einem demokratischen Willensakt beruhte, sondern auf dem "Ruf", der an den König von Preußen durch die deutschen Fürsten und Freien Städte ergangen war.

Die genauen Umstände dieses "Rufes" sind hier nicht zu behandeln, aber das berühmte Bild der Proklamation, das Anton von Werner geschaffen hat, bringt den monarchischen, aristokratischen und vor allem den militärischen Charakter der Reichsgründung sinnfällig zum Ausdruck. Die kleine Delegation des Norddeutschen Bundestages, die auch anwesend war, kommt auf dem Gemälde bezeichnenderweise gar nicht vor.

### **Der Weg in das neue Deutschland**

Das war allerdings ein Detail, das für die meisten Deutschen 1871 kaum eine Rolle spielte. Überwältigend war das, was Schurz mit dem Wort von der "herrlichen Zeit" ausgedrückt hat, das nationale Hochgefühl, das in dem Satz zum Ausdruck kam: "Der Deutsche hat wieder ein Vaterland!" Dieses Empfinden drängte für einen Moment jedes andere in den Hintergrund und legte das Fundament für das, was man in der Folge "Reichspatriotismus" nannte. Sichtbaren Ausdruck fand der in der Beliebtheit der neuen Nationalfarben Schwarz-Weiß-Rot, unter denen die siegreichen Truppen durch das Brandenburger Tor gezogen waren, aber auch in der Verehrung für Wilhelm I. als Kaiser.

Durch den Triumph über Frankreich und die Reichseinigung war die monarchische Staatsform noch einmal legitimiert worden. Nur eine Minderheit auf der äußersten Linken stellte sie in

Frage. Dabei blieb es auch in der Folge, in der Regierungszeit seines Sohnes Friedrich Wilhelm, der 1888 als Friedrich III. nur 99 Tage regierte und dann seiner schweren Krankheit erlag, und seines Enkels Wilhelm II., der noch in demselben Jahr den Thron bestieg.

Die Macht, die die Verfassung dem deutschen Kaiser gab, war groß, aber an die zeitgemäßen Formen des Konstitutionalismus gebunden. Wichtiger als das war aber noch, daß der Herrscher als die natürliche Spitze einer hierarchischen Gesellschaft galt. Deren Oberschicht bildeten die Fürsten, die den Kern des "Bundes" ausmachten, der das Reich formal begründete, und die Aristokratie, die nach wie vor über großen Besitz und Privilegien verfügte.

Ein Sachverhalt, der heute mit besonderer Irritation wahrgenommen wird, vor allem, soweit es um den preußischen Adel geht. Allerdings sollte man mit schnellen Urteilen zurückhaltend sein. Denn gibt man die Bedeutung Preußens als Militärmonarchie für die Reichseinigung zu, muß man auch die Bedeutung seines Adels für die Rekrutierung des Offizierkorps anerkennen.

Wenn während des Krieges von 1870/71 der Anteil der gefallenen Offiziere doppelt so hoch war wie der der Mannschaften, so lag die Quote der adeligen gegenüber der der nichtadeligen Offiziere noch einmal beim zweieinhalbfachen. Seit den Zeiten Friedrichs des Großen war der preußische Adel nicht nur zum Dienst, sondern auch zum Sterben im Dienst erzogen worden. Was seinen Niedergang allerdings nicht verhindern konnte.

Die "Verbürgerlichung" des Offizierkorps - in vornehmen Regimentern weiter mit Verbitterung gesehen - nahm zu und entsprach einer Entwicklung, die im nichtpreußischen Teil Deutschlands schon weiter gegangen war und faktisch der sozialen Gesamtentwicklung folgte. Tatsächlich war nicht der Adel, sondern das Bürgertum die eigentliche Trägerschicht des neuen Deutschland.

Dessen Bedeutung wuchs parallel zur Industrialisierung. Obwohl die Landwirtschaft - vor allem in "Ostelbien", aber auch in Teilen Nord- und Süddeutschlands - erhebliche Bedeutung behielt, nahmen Verstädterung und Bedeutung des "Sekundären Sektors" nach 1871 in dramatischem Tempo zu.

Es entstanden immer größere Betriebe, Zusammenschlüsse in Gestalt der Syndikate, und bedeutende Unternehmerpersönlichkeiten wie Borsig, Krupp, Siemens, Rathenau, Ballin prägten einen neuen Typus des Wirtschaftsführers. Die Zahl dieser Männer war allerdings eine beschränkte.

Die eigentliche Ausdehnung der bürgerlichen Schicht hatte dagegen mit der wachsenden Bedeutung des Dienstleistungsbereichs und mithin der Angestelltenschaft, aber auch mit dem ausgesprochenen "Drang nach oben" in der Arbeiterschaft zu tun. Der konnte durch individuellen Fleiß und Anstrengung ebenso zum Erfolg führen wie durch das exzellente Schulwesen des Reichs, dessen "realistische" Zweige stark ausgebaut wurden.

In den Zusammenhang dieser Bildungsexpansion gehörte auch der Sieg über den Analphabetismus; der Anteil derjenigen Erwachsenen, die nicht lesen und schreiben konnten, lag im Reich vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges bei 0,9 Prozent, dagegen in Großbritannien bei 9,6 Prozent, in Frankreich bei 10 Prozent, in den USA bei 12 Prozent, darunter Farbige mit 49 Prozent und in Italien bei 47 Prozent.

Den Ton innerhalb des Bürgertums gaben Freie Berufe und Unternehmer an. "Bildung und Besitz" garantierten ein Prestige, das nur noch von dem des Militärs übertroffen wurde. Solcher "Militarismus" hatte seine Ursache selbstverständlich in der Bedeutung Preußens für den Aufbau des Reiches - es umfaßte mehr als sechzig Prozent seiner Fläche - und im besonderen Charakter des Gründungsaktes. Es handelte sich allerdings nicht um ein spezifisch deutsches Phänomen, sondern war auch in den übrigen westlichen Ländern verbreitet.

Man kann aus der Verbreitung des Matrosenanzugs als Kinderkleidung und der Verehrung des Reserveleutnants jedenfalls nicht auf einen aggressiven Charakter der Außenpolitik des Rei-

ches schließen. Bismarck achtete sorgsam darauf, jeden Eindruck weitergehender Expansionsabsichten zu vermeiden, und auch für seine Nachfolger im Amt des Reichskanzlers galt das Reich - abgesehen von dem Wunsch nach Kolonialerwerbungen, die im Zug der Zeit lagen - als "saturiert". Obwohl heute regelmäßig der Eindruck des Gegenteils erweckt wird, war die Außenpolitik Deutschlands eher defensiv als offensiv ausgerichtet.

Das tatsächliche Potential des Reiches hatte zuletzt wenig mit kriegerischen Absichten zu tun, viel mit dessen rasantem wirtschaftlichen Aufstieg. Das jährliche Wirtschaftswachstum lag zwischen 1876 und 1895 bei 2,7 Prozent, zwischen 1896 und 1913 bei 3,4 Prozent. Die Geldentwertung war gering, die Arbeitslosigkeit mit ein bis zwei Prozent kaum der Rede wert; die lag dagegen in Großbritannien vor dem Ersten Weltkrieg zwischen vier und neun Prozent, in Frankreich sogar zwischen sechs und zehn Prozent.

Beide Länder, die bis zur Reichsgründung einen erheblichen Vorsprung im Hinblick auf die industrielle Entwicklung gehabt hatten, erlebten nun einen schmerzhaften Abstieg. Das galt vor allem für Großbritannien, das seine Spitzenposition einbüßte, die Deutschland übernahm, das nur noch in einem anderen Neuling unter den Wirtschaftsmächten - den USA - einen echten Konkurrenten hatte.

Diese Karriere wirkte um so erstaunlicher angesichts der Rohstoffarmut Deutschlands, das dieses Defizit auch nicht durch überseeische Besitzungen ausgleichen konnte.

Um 1900 konzentrierten sich zwei Drittel des deutschen Imports auf Rohstoffe, während zwei Drittel des Exports Fabrikate waren. Zwar spielten Kohleförderung und Stahlproduktion nach wie vor eine wichtige Rolle, aber für die Zukunft ausschlaggebend waren die chemische und die Elektroindustrie, Felder, auf denen Deutschland wegen seiner bedeutenden Wissenschaftler und Erfinder eine führende Stellung innehatte. Nach Inkrafttreten des Patentgesetzes 1878 waren 5.900 neue Patente angemeldet worden, bis zur Jahrhundertwende wuchs diese Zahl auf mehr als 103.000 an.

Aufschlußreich ist auch die Zahl der Nobelpreise, die deutsche Forscher erhielten: 20 im Vergleich zu acht für Großbritannien, sieben für Frankreich und zwei für die USA. Mediziner und Naturwissenschaftler entdeckten immer neue Stoffe, die an die Stelle natürlicher Substanzen treten konnten. Mit 87 Prozent Weltmarktanteil in Bezug auf Chemie und Pharmazie galt Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg als "Apotheke der Welt". Gleichzeitig wurden technische Möglichkeiten sowie Energiequellen von bis dahin unbekannter Effizienz erschlossen. Mit 8,8 Giga-Wattstunden lag Deutschland 1914 weit vor Großbritannien mit 2,5 und Frankreich mit 2,1 Giga-Wattstunden.

Schon derartige Leistungen sprechen für ein wohlgeordnetes Staatswesen, das den Vergleich mit anderen nicht zu scheuen brauchte. Verwaltung und Justiz des Reiches arbeiteten schnell, wirkungsvoll und im Allgemeinen frei von äußerer Einflußnahme. Auch die Kooperation der wichtigsten politischen Institutionen - Reichsregierung, Reichstag sowie der von den Einzelstaaten beschickte Bundesrat - verlief normalerweise reibungslos. Die Selbstverwaltung der Kommunen in Preußen galt weithin als vorbildlich.

Die öffentliche Wohlfahrt war in einem Maße ausgebaut, das die übrigen Industriestaaten mit Neid erfüllte. Trotzdem blieben Staatsschulden und Steuerbelastung im Vergleich zu Großbritannien und Frankreich gering. Der viel gescholtene "Obrigkeitsstaat" sorgte für geringe Kriminalität, und selbst ein notorischer Verächter des Kaiserreichs meinte, daß "in den Städten und Landbezirken ... ein hohes Maß an physischer Sicherheit gewährleistet" wurde, "auch für Arbeiter, auch für Angehörige der nationalen Minderheiten.

Wer angelsächsische Parteidemokratie hoch schätzt, muß auch einmal auf die Dunkelseite des Alltagslebens dort sehen, z.B. auf den Dschungel der Einwandererviertel von New York oder die Lynchjustiz in den amerikanischen Südstaaten, der nach dem Bürgerkrieg jahrzehntelang jeden Tag mindestens ein Neger zum Opfer fiel." (Hans-Ulrich Wehler)

Die breite Zustimmung zur bestehenden Ordnung hatte auch zu tun mit der Möglichkeit zur Beteiligung an den allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlen zum Reichstag. Das immer wieder behauptete Demokratiedefizit Deutschlands im Vergleich zu den westlichen Staaten hält jedenfalls keiner Überprüfung Stand.

In den USA waren erhebliche Teile der Einwohnerschaft - vor allem die Nachfahren der schwarzen Sklaven, die Indianer sowie Einwanderer asiatischer Herkunft - faktisch an der Stimmabgabe gehindert; in Großbritannien blieb auf Grund ähnlicher Manipulationen einem Viertel der erwachsenen Männer das Wahlrecht zum Unterhaus versagt.

Außerdem konnte ein Wohlhabender in Folge des "Pluralwahlrechts" Dutzende Stimmen abgeben. Diese Möglichkeit gab es in Frankreich zwar nicht, aber hier wie im Vereinigten Königreich spielten Korruption und Vetternwirtschaft eine entscheidende Rolle für die Zusammensetzung dessen, was man "Volksvertretung" nannte.

Wenn es im Verfassungsaufbau des Reiches ein Defizit gab, dann lag das in der fehlenden Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Parlament. Das verhinderte die Entstehung einer breiteren Politischen Klasse und förderte die Politikfremdheit des Bürgertums.

Man spürte dieses Defizit durchaus und suchte es etwa in der Flotten- oder Kolonialfrage durch ein besonders forsches Auftreten zu kompensieren. Aber überzeugend wirkte das nicht, eher unsicher und für die Außenwelt irritierend: "Das Biedermeier wollte heroisch sein", urteilte der Historiker Johannes Haller im Rückblick.

### **Der falsche Krieg und seine Folgen**

Man darf diesem Moment allerdings kein übermäßiges Gewicht beimessen. Die Stabilität des Kaiserreichs war hoch, was man auch daran ablesen konnte, daß die massiven inneren Auseinandersetzungen mit dem politischen Katholizismus und der Sozialdemokratie nach dem Ende der Ära Bismarck beigelegt werden konnten. Das Zentrum zählte in der wilhelminischen Zeit längst zu den "Reichsfreunden", während sich gleichzeitig das Verhältnis der Offiziellen gegenüber dem "Reichsfeind" SPD zu entspannen anfang.

Das hatte auch damit zu tun, daß die Sozialdemokratie zwar an ihrer Klassenkampfrhetorik festhielt, aber tatsächlich von einer revolutionären zu einer Reformpartei geworden war. 1912 stiegen sie zur stärksten Fraktion im Reichstag auf, was der Führung mehr Gelassenheit erlaubte. Im folgenden Jahr stimmte die SPD zum ersten Mal für einen Etat. Zwar blieben die nationalen Minderheiten- vor allem Dänen und Polen - abseits und bildeten eigene Parteien, aber bei der letzten Reichstagswahl vor dem Ersten Weltkrieg erhielt das "französische Lager" in Elsaß-Lothringen nur 3,2 Prozent der Stimmen.

Die Integration der 1871 von Frankreich abgetretenen Gebiete war innerhalb einer Generation gelungen. Eine Ursache dafür lag sicher im ökonomischen Aufschwung des "Reichslandes", ein anderer in der Bereitschaft Berlins, dessen Sonderstatus nach und nach aufzuheben und 1911 ein Autonomiestatut zu gewähren. Bei Kriegsausbruch erfaßte die Bevölkerung dieselbe nationale Begeisterung, die auch in den übrigen Teilen des Reiches zu beobachten war und den Eindruck vermittelte, als ob das "Augusterlebnis" von 1914 noch einmal den historischen Sinn der Reichsgründung von 1871 bestätigte.

Wer angesichts der hier skizzierten Erfolgsgeschichte des Bismarckreiches die Frage stellt, was seinen Untergang herbeigeführt hat, sieht sich zwangsläufig mit der nach wie vor verbreiteten Deutung konfrontiert, daß es an seinen inneren Widersprüchen und zu recht zu Grunde gegangen sei, weil es als eine Art Fleisch gewordener Anachronismus nicht in den Gang der Geschichte paßte.

Dagegen ist zuletzt vor allem von außen Einspruch erhoben worden. Denn während deutsche Historiker in großer Zahl die Schwarze Legende vom reaktionären Kaiserreich und dessen Alleinschuld am Ausbruch des Ersten Weltkriegs vertreten, gibt es im angelsächsischen Raum einige besonnene Männer, die die Dinge anders sehen.

Zuletzt hat vor allem der Australier Christopher Clark Aufsehen erregt, der die Vorstellung, der permanente "Griff nach der Weltmacht" (Fritz Fischer) sei die eigentliche Agenda deutscher Außenpolitik gewesen, als Teil einer "virtuellen Realität" entlarvte, die von "Germanophoben" in Paris und London und St. Petersburg wirkungsvoll in Szene gesetzt wurde und fatalerweise ihren Einfluß bis heute nicht verloren hat.

Noch einen Schritt weiter ist allerdings der Brite Niall Ferguson, der heute in den USA lehrt, gegangen, der meint, daß 1914 ein "falscher Krieg" begonnen wurde, der den eigentlich erwartbaren Gang der Dinge zum Nachteil nicht nur der Deutschen, sondern der Europäer unterbrochen habe. Folgt man Ferguson, wäre im Fall eines deutschen Sieges keines jener Horrorszenarien Wirklichkeit geworden, die man sich auf Seite der deutschen Gegner ausmalte. Vielmehr "hätte Kontinentaleuropa in etwas umgebildet werden können, das der Europäischen Union, wie wir sie heute kennen, nicht unähnlich gewesen wäre".

Und Ferguson schreibt weiter: "Nach einem deutschen Sieg hätte Adolf Hitler sein Leben wohl als mittelmäßiger Postkartenmaler oder bescheidener alter Soldat in einem von Deutschland beherrschten Mitteleuropa beendet, über das es in seinen Augen wenig Grund zu Beschwerden gegeben hätte. Lenin hätte sein Wirken in Zürich fortsetzen und ewig darauf warten können, daß der Kapitalismus zusammenbräche - und wäre enttäuscht geblieben.

... Es war auf den Krieg zurückzuführen, daß diese beiden Männer imstande waren, ihren Aufstieg zu vollziehen, um barbarische Tyrannen zu erschaffen, die noch mehr Massenmorde verübten." Hätte das Kaiserreich als moderner deutscher Nationalstaat Bestand gehabt - diese Spekulation sei erlaubt -, die politischen Katastrophen des 20. Jahrhunderts wären der Menschheit wohl erspart geblieben.<<

### **3. Was verhinderte eine friedliche Zukunft des Deutschen Reiches?**

Kaiser Wilhelm I. hatte nach der Annahme der Kaiserkrone und der Herstellung des Deutschen Reiches erklärt, daß er versuchen würde, die deutsche Nation einer segensreichen, friedlichen Zukunft entgegenzuführen, aber die europäischen Nachbarn Großbritannien, Frankreich und Rußland waren damals nicht bereit, ihre außenpolitischen Interessen zu ändern oder ihre imperialistische Großmachtstellung zu Gunsten der Deutschen zu reduzieren und das neugegründete Deutsche Reich als gleichberechtigten Staat zu akzeptieren.

Das globale Terrorimperium beschloß frühzeitig, den englisch-französisch-russisch-nordamerikanisch-deutschen Kampf, um die wirtschaftliche Vormachtstellung gewaltsam zu entscheiden.

Leo Trotzki (1879-1940, eigentlicher Name Leib Bronstein, neben Lenin ein wesentlicher Anführer der russischen Revolution von 1917) schrieb später (im Jahre 1926) über die Rolle der britischen Außenpolitik vom 18. bis zum 20. Jahrhundert (x337/292-293): >>... Im Laufe von drei Jahrhunderten führte England ununterbrochen Krieg, um mit Piratenmethoden andere Nationen zu vergewaltigen, so die Ausplünderung zu verbreiten, sich fremde Reichtümer anzueignen, fremde Handelskonkurrenz zu beseitigen, fremde Seekräfte zu vernichten und die führenden britischen Kreise zu bereichern.

Zur Belehrung seines eigenen Volkes wird die ganze frühere Geschichte Englands, der Doktrin der Nichteinmischung zum Trotz, als die Geschichte des glorreichen Kampfes der britischen Regierung für die Freiheit der ganzen Welt dargestellt. ...

Die englische Demokratie hat doch zum imperialistischen Kriege geführt, und zwar nicht nur in dem Sinne allgemeiner Verantwortung aller kapitalistischen Staaten für den Krieg - nein, im Sinne der direkten und unmittelbaren Verantwortung der englischen Diplomatie, die bewußt und berechnend Europa in den Krieg trieb.

Hätte die englische "Demokratie" erklärt, daß sie auf Seiten der Entente in den Krieg eingreift, hätten wahrscheinlich Deutschland und Österreich-Ungarn den Rückzug angetreten. Hätte

England seine Neutralität erklärt, hätten wahrscheinlich Frankreich und Rußland diesen Rückzug angetreten. Aber die britische Regierung hat anders gehandelt: Sie hat heimlich der Entente ihre Unterstützung versprochen.

Deutschland und Österreich-Ungarn auf die Möglichkeit der Neutralität rechnen lassen und sie irreführt. So hat die englische "Demokratie" den Krieg provoziert. ...<<

Der niederländische Autor Mees Baaijen schrieb später (im Jahre 2016) im Buch "Sie wollten den Krieg. Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete" über die arglistigen Machenschaften des globalen Terrorimperiums (x337/156-157): >>... Nun stehen solide Beweise zur Verfügung, um die Arbeit der versteckten Hände hinter dem Ersten Weltkrieg und den begleitenden Machenschaften für eine neue Weltordnung nachzuweisen. ...

Die gleichen Leute - House, Baruch, Wilson, Milner, Schiff, Hoover, die Brüder Warburg, die Rothschilds und Rockefellers und viele andere, die hier nicht erwähnt wurden - tauchen immer wieder in führenden Rollen auf all den entscheidenden Schauplätzen auf, an denen sich dieses in Szene gesetzte böse Spiel entfaltet hat: bei der Störung des Gleichgewichts der Kräfte in Europa; bei der Destabilisierung und Zerschlagung von Imperien; bei den finanziellen, politischen, militärischen, logistischen und propagandistischen Kriegsvorbereitungen und Operationen; bei der Übernahme oder Schaffung der zionistischen und kommunistischen "Basis-Bewegungen", um sie in der gewaltsamen Teile- und Herrsche-Politik zu verwenden; bei der Versailler "Friedenkonferenz", um weitere Kriege sicherzustellen; beim Projekt Weltordnungspolitik im Rahmen des Völkerbundes und hinter regionalen und globalen Organisationen zur Zentralisierung der Regierung.

Im Jahr 2018 werden 100 Jahre seit dem Ende des Ersten Weltkriegs vergangen sein, und ebenso lange gibt es die Schachzüge der Bankiers für eine Weltregierung im Stil von 1984 oder *Schöne Neue Welt*. 2018 könnte das geeignete Jahr sein, um ein Gerichtstribunal wegen des Ersten Weltkriegs zu organisieren, in dem alle verfügbaren Beweise vorgelegt würden, um posthum die Architekten des Völkermords zu verurteilen und um ein für alle Mal der Öffentlichkeit und den Politikern klarzumachen, daß "alle Kriege Bankierskriege sind", auch die heutigen.

Es ist zu spät, um Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, aber ein solches Ereignis könnte für Menschen auf der ganzen Welt als Augenöffner dienen und dazu beitragen, das Projekt Neue Weltordnung der Bankiers mit seiner Angst- und Kriegsstrategie zu verstehen. Es ist heute immer noch in Gang und wird weitergehen, wenn wir, das Volk, es nicht verhindern.<<

#### **4. Wieso veränderte Bismarcks Außenpolitik die damaligen europäischen Machtverhältnisse?**

Für Europa bedeutete die Gründung des Deutschen Reiches eine vollständige Veränderung der bisherigen Machtverhältnisse. Die deutschen Länder, die seit dem Dreißigjährigen Krieg von den europäischen Großmächten dominiert wurden, stiegen durch die Reichsgründung zu einer wehrhaften europäischen Macht auf.

Nach der Bildung des Deutschen Reiches verlagerte sich der politische Schwerpunkt der Macht erstmals in die Mitte Europas und veränderte die bisherigen europäischen Machtverhältnisse elementar, denn das "kleindeutsche Bismarck-Reich" gewann überraschend schnell maßgeblichen Einfluß in Europa. Aufgrund seiner geographischen Lage übernahm das Deutsche Reich zwangsläufig die undankbare Aufgabe des "ungeliebten Mittlers" zwischen West-, Nord-, Ost- und Südeuropa.

Die Gründung des Deutschen Reiches wurde von Großbritannien zunächst "großzügig" geduldet, da trotz des preußisch-österreichischen Bürgerkrieges im Jahre 1866 und des französisch-preußischen Krieges von 1870/71 das Gleichgewicht der europäischen Kräfte erhalten blieb. Durch das "neue" Deutsche Reich wurde Mitteleuropa sogar erheblich gestärkt, denn

Rußland erhielt erstmalig wieder einen erstzunehmenden westeuropäischen Gegner. Bismarcks Außenpolitik, die sich hauptsächlich auf Europa beschränkte, entsprach damals den britischen Vorstellungen. Erst als sich das Deutsche Reich allmählich zu einer führenden Industriemacht entwickelte und der deutsche Kaiser Wilhelm II. später versuchte, direkt in die Weltpolitik einzugreifen, sollte sich dieses freundschaftliche deutsch-britische Verhältnis grundlegend verändern.

Wegen der ungünstigen zentralen Lage des Deutschen Reiches und weil die langen Ost- und Westgrenzen nicht einfach verteidigt werden konnten, befürchtete Bismarck vor allem einen Zweifrontenkrieg gegen Deutschland. Infolge der strategischen Lage und des politischen Anspruches, als ebenbürtige europäische Kontinentalmacht akzeptiert zu werden, mußte das Deutsche Reich damals ständig mit einer möglichen Bedrohung durch mehrere Gegner rechnen und verstärkte deshalb allmählich die militärische Landesverteidigung. Diese Aufrüstung wurde von den militärisch hochgerüsteten Nachbarstaaten zwangsläufig als Bedrohung eingestuft, denn sie fürchteten sich vor deutschen Expansionsbestrebungen.

Nach dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 wollte Reichskanzler Bismarck weitere Konflikte mit anderen Großmächten unbedingt vermeiden, deshalb war Bismarcks Außenpolitik von defensiven und absichernden Bündnissen geprägt. Angesichts der französischen Vergeltungspolitik versuchte Bismarck, Frankreich durch geschickte Bündnissysteme zu isolieren. Bismarck schloß zahlreiche Bündnis- und Freundschaftsverträge, um die außenpolitischen Beziehungen mit den direkten und indirekten deutschen Nachbarn zu festigen. Bismarcks Verteidigungsbündnisse und Verträge sicherten damals den Frieden in Europa, denn sie verhinderten in erster Linie einen Zusammenschluß der Franzosen und Russen.

Das Deutsche Reich, Rußland und Österreich-Ungarn einigten sich 1872 über eine friedliche Verständigung, das sogenannte "Dreikaiserabkommen", das während der Balkankrise 1886 an den Gegensätzen zwischen Österreich und Rußland zerbrach (x089/121).

Als die russischen Truppen im Jahre 1878 die türkischen Truppen besiegten und große Teile des Osmanischen Reiches besetzten sowie die übrigen Balkanstaaten bedrohten, schalteten sich die europäischen Großmächte ein, denn sie wollten den Mittleren Osten und den Balkan nicht kampflos an Rußland abgeben. England, Österreich-Ungarn und Frankreich protestierten und drohten Rußland mit Krieg.

Bismarck hielt sich damals bewußt zurück (x145/149): >>... Die Balkanfrage ist mir nicht die Knochen eines einzigen pommerschen Grenadiers wert ...<<

Reichskanzler Bismarck versuchte beim europäischen Kongreß in Berlin im Juni/Juli 1878 einen Ausgleich zu finden. Nach äußerst schwierigen Verhandlungen konnte schließlich der drohende Krieg gegen Rußland verhindert werden.

Obleich Bismarck als "ehrlicher Makler" vermittelte, fühlte sich Rußland von den deutschen Verhandlungsführern benachteiligt. Das bisher entspannte, wohlwollende deutsch-russische Verhältnis war nach dem Berliner Kongreß empfindlich gestört und es entwickelte sich allmählich eine verdeckte Feindschaft.

Der türkische Staat wurde zwar dank der deutschen Fürsprache vor dem sicheren Untergang bewahrt, aber die Türken mußten große Gebiete abtreten, die teilweise seit Jahrhunderten unter türkischer Gewaltherrschaft standen. Die wirtschaftliche Schwäche des "kranken Mannes am Bosphorus" wurde anschließend von den meisten europäischen Staaten ignoriert, denn an türkischen Reformen war niemand interessiert.

Der Versuch, während des russisch-türkischen Krieges im Jahre 1877/78 im Balkan vorzudringen, endete für Rußland enttäuschend. Rußland erhielt lediglich Bessarabien und Teile Armeniens, Rumänien bekam zum Ausgleich die Dobrudscha. Die russische Expansionspolitik richtete sich danach verstärkt gegen Persien und Afghanistan und gegen China und Japan. Rußland gab seine strategischen Expansionsziele in Südosteuropa aber nicht auf, denn man

fühlte sich angeblich weiterhin verpflichtet, die "slawischen Brüder" zu befreien.

Österreich-Ungarn übernahm nach österreichisch-russischen Geheimverhandlungen im Jahre 1878 Bosnien und Herzegowina. Obwohl die Habsburger vorerst nur das Recht bekamen, diese Gebiete zu verwalten, entfesselte die Gebietsübernahme nachhaltig den serbischen Nationalismus und führte schließlich 1914 zum Kriegsausbruch.

Als die Donaumonarchie immer stärker durch den radikalen Pan- und Jugoslawismus bedroht wurde, schlossen Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich am 7. Oktober 1879 den sog. "Zweibund" gegen Rußland, der bis 1918 in Kraft blieb und gegenseitige Hilfsleistungen bei einem russischen Angriff garantierte (x090/228). Dieses verhängnisvolle Bündnis, das später den Ausbruch des Ersten Weltkrieges von 1914-1918 förderte, wurde damals vom österreichischen Volk begeistert gefeiert. Nach dem Abschluß des Bündnisses von 1879 fühlten sich die bedrängten Österreicher wieder sicher und setzten schon bald ihre arrogante, unheilvolle Balkan-Politik fort. Infolge dieser planlosen und hochmütigen Balkan-Politik geriet die österreichisch-ungarische Donaumonarchie ab 1888 fast ständig in gefährliche Krisen, die das österreichisch-russische Verhältnis bedrohlich belasteten (x054/161).

Otto Fürst von Bismarck erklärte am 11. Januar 1887 in einer Rede vor dem Deutschen Reichstag (x063/447-448, x237/203): >>... Wir haben keine Bedürfnisse, die wir durch das Schwert erkämpfen könnten. ... Blicken sie doch auf die friedliebende Tätigkeit – und ich sage das ebensogut nach dem Auslande, wie hier zu dem Reichstage – der Kaiserlichen Politik in den letzten 16 Jahren. Nach dem Frankfurter Frieden war unser erstes Bedürfnis, den Frieden möglichst lange zu erhalten und zu benutzen, um das Deutsche Reich zu konsolidieren. Diese Aufgabe war keine leichte. ...

Unsere Aufgabe haben wir zuerst darin erkannt, die Staaten, mit denen wir Krieg geführt hatten, nach Möglichkeit zu versöhnen. Es ist uns dies vollständig gelungen mit Österreich. Wir stehen mit Österreich in einem so sicheren und vertrauensvollen Verhältnisse, wie es weder im Deutschen Bund trotz aller geschriebenen Verträge noch früher im Heiligen Römischen Reich jemals der Fall gewesen ist. ...<<

>>Die ganze orientalische Frage ist für uns keine Kriegsfrage. Wir werden uns wegen dieser Frage von niemand das Leitseil um den Hals werfen lassen, um uns mit Rußland zu überwerfen. ...<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über Bismarcks Außenpolitik (x057/167): >>... Durch die Reichsgründung war eine neue Lage in Europa geschaffen worden. An die Stelle des machtlosen Deutschen Bundes war das geeinte Deutsche Reich getreten. Im Herzen Europas gelegen, mit ausgedehnten, schwer zu verteidigenden Grenzen, bedeutete ein Zweifrontenkrieg die größte Gefahr für das Deutsche Reich.

Bismarck, der die auswärtige Politik Deutschlands im wesentlichen allein bestimmte, war ernstlich darauf bedacht, das Deutsche Reich zu sichern und in Europa den Frieden aufrecht zu erhalten.

Die größte Bedrohung für das junge Reich bedeutete nach wie vor die Haltung Frankreichs, daß Elsaß-Lothringen und die alte Stellung in Europa zurückgewinnen wollte. Schon 1873 hatte es die letzte Rate der Kriegsentschädigung bezahlt und darauf nach deutschem Vorbild die allgemeine Wehrpflicht durchgeführt. Eine großzügige Kolonialpolitik in Hinterindien, Nordafrika sollte die Machtgrundlage Frankreichs erweitern.

Bismarck rechnete zwar mit einem deutsch-französischen Konflikt, warb aber unermüdlich um die Verständigung mit Frankreich und förderte sogar dessen koloniale Ausbreitung. Eine Zeitlang schien man in Frankreich die Vorteile eines deutsch-französischen Zusammengehens zu verstehen. Dann aber trat im Jahre 1885 eine entscheidende Wendung in der auswärtigen Politik Frankreichs ein. Die Annäherung des westlichen Nachbarn an Rußland nahm im Jahre 1887 ihren Anfang und sollte für Deutschland verhängnisvoll werden.

Zur Sicherung des Reiches beschritt Bismarck schon bald nach der Reichsgründung den Weg der Bündnispolitik mit ihren Vorteilen und Gefahren. Um Frankreich und Rußland auseinanderzuhalten, erstrebte der Kanzler das Einvernehmen mit dem Zarenreich, dessen Freundschaft seit den Befreiungskriegen die stärkste Stütze der preußischen Politik gewesen war. Auch gelang es, die Freundschaft Österreichs zu gewinnen und durch Zusammenkünfte im Jahre 1872 ein Verteidigungsbündnis - das sog. Dreikaiserabkommen - zwischen Deutschland, Rußland und Österreich abzuschließen. ...<<

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck berichtete im Juni 2009 über die Außenpolitik des Deutschen Reiches (x878/...): >>... Wie hätte bei der Ausgangslage 1870/1871 deutsche Außenpolitik angelegt werden können, damit der neue Staat sicher durch die Fährnisse der in Jahrhunderten gewachsenen Interessen der mächtigen Nachbarn hätte gesteuert werden können? ...

Man fühlte sich "eingekreist", fand jedoch keinen Weg aus der Isolierung.

Angesichts der Interessenlage der mächtigen Nachbarn war das auch schwer erreichbar. Frankreich hatte sich mit dem Verlust des Status als stärkste Kontinentalmacht und Elsaß-Lothringens nicht abgefunden und setzte ... mit der Finanzierung grenznaher, strategischer Eisenbahnen im Westen des Russischen Reiches fest auf diesen Bündnispartner. Rußland konnte seine Interessen im Balkan nicht durchsetzen, da sie mit Interessen von Österreich-Ungarn kollidierten.

Die Habsburger Monarchie in Wien zog das Deutsche Reich immer tiefer in die Balkanprobleme hinein, die mit der Erosion des Osmanischen Reiches einhergingen. Berlin konnte und wollte diesen letzten europäischen Bundesgenossen nicht verlieren und unterstützte ihn "nolens volens". Der wachsende russische Groll traf dann allerdings Berlin direkt. Großbritannien betrachtete das Deutsche Reich, das im Begriff stand, das Kräftegleichgewicht in Europa zu gefährden und schon aufgrund ökonomischer und demographischer Gegebenheiten in eine tendenziell hegemoniale Stellung hinein wuchs, mit wachsendem Mißtrauen.

Allein durch seine schiere Existenz und seine dynamische demographische und wirtschaftliche Entwicklung wurde das Deutsche Reich für die anderen europäischen Großmächte zu einem provozierenden Störfaktor. Auch wenn die deutsche Politik völlig immobil und passiv gewesen wäre, hätte es seltener und überragender diplomatischer Fähigkeiten bedurft, um das wachsende Unbehagen der Nachbarn zu verhindern oder auszugleichen.

Die deutsche Politik verharrte allerdings nicht in Passivität. Die Aufrüstung der Kriegsmarine wurde forciert und in London natürlich als Herausforderung wahrgenommen. Auch suchte das Deutsche Reich just in den Weltregionen Einfluß zu gewinnen, die noch als leere Flecken erschienen, aber nur deshalb, weil sie zwischen Großbritannien und Rußland strittig geblieben und deshalb nicht aufgeteilt worden waren. Das betraf mit dem Osmanischen Reich den Bosphorus, Vorderasien und das Zweistromland (heutiger Irak), sinnfällig geworden durch den Bau der Bagdad-Bahn, aber ebenso Afghanistan. Rußland und vor allem Großbritannien empfanden das als offene Provokation.

Die deutsche Politik verhedderte sich in ihrer Aufholjagd um Macht und Einfluß in der Welt im Gestrüpp der Interessen der anderen europäischen Großmächte. ...<<

## **5. Weshalb bekämpfte Bismarcks innenpolitisch vor allem die katholische Kirche?**

Infolge der Bestätigung der päpstlichen Lehrunfehlbarkeit im Jahre 1870 war Reichskanzler Bismarck nicht länger bereit, die bisherige gesellschaftspolitische Machtposition der katholischen Kirche zu akzeptieren, so daß es zwangsläufig zu Auseinandersetzungen kommen mußte. Vor allem in Preußen entwickelte sich ab 1871 ein harter Kampf zwischen dem Staat und der katholischen Kirche. Im sogenannten "Kulturkampf" bekämpfte Bismarck seit 1871 den politischen Katholizismus und die Jesuiten. Der "Kanzelparagraph" bedrohte z.B. regierungs-

kritische Prediger mit Gefängnisstrafen.

Nach harten Auseinandersetzungen scheiterte Bismarck schließlich an der geschlossenen, unerschütterlichen Front der 1870 gegründeten katholischen Zentrumspartei sowie der katholischen Bevölkerung und brach den "Kulturkampf" im Jahre 1878 ab. Bismarck einigte sich zwar mit dem neuen Papst Leo dem XIII., den sog. "Kulturkampf" zu beenden, aber wesentliche Gesetze und grundsätzliche Verbote, wie z.B. zivile Standesämter, die staatliche Schulaufsicht, der sog. "Kanzelparagraph" (bis 1953) und der Ausschluß der Jesuiten (bis 1917) blieben unverändert bestehen (x089/294).

Nach mehreren Sprengstoffanschlägen von Anarchisten wurde am 9. Juni 1884 ein Gesetz gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen erlassen.

Der "eiserne Reichskanzler" verlor später trotz des Sozialistengesetzes - Parteienverbot, Verbot von sozialistischen Zeitungen etc. - zwar den Kampf gegen die Sozialisten, weil er die verbissene Zähigkeit der Arbeiterbewegung unterschätzt hatte, aber Bismarck konnte mit Hilfe von fortschrittlichen Sozialgesetzen große Teile der Arbeiterschaft für das Deutsche Reich gewinnen.

Bismarck war zwar ein überzeugter Monarchist und lehnte grundsätzlich alle sozialistischen Parteien ab, aber Bismarck erkannte rechtzeitig, daß der Widerstand der deutschen Bevölkerung gegen die große soziale Not äußerst gefährliche Formen des Marxismus bzw. Sozialismus angenommen hatte und unbedingt entschärft werden mußte. Der Reichskanzler versuchte deshalb, die deutsche Arbeiterschaft durch großzügige soziale Gesetze und mit verbesserten Sicherheitsvorschriften zu gewinnen: "Der Staat hat die Pflicht, dem Arbeiter das Recht auf Versorgung zu sichern sowie gegen Krankheit und Not zu schützen".

Reichskanzler Bismarck setzte ab 1883 im Deutschen Reich vorbildliche Sozialgesetze - Krankenkassenversicherung im Jahre 1883, Unfallversicherung im Jahre 1884 sowie Invaliditäts- und Rentenversicherung im Jahre 1889 - durch, die in der damaligen Zeit einmalig und geradezu revolutionär waren. Die Sozialdemokraten lehnten Bismarcks Sozialgesetze zunächst als "Almosen" ab, aber dieses soziale Versicherungswesen setzte sich trotz aller Kritik erfolgreich durch und schützte nach der Einführung fast alle Schichten der Gesellschaft eindrucksvoll und nachhaltig vor der bisherigen bitteren Not und Verelendung.

Kaiser Wilhelm II. und die Weimarer Republik setzten Bismarcks Sozialpolitik später fort. Die Angestellten- und Arbeitslosenversicherung folgten in den Jahren 1911 und 1927.

## **6. Warum mußte Bismarck im Jahre 1890 zurücktreten?**

Im Januar 1890 lehnte der Reichstag eine weitere Verlängerung des 1878 erlassenen Sozialistengesetzes zur Unterdrückung der sozialistischen Arbeiterbewegung ab. Als sich Reichskanzler Bismarck im Februar 1890 dem sozialpolitischen Programm des Kaisers widersetzte, wurde Kaiser Wilhelm II., von seinen persönlichen Beratern gedrängt, Bismarcks eigenmächtigen Führungsstil bzw. die "Vormundschaft des Alten" nicht länger zu akzeptieren.

Der erfahrene Reichskanzler erklärte am 18. März 1890 seinen Rücktritt und wurde Ende März durch Kaiser Wilhelm II. fast unehrenhaft entlassen.

Otto von Bismarck schrieb später über seine letzten Arbeitstage in Berlin (x237/201): >>Am 26. März verabschiedete ich mich bei dem Kaiser. Seine Majestät sagte, "nur die Sorge für meine Gesundheit" habe ihn bewogen, mir den Abschied zu erteilen. Ich erwiderte, meine Gesundheit sei in den letzten Jahren selten so gut gewesen, wie im vergangenen Winter. ...

Am 29. März verließ ich Berlin ... unter den vom Kaiser im Bahnhof angeordneten militärischen Ehrenbezeugungen, die ich ein Leichenbegängnis erster Klasse mit Recht nennen konnte. ...<<

Bismarck zog sich nach dem Rücktritt verbittert auf seinen Besitz in Friedrichsruh - im Sachsenwald bei Hamburg - zurück.

Otto von Bismarck war spätestens seit der Reichsgründung bis zu seiner Entlassung unbestritten der führende Staatsmann und der eigentliche Herrscher Preußens bzw. des Deutschen Reiches. Der außergewöhnliche Staatsmann und Meister der Diplomatie, der sich besonders wegen seiner Durchsetzungskraft und seines Mutes, eigene Fehler einzugestehen und zu berichtigen, auszeichnete, bestimmte länger als 28 Jahre die Außen- und Innenpolitik des Königsreiches Preußen und des Deutschen Reiches. Er zählte sicherlich zu den fähigsten Politikern der deutschen Geschichte und prägte Deutschland zu einer Wirtschaftsmacht von Weltformat.

Bismarcks vorausblickende, vorsichtige Bündnispolitik ermöglichte eine friedliche Entwicklung in Europa und begründete gegenüber fast allen europäischen Nachbarn eine solide Vertrauensbasis. Als der "Bewahrer des europäischen Friedens" und des "militärischen Gleichgewichts" im Jahre 1890 zwangsweise seinen Platz räumen mußte, nahm man die Entlassung des angesehenen Politikers in fast allen europäischen Hauptstädten mit Bedauern und großer Besorgnis auf.

Bismarck sagte später über sein politisches Lebenswerk (x069/67): >>Es war eine schwere Arbeit, uns zusammenzubringen; schwerer aber noch dürfte es sein, uns zu trennen! ...<<

Der deutsche Nationalökonom und Soziologe Max Weber schrieb später über Bismarcks Rücktritt (x058/240, x176/204): >>Ein Vierteljahrhundert stand an der Spitze Deutschlands der letzte und größte Junker, und die Tragik, welche seiner staatsmännischen Laufbahn neben ihrer unvergleichlichen Größe anhaftete und die sich heute noch immer den Blick vieler entzieht, wird die Zukunft wohl darin finden, daß unter ihm das Werk seiner Hände, die Nation, der er die Einheit gab, langsam und unwiderstehlich ihre ökonomische Struktur veränderte und eine andere wurde, ein Volk, das andere Ordnungen fordern mußte, als solche, die er ihm geben und denen seine cäsarische Natur sich einfügen konnte.

Im letzten Grunde ist eben dies es gewesen, was das teilweise Scheitern seines Lebenswerkes herbeigeführt hat. Denn dieses Lebenswerk hätte doch nicht nur zur äußeren, sondern auch zur inneren Einigung der Nation führen sollen, und jeder von uns weiß: das ist nicht erreicht. Es konnte mit seinen Mitteln nicht erreicht werden. ...<<

>>... Was war Bismarcks politisches Erbe? Er hinterließ eine Nation ohne alle und jede politische Erziehung. ... Und vor allem eine Nation ohne allen und jeden politischen Willen, gewohnt, daß der große Staatsmann an ihrer Spitze für sie die Politik schon besorgen werde.<<

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über Bismarcks Rücktritt (x281/39): >>... Bismarck, der zeitlebens ein listiger Politiker, aber kein Hasardeur war, wußte genau, in welcher fiebrigen Erregung sich die Völker befanden. Die Stimmung der Zeit war aufgekratzt, viele waren geradezu fanatisch auf Eroberung und Unterwerfung aus. Er aber wußte: Wer mehr wollte, würde weniger bekommen.

Der junge Kaiser Wilhelm II. sah es anders. Bismarck mußte im März 1890 abtreten und der Monarch ging unverzüglich daran, die nachfolgenden Politiker auf einen "neuen Kurs" festzulegen. "Wir wollen niemanden in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne", meldete der Außenminister des Reiches, Bernhard von Bülow, die deutschen Begehrlichkeiten an. ...<<

Roland Siegert berichtete später über die Entlassung Bismarcks im Jahre 1890 (x1.035/...):

>>**Die Entlassung Bismarcks (1890)**

### **Die historischen Hintergründe**

Im März 1890, knapp zwei Jahre, nachdem er Kaiser geworden war, entließ Kaiser Wilhelm II. den verdienten Reichskanzler Otto von Bismarck.

Bismarck hatte 1871 Deutschland geeint, das vorher in unzählige Kleinstaaten zersplittert war, und das Deutsche Kaiserreich geschaffen. Die Verfassung des neuen Reiches war ganz auf Bismarck zugeschnitten, und der erste Kaiser (Wilhelm I.) ließ ihm relativ freie Hand. Innenpolitisch regierte Bismarck streng und unnachgiebig (z.B. gegenüber Katholiken und Sozial-

demokraten), außenpolitisch äußerst klug und diplomatisch. So hatte er mit Deutschlands Nachbarstaaten effiziente Bündnisse geschlossen, die verhinderten, daß das Reich isoliert und gefährdet wurde.

Als Wilhelm I. hochbetagt 1888 starb, mußte sich Bismarck mit dem erst 29 Jahre alten Nachfolger Wilhelm II. arrangieren.

Obwohl Wilhelm II. Bismarcks politisches Wirken bewunderte (freilich nicht uneingeschränkt: Bismarcks Kulturkampf z.B. hatte Wilhelm II. stets abgelehnt), kam es zu immer größeren Meinungsverschiedenheiten und zu immer stärkerem Mißtrauen auf beiden Seiten, was schließlich eine weitere erfolgreiche Zusammenarbeit unmöglich machte. So entließ Wilhelm II. den alten Kanzler, der fast 28 Jahre lang die deutsche und preußische Politik maßgeblich bestimmt hatte, am 20. März 1890.

### **Die Kritik am Kaiser**

Daß der junge Kaiser den erfahrenen Bismarck, den führenden Staatsmann Europas, entließ, gilt als einer der Hauptkritikpunkte an Wilhelm II., als einer seiner ersten großen Fehler. Er wird als Beweis dafür gewertet, daß Wilhelm II. oft unvernünftig und egozentrisch handelte, Kritik nicht zugänglich war und von Beginn an im Sinn hatte, ein "persönliches Regiment" - ohne einen starken Kanzler - zu führen. Wenn Bismarck weiterhin Kanzler gewesen wäre, so deutet man, hätte sich Deutschland außenpolitisch nicht isoliert, und es wäre womöglich zum Ersten Weltkrieg nicht gekommen.

### **Die Tatsachen**

Bismarck war bei seiner Entlassung bereits 75 Jahre alt, für damalige Verhältnisse ein Greis. Er hatte gesundheitliche Probleme, hatte sich zuvor nur noch selten im Reichstag gezeigt und hauptsächlich vom Alterssitz Friedrichsruh aus regiert.

Der Historiker Golo Mann schrieb: "Während des Jahres 1889 hieß es, daß er schnell alterte, die Angelegenheiten des Staates schleifen ließ." In diesem Jahr war er acht Monate lang nicht nach Berlin gekommen!

Die Zeit, in der er gedanklich beweglich und realistisch Politik gemacht hatte, schien längst vorüber. Man könnte seine Entlassung also allein schon schlichtweg als überfälligen Generationswechsel auffassen, die Entlassung durch den Kaiser als etwas Naheliegendes.

Als der Kaiser Bismarck entließ, tat er nur das, was die meisten Deutschen ohnehin erhofften. Doch nicht aus Unvernunft und Leichtsinn, sondern weil der einst so weise Bismarck zunehmend an Altersstarrsinn und Realitätsblindheit litt. Zudem hatte sich Bismarck im Laufe der Jahrzehnte in Deutschland viele Feinde gemacht, er galt als engstirnig, eigensinnig und intrigant. Viele hatten den Eindruck, daß er die Zeichen der Zeit nicht mehr erkannte und regelrecht zu einer Last geworden war.

Die Entlassung Bismarcks erschien seinerzeit also logisch und vernünftig.

Erst später, als der Kaiser zunehmend kritisiert wurde und der Mythos "Bismarck" entstanden war, mußte z.B. selbst Kaiserkritiker Paul Busching 1908 zugeben: "Ist es ein Zufall, daß der Eindruck der ersten entscheidenden Tat Wilhelms II., der Entlassung Bismarcks, im Laufe der Jahrzehnte gänzlich verwischt worden ist? Wir erinnern daran, daß der Kaiser am 20. März 1890 nicht allein stand, daß es Millionen gab, die von dem Rücktritt des ersten Kanzlers den Beginn einer neuen Epoche gesunder, freier Entwicklung datieren wollten, die der Bismarckschen Verwaltungsmethode, seiner Wirtschaftspolitik, seinen Anschauungen über Arbeiterfrage und Sozialismus entfremdet waren."

Und der Sozialreformer und Pfarrer Martin Wenck schrieb rückblickend im Jahre 1913: "So gewaltig erschütternd Bismarcks Sturz wirkte, einem Erdbeben gleich - um der sozialen Frage willen, die gebieterisch alle anderen zurückdrängte, empfanden viele Millionen Deutsche diesen Rücktritt doch wie eine Erlösung. Nun sollte und konnte die Bahn frei werden für eine Epoche sozialen Wirkens."

Bismarck und Wilhelm II. brachte nicht in erster Linie die Außenpolitik, sondern die "soziale Frage" auseinander. In dieser Angelegenheit hatte Bismarck unmögliche Ansichten.

"Hier war der Kaiser voll guten Willens. Es müsse auch etwas für die ausgebeuteten Arbeiter getan werden. Er sei auch der König der Ärmsten", so zitiert Golo Mann den Kaiser.

Bismarck hielt dies für "Humanitätsduselei" und wollte den Arbeitern verstärkt mit Härte, notfalls mit Waffengewalt, entgegenzutreten. Die strengen Sozialistengesetze, nach 12 Jahren im Jahre 1890 im Reichstag aufgehoben, wollte Bismarck sogar noch verschärfen. Er hoffte, daß es dadurch zu Aufständen kommen würde, die einen Staatsstreich - verbunden mit einem Militärschlag gegen die Sozialdemokratie - rechtfertigen würden. Insgeheim hoffte er auch, daß sich der junge Kaiser damit beim Volk unbeliebt machen würde.

Wilhelm II. lehnte die Pläne Bismarcks jedoch strikt ab und erwiderte ihm, "daß ich das mit meinem Gewissen und meiner Verantwortung vor Gott nicht vereinbaren könnte, um so weniger, als ich genau wüßte, daß die Arbeiterwelt in einer schlechten Lage sei, die unbedingt gebessert werden müßte."

Die neuen kaiserlichen Arbeiterschutzgesetze versuchte Bismarck jedoch zu sabotieren. Wilhelm II. selbst berichtete es so: "Der Staatsrat trat unter meinem Vorsitz zusammen. In der Eröffnungssitzung erschien unerwartet auch der Kanzler. Er hielt eine Ansprache, in der er das ganze von mir ins Werk gesetzte Unternehmen (der Arbeiterschutzgesetze) mit Ironie kritisierte und mißbilligte und seine Mitwirkung versagte. Dann verließ er den Saal."

Dem ehrwürdigen Ansinnen des Kaisers stand also Bismarcks unzeitgemäße Radikalität gegenüber, die zudem die tatsächliche Lage völlig verkannte, wie auch Golo Mann schrieb: "Wenn Bismarck jetzt mit Kanonen gegen die Sozialdemokraten vorgehen wollte, so lebte er in einer Welt der Halluzinationen."

SPIEGEL-Herausgeber Rudolf Augstein stellte fest: "Bewußt, um sich unentbehrlich zu zeigen, wollte er (Bismarck) ein innenpolitisches Chaos inszenieren. ... Man wird Wilhelm zubilligen müssen, daß Bismarck mit seinem innenpolitischen Latein am Ende war, als der Kaiser ihn entließ".

Am 22. März, zwei Tage nach Bismarcks Entlassung, informierte Wilhelm II. den englischen Botschafter Sir Edward Malet. Dieser berichtete an seine Regierung in London von der Unterredung mit Wilhelm II.: "Wilhelm (ging) auf die lange Geschichte seiner Differenzen mit dem Altreichskanzler in der Arbeiterschutzfrage und wegen des Sozialistengesetzes ein.

Er warf Bismarck vor, den Klassenkonflikt bewußt auf die Spitze treiben zu wollen in der Absicht, dann durch Kartätschen (Munition) die Straßen "reinzufegen" ... "doch für mich, einen jungen Monarchen, gerade auf den Thron gekommen, und für mein ganzes Haus, wäre es katastrophal gewesen, wenn ich es zugelassen hätte, daß mein Volk auf der Straße niedergeschossen worden wäre, ohne vorher seine Beschwerden auch nur untersucht zu haben.

Man hätte gesagt, daß ich nur mit Bajonetten zu regieren wüßte." Statt aber auf ihn zu hören, habe Bismarck hinterrücks seine, Wilhelms, sozialpolitische Initiative zu untergraben versucht und "ihn wie einen Schuljungen behandelt".

Aus heutiger Sicht hatte Bismarck nicht mehr zeitgemäße, ja höchst bedenkliche Ansichten, was den Umgang mit der Arbeiterschaft betraf. Zu einem Kompromiß war er nicht mehr fähig. Er war starrsinnig und konnte nicht akzeptieren, daß der Kaiser keine Konfrontation mit der Arbeiterschaft suchte. Somit distanzierte sich Bismarck von der vernünftigen Ansicht des Kaisers - nicht umgekehrt, wie heute gemeinhin angenommen wird.

Wilhelm II. war kein Feind, sondern Bewunderer Bismarcks. Es war Bismarck, der letztlich die Zusammenarbeit mit dem Kaiser verweigerte.

Auch wenn es wegen unterschiedlicher Ansichten zur Entfremdung zwischen Bismarck und Wilhelm II. kam, bewunderte Wilhelm II. die Leistungen Bismarcks. In seinen Memoiren schrieb Wilhelm 1922: "Die staatsmännische Größe des Fürsten Bismarck und seine unver-

gänglichen Verdienste um Preußen und Deutschland sind historische Tatsachen von so gewaltiger Bedeutung, daß es wohl in keinem politischen Lager einen Menschen gibt, der es wagen könnte, sie anzuzweifeln.

Deshalb schon ist es eine törichte Legende, daß ich die Größe Bismarcks nicht anerkannt hätte. Das Gegenteil ist richtig ... Er war der Schöpfer des Deutschen Reiches, ... wir alle hielten ihn für den größten Staatsmann seiner Zeit. ... Als ich noch Prinz von Preußen war, habe ich oft gedacht: Hoffentlich lebt der große Kanzler noch recht lange, denn ich wäre geborgen, wenn ich mit ihm zusammen regieren könnte."

Freilich, in der Realität zeigten sich unüberbrückbare Differenzen, die von Bismarck ausgingen. Gegenüber dem Schriftsteller Hans Blüher äußerte Wilhelm II. im Jahre 1928: "Ich kann Ihnen sagen: Es war furchtbar, unter Bismarck zu arbeiten! Jede Gelegenheit benutzte er, um mich zu kränken und fast zu demütigen. Und dann immer die Rücktrittsdrohung! Ich wollte ihn doch halten und mit ihm regieren! ... Es gibt eben Grenzen des Ertragbaren. Und es war unerträglich, was er mir stündlich und täglich zumutete."

Tatsächlich war es Bismarck selbst, der dem Kaiser immer wieder ganz offen mit Rücktritt gedroht hatte: "Wenn Euere Majestät kein Gewicht auf meinen Rat legen, so weiß ich nicht, ob ich auf meinem Platz bleiben kann.", rief Bismarck erregt dem Kaiser während einer Ministerrunde ins Gesicht, nachdem dieser Bismarcks Kritik an den geplanten Arbeiterschutzgesetzen zurückgewiesen hatte.

Wilhelm II. wollte nach der Entlassung Bismarcks keinen außenpolitisch neuen Kurs, sondern den bewährten Weg der Bündnisse fortsetzen.

Golo Mann schrieb: "Wilhelm II. hielt Bismarcks politische Konstruktion für richtig und so zuverlässig, daß sie des Architekten nun nicht mehr bedürfte. Es fiel ihm gar nicht ein, daß irgend etwas daran geändert werden müßte oder könnte."

Zunächst hatte Wilhelm II. sogar noch versucht, Bismarck weiterhin für die Außenpolitik zu halten und ihn lediglich von der Innenpolitik zu entbinden: "Mit der Zuspitzung der Bismarckkrise äußerte Wilhelm II. dann am 27. Januar (1890, also 2 Monate vor Bismarcks Entlassung) den Wunsch, Bismarck möge sich aufs Auswärtige Amt beschränken und die Leitung der inneren Politik im Reich sowie in Preußen an einen anderen abgeben."

Wie paßt dieser Wunsch des Kaisers zur Unterstellung, er habe Bismarck loswerden wollen, um einen anderen außenpolitischen Kurs verfolgen zu können?

Selbst nachdem er Kanzler Bismarck entlassen hatte, wollte Wilhelm II. wenigstens weiterhin mit Bismarcks Sohn Herbert zusammenarbeiten, dem Staatssekretär im Auswärtigen Amt (heute vergleichbar mit dem Außenminister). Wilhelm II. bat Herbert Bismarck mehrfach, ihm zu "helfen, die Tradition in der Politik fortzuführen" und bot ihm neben dem Auswärtigen Amt zusätzlich die Stelle des preußischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten an, der für die Abgabe der preußischen Stimme im Bundesrat verantwortlich war. Herbert Bismarck aber lehnte ab mit der Begründung, "er sei nun einmal gewöhnt, nur seinem Vater vorzutragen und Dienste zu leisten".

Am 21. März reichte schließlich auch Herbert Bismarck, inzwischen gesundheitlich angeschlagen, seinen Rücktritt ein. Noch eine Woche später hoffte der Kaiser auf seine Rückkehr. Am 28. März äußerte er: "Herbert müsse wieder eintreten, so wie er sich erholt hat, und denselben Platz einnehmen wie bisher! ... Er schätze Herberts Tüchtigkeit, könne mit ihm arbeiten und sei mit ihm befreundet."

Dazu kam es freilich nicht - Herberts Entschluß war endgültig.

Wilhelm II. entließ den Kanzler Otto von Bismarck also allein deshalb, weil die Zusammenarbeit mit ihm nicht mehr möglich war, und nicht, um danach ungestört eine andere, anti-bismarcksche Außenpolitik verfolgen zu können, wie heute oft behauptet wird. Unmittelbar nach Bismarcks Entlassung, am 19. März, telegraphierte Wilhelm II. an seine englische

Großmutter, Queen Victoria: "Meine Politik wird sich überhaupt nicht ändern."

### **Fazit**

Die Entlassung Bismarcks durch Wilhelm II. ist völlig verständlich. Bismarck war es, der sich der Zusammenarbeit mit dem neuen Kaiser verweigerte, nicht umgekehrt. Bismarck war alt, eigensinnig, schätzte die Realitäten inzwischen falsch ein, argumentierte nur noch rückwärts-gewandt und intrigierte gegen den Kaiser. Sein Plan, durch militärische Gewaltmaßnahmen gegenüber der Arbeiterschaft einen Staatsstreich zu provozieren, war moralisch verwerflich und unvertretbar. Die Mehrheit der Deutschen war froh, als er weg war. Der Linksliberale Eugen Richter z.B. schrieb erleichtert: "Gott sei Dank, daß er fort ist."

Der Schriftsteller Theodor Fontane, der jahrzehntlang zwischen Bismarck-Bewunderung und -kritik geschwankt hatte, äußerte: "Es ist ein Glück, daß wir ihn los sind, und viele, viele Fragen werden jetzt besser, ehrlicher, klarer behandelt werden als vorher. Er war eigentlich nur noch Gewohnheitsregent, tat, was er wollte, ließ alle warten und forderte nur immer mehr Devotion. Seine Größe lag hinter ihm."

Golo Mann, der große Historiker, brachte es 1958 auf den Punkt: "Wilhelm II. konnte sich sagen, daß er nicht nur richtig, sondern im Sinne des Volkes gehandelt habe."

Und: "Bismarck verschwand nicht zu früh, er verschwand viel zu spät. Die Beseitigung dieses lastenden Anachronismus war das Mutigste, an sich selbst betrachtet das Beste, was Wilhelm II. je getan hat."

Freilich, bereits kurz nach seiner Entlassung begann Bismarck damit, die öffentliche Meinung zu beeinflussen: "Der Reichsgründer zeigte sich dem Publikum in den acht Tagen nach seiner Entlassung mehr als sonst in einem ganzen Jahr und sorgte in wütender Kränkung für die Verbreitung seiner Version des Sturzes, wonach er - vom geistig nicht ganz gesunden? - Kaiser "hinausgeschmissen" worden war."

In den folgenden Jahren, noch zu Lebzeiten des entlassenen Kanzlers, begann der Bismarck-Mythos zu entstehen. Dieser bewirkte, daß die Entlassung Bismarcks - ganz in dessen Sinne - immer mehr verklärt und schließlich als Fehlthat Wilhelms II. betrachtet wurde. Eine Einschätzung, die bis in die Gegenwart fortwirkt.

"1890 ... bildete Bismarck mit seinen Intrigen und seinem greisenhaften Festhalten an der Macht gleichsam die dunkle Folie hinter der strahlenden Figur des jungen Kaisers und dem, was er an Erwartungen heraufbeschwor. Fünf Jahre danach vergoldete Bismarck mit seiner Person eine Vergangenheit, von der viele bereits vergaßen, daß sie gar keine Zukunft mehr besessen hatte. So wurde schließlich sein Sturz bis in unsere Zeit hinein zur vielfältig umrankten Legende."<<

Als der sog. "eiserne Reichskanzler" bzw. "Lotse" Otto von Bismarck am 30. Juli 1898 starb, wurde sein langer Todeskampf durch düstere Visionen erschwert.

Bismarcks letzte Worte waren angeblich (x063/449): >>... Hilf! Hilf! ... Serbien ... Türkei ... Rußland ... Aber Deutschland! Deutschland! Deutschland! ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete im Jahre 1998 über Bismarcks Lebensweg (x887/...): >>Politisches Werden Otto von Bismarcks zum Reichskanzler und aktuelle Bezüge seiner Politik für uns

... Doch er ahnte auch die Gefahren, die dem Reich nach seinem Abgang drohten. ... Und aus dem Jahre 1898 sind seine Worte überliefert: "Zwanzig Jahre nach dem Tode Friedrichs des Großen kam Jena, und zwanzig Jahre nach meinem Ableben wird Deutschland zusammenbrechen, wenn es so weiter regiert wird."

1918 brach in der Tat das Deutsche Reich militärisch zusammen, es brachen seine drei großen Stützen, die Dynastien, das Heer und die obrigkeitliche Staatsmacht.<<

## 7. Wer war Kaiser Wilhelm II.?

Kaiser Wilhelm der I. starb am 9. März 1888 im Alter von 90 Jahren.

Friedrich der III., der gründlich auf die Regierungsübernahme vorbereitet war, wurde Nachfolger seines Vaters Kaiser Wilhelm des I.

Als Kaiser Friedrich III. bereits am 15. Juni 1888, nach nur 99 Tagen Regierungszeit, an einer unheilbaren Krankheit starb, übernahm sein 29-jähriger Sohn Wilhelm den Kaiserthron des Deutschen Reiches.

Kaiser Wilhelm II. eröffnete am 25. Juni 1888 im Weißen Saal des Berliner Schlosses den Reichstag mit folgender Thronrede (x980/...): >>Geehrte Herren!

Mit tiefer Trauer im Herzen begrüße Ich Sie und weiß, daß Sie mit Mir trauern. Die frische Erinnerung an die schweren Leiden Meines Hochseligen Herrn Vaters, die erschütternde Tatsache, daß Ich drei Monate nach dem Hintritt weiland Seiner Majestät des Kaisers Wilhelms berufen war, den Thron zu besteigen, üben die gleiche Wirkung in den Herzen aller Deutschen, und unser Schmerz hat warme Teilnahme in allen Ländern der Welt gefunden. Unter dem Drucke desselben bitte Ich Gott, Mir Kraft zur Erfüllung der hohen Pflichten zu verleihen, zu denen Sein Wille Mich berufen hat.

Dieser Berufung folgend, habe Ich das Vorbild vor Augen, welches Kaiser Wilhelm nach schweren Kriegen, in friedliebender Regierung seinen Nachfolgern hinterlassen, und dem auch Meines Hochseligen Herrn Vaters Regierung entsprochen hat, soweit die Betätigung seiner Absichten nicht durch Krankheit und Tod verhindert worden ist.

Ich habe Sie, geehrte Herren, berufen, um vor Ihnen dem Deutschen Volke zu verkünden, daß Ich entschlossen bin, als Kaiser und als König dieselben Wege zu wandeln, auf denen Mein Hochseliger Herr Großvater das Vertrauen seiner Bundesgenossen, die Liebe des Deutschen Volkes und die wohlwollende Anerkennung des Auslandes gewonnen hat. Daß auch Mir dies gelinge, steht bei Gott, erstreben will Ich es in ernster Arbeit.

Die wichtigsten Aufgaben des Deutschen Kaisers liegen auf dem Gebiete der militärischen und politischen Sicherstellung des Reiches nach Außen, und im Innern in der Überwachung der Ausführung der Reichsgesetze. Das oberste dieser Gesetze bildet die Reichsverfassung, sie zu wahren und zu schirmen, in allen Rechten, die sie den beiden gesetzgebenden Körpern der Nation und jedem Deutschen, aber auch in denen, welche sie dem Kaiser und jedem der verbündeten Staaten und deren Landesherren verbürgt, gehört zu den vornehmsten Rechten und Pflichten des Kaisers. ...

Im Vertrauen auf Gott und auf die Wehrhaftigkeit unseres Volkes hege Ich die Zuversicht, daß es uns für absehbare Zeit vergönnt sein werde, in friedlicher Arbeit zu wahren und zu festigen, was unter Leitung Meiner beiden in Gott ruhenden Vorgänger auf dem Throne kämpfend erstritten wurde.<<

Wolfgang Müller und Roland Siegert berichteten später über Kaiser Wilhelm II. (x1.035/...):

>>**Vita Kaiser Wilhelms II. und Abriß der wilhelminischen Epoche**

Kurzbiographie

### **Kindheit und Jugend**

#### **1859 Geburt**

Wilhelm wird am 27. Januar 1859 im Kronprinzenpalais Unter den Linden in Berlin geboren. Er ist das erste Kind des damaligen preußischen Kronprinzen Friedrich Wilhelm (später Kaiser Friedrich III.) und seiner Gattin Victoria ("Vicky"), der ältesten Tochter der englischen Queen Victoria.

Bei der komplizierten Geburt wird der linke Arm schwer verletzt und wird zeitlebens verkürzt und gelähmt bleiben. Die ehrgeizige Mutter verwindet diesen Makel nicht, wodurch die Beziehung zum Sohn schon früh gestört wird.

### **1859 - 1874 Freudlose Kindheit und strenge Erziehung**

Unzählige Versuche werden unternommen, um den verkrüppelten linken Arm Wilhelms zu korrigieren. Unter größten Anstrengungen lernt Wilhelm das Reiten. 1866 übernimmt der strenge Calvinist Dr. Georg Hinzpeter die Erziehung des Prinzen.

Wilhelm II. selbst wird die Zeit später als "recht unglückliche Kindheit" beschreiben: "Ich hatte keine ausgleichende Mutterliebe. Ich gehöre zu den Naturen, die Lob brauchen, um angefeuert zu werden und Gutes zu leisten. Tadel lähmt mich. Niemals habe ich aus Hinzpeters Mund ein Wort der Anerkennung erfahren." (1897)

### **1874 - 1877 Besuch des Gymnasiums in Kassel**

Auf Wunsch der liberalen Eltern besucht der Prinz ein bürgerliches Gymnasium. Georg Hinzpeter begleitet ihn nach Kassel. 1877 legt er dort das Abitur ab.

### **Der junge Prinz**

#### **1877 Beginn des aktiven Militärdienstes**

Am 9. Februar 1877 tritt Wilhelm seinen aktiven Militärdienst in Potsdam an. 1880 wird er zum Hauptmann befördert. Bis 1888 ist er Kommandeur in wechselnden Regimentern. Die Dienstzeit wird immer wieder für zivile und außenpolitische Studien und Weiterbildungen unterbrochen.

#### **1877 - 1879 Studium in Bonn**

Parallel zum Militärdienst nimmt der Prinz ein viersemestriges Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Bonn auf. Außerdem hört er Vorlesungen über Geschichte, Philosophie, Kunstgeschichte und Naturwissenschaften.

#### **1881 Heirat**

Wilhelm heiratet die fast gleichaltrige Auguste Viktoria von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg. Er wird mit ihr eine glückliche Ehe bis zu ihrem Tod 1921 führen. Sechs Jungen und ein Mädchen werden geboren, als erster Thronfolger Wilhelm ("Der Kronprinz").

#### **Regentschaft als Deutscher Kaiser und König von Preußen**

#### **1888 Übernahme der Regentschaft als Deutscher Kaiser und König von Preußen**

Nachdem sein Vater, Kaiser Friedrich III., nach nur 99 Tagen an Kehlkopfkrebs stirbt, übernimmt am 15. Juni der 29jährige Wilhelm II. die Krone.

#### **1888 - 1890 Soziales Volkskaisertum und Konflikt mit Reichskanzler Bismarck**

Der junge Wilhelm II. will ein Kaiser "aller Deutschen" sein und Industrielle wie Arbeiter, Protestanten wie Katholiken unter seiner Krone einen. Im Bergarbeiterstreik von 1889 unterstützt Wilhelm II. die Forderungen der Arbeiter und erzwingt Lohnerhöhungen. Seine sozialen Bestrebungen führen zu zunehmenden Konflikten mit Reichskanzler Otto von Bismarck, der die Politik des Kaisers für zu sentimental hält.

Im März 1890 muß Bismarck zurücktreten.

#### **1890 - 1914 Wirtschaftliche und wissenschaftliche Blüte, zunehmende innere Kritik am Kaiser und außenpolitische Spannungen**

Deutschland entwickelt sich im Laufe der Regentschaft Wilhelms II. zur wirtschaftlichen Supermacht. Das industrielle Wachstum ist enorm, der gesamte Wirtschaftsaufschwung stabil und von Dauer. Breiteste Bevölkerungskreise profitieren vom Aufstieg. "Made in Germany" wird zum Gütesiegel.

Deutsche Wissenschaft ist weltweit führend. In der Physik und Chemie erzielen deutsche Forscher bahnbrechende Erfolge (z.B. Albert Einstein und Max Planck). Unzählige Entdeckungen und Erfindungen (z.B. die des weltweit ersten selbsttätigen Waschmittels, "Persil") gehen auf das Konto (der Deutschen). Innerhalb von 17 Jahren erhalten deutsche Preisträger nicht weniger als 21 Nobelpreise.

Der wissenschaftsbegeisterte Kaiser, der die Bedeutung des technischen Fortschritts von Anfang an voll erkannt hat, fördert diesen nachhaltig.

Deutschland muß ein gewaltiges Bevölkerungswachstum verkraften. Durch Massenzug in die Städte und den Wandel vom Agrar- zum Industriestaat entwickelt sich ein Industrieproletariat. Obwohl sich dessen Lage bis 1914 stetig verbessert, gelingt es nicht wirklich, die Arbeiterschaft zufriedenstellend in die Gesamtgesellschaft zu integrieren.

1898: Deutschland beginnt mit dem Ausbau seiner Flotte, die in erster Linie dem Schutz des deutschen Welthandels dienen soll.

Der marinebegeisterte Kaiser greift die alte liberale Forderung nach einer Flotte (sie war schon 1848 ein Kernziel als Symbol der nationalen Einheit) bereitwillig auf. Im Volk ist die Euphorie für die Flotte grenzenlos. Die angestammte Seegroßmacht Großbritannien fühlt sich durch die deutschen Flottenpläne provoziert.

Wilhelm II. betrachtet sich zunächst als Regent von Gottes Gnaden (von Gott berufen und ihm streng verantwortlich), was zu zunehmendem Konflikt vor allem mit den Liberalen im Volk führt. Viele werfen ihm ein damit verbundenes "persönliches Regiment" vor, bei dem der Kaiser zu eigenmächtig regiere. Jedoch überschreitet der Kaiser seine Rechte, die ihm die Reichsverfassung gewähren, nicht.

Wilhelm II. gerät zunehmend in innenpolitischen Konflikt mit den vielen verschiedenen Richtungen im Reich: Liberalen ist er zu konservativ und zu reaktionär, dem aufstrebenden Bürgertum und Industriellen oft zu gemäßigt und vorsichtig, darunter auch Intellektuellen wie z.B. dem Soziologen Max Weber. Gleichwohl ist Wilhelm II. im größten Teil der deutschen Bevölkerung - auch unter der Arbeiterschaft - als Landesvater anerkannt und bei vielen beliebt (davon zeugen z.B. die vielen Kaiserportraits in Arbeiterwohnungen).

Die Zeit selbst ist voller Widersprüche und Umwälzungen: Pferdefuhrwerke werden durch Automobile verdrängt, der Reichstag wünscht mehr Mitspracherecht. Das Land ist in nervöser, fin de siècle-Stimmung. Pessimistische, erstmals postmodern gefärbte Denkweisen der Bohème prallen auf Optimismus versprühende und verbindlich formulierte Losungen des Kaisers ("Mein Kurs ist der richtige"), die historisch orientierte wilhelminische Architektur (z.B. Neobarock) auf den neuen Expressionismus.

Die nicht in allen Bereichen glückliche Verfassung des Reiches tut ein Übriges, um innere Konflikte zu begünstigen.

Den Höhepunkt erreicht die innere Spannung 1908 durch das Daily-Telegraph-Interview des Kaisers: Wilhelm II. ist danach nachhaltig beschädigt und muß geloben, sich in Zukunft öffentlich zurückzuhalten.

Zahlreiche außenpolitische Krisen isolieren Deutschland zusehends (z.B. 1896: Krüger-Depesche; 1905: Erste Marokkokrise; 1911: Panthersprung nach Agadir).

Das wirtschaftlich enorm erfolgreiche und ständig wachsende Deutsche Reich, das einen ruhelosen Eindruck hinterläßt, wird besonders von England als unberechenbar und bedrohlich empfunden.

Obwohl der Kaiser immer wieder seinen guten, friedliebenden Willen bekundet und in bester Absicht handelt, zerschlägt er durch undiplomatische Aussagen, Überschwang und wechselhaftes Vorgehen viel Porzellan. Zudem überschätzt er seinen dynastischen Einfluß (z.B. beim verwandten russischen Zaren), während oft intrigante Berufspolitiker (z.B. Friedrich von Holstein) die Fäden ziehen und falsche Berater (z.B. Generalfeldmarschall von Waldersee) den Kaiser unglücklich beeinflussen.

Das deutsche Gebaren liefert den Ententemächten, die sich durch das aufstrebende Deutschland in erster Linie wirtschaftlich bedroht sehen, den willkommenen Anlaß, sich zu wappnen (z.B. durch Bündnisse und Aufrüstung). Die gute, friedliebende Intention des Deutschen Kaisers, der einen Krieg nicht will und dies immer wieder ehrlich betont, findet dabei kein Gehör. Deutschland fühlt sich eingekreist, und es bleibt nur noch Österreich als letzter großer Verbündeter.

### **1913 25jähriges Thronjubiläum**

Wilhelm II. feiert sein 25jähriges Thronjubiläum. Er regiert nun 25 Jahre in Frieden und wird in In- und Ausland glanzvoll gefeiert. Im Jahr zuvor hatte ihn Emanuel Nobel (Neffe des Stifters Alfred Nobel) sogar für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen.

Die Hochzeit seiner einzigen Tochter Viktoria Luise vereint noch einmal alle gekrönten Häupter Europas in Berlin. Ein Krieg scheint alles andere als naheliegend.

### **1914 - 1918 Julikrise und Erster Weltkrieg**

Am 28. Juni 1914 werden in Sarajevo der österreichische Thronfolger Franz Ferdinand und seine Ehefrau erschossen. Erst fast einen Monat später, am 24. Juli, spitzt sich die Situation durch ein österreichisches Ultimatum an Serbien zu. Die deutsche Führung hatte zuvor den Ernst der Lage verkannt und im Glauben, die Auseinandersetzung werde sich auf den Balkan begrenzen, am 6. Juli Österreich eine defensive Blankovollmacht erteilt (nur in dem unermuteten Fall, daß Rußland Österreich attackiere, werde Deutschland eingreifen und Österreich zur Seite stehen).

Das österreichische Ultimatum löst jedoch genau diese Mobilmachung des mit Serbien verbündeten Rußland aus, worauf Deutschland die deutsche Beistandspflicht gegenüber Österreich gefordert sieht und Wilhelm II. am Tag darauf (1. August) mit Tränen in den Augen die deutsche Mobilmachung anordnet. Zuvor hatte er noch durch Telegramme an den russischen Zaren versucht, die Mobilmachungen zu stoppen und Friedensverhandlungen zu vermitteln.

Im Krieg selbst tritt der Kaiser zunehmend in den Hintergrund. Im Bewußtsein, daß er zum militärischen Führer nicht geeignet ist, überläßt er den Generälen Hindenburg und Ludendorff faktisch die Leitung.

Der jahrelange Krieg verschlechtert zusehends die Versorgungslage in Deutschland, und große Teile des kriegsmüden Volkes machen inzwischen den Kaiser für die Misere verantwortlich.

Nachdem die militärische Situation ausweglos geworden ist, streben Hindenburg und Ludendorff am 29.09.1918 Friedensverhandlungen an. US-Präsident Wilson fordert u.a. den Rücktritt Kaiser Wilhelms II.; zudem wird dieser von den Feindstaaten als Hauptschuldiger für den Krieg betrachtet.

Um die Monarchie zu retten, stimmt Wilhelm II. am 30.09.1918 der Umwandlung Deutschlands in eine parlamentarische Monarchie zu. Die US-Regierung fordert jedoch nicht nur den Rücktritt des Kaisers, sondern die Abschaffung der Monarchie insgesamt. Dies jedoch wird von der deutschen Regierung und sogar von der SPD zurückgewiesen.

### **1918 Erzwungene Abdankung und Flucht nach Holland**

Nach dem Matrosenaufstand in Wilhelmshaven und Kiel droht Deutschland im Herbst 1918 eine rote Revolution wie bereits ein Jahr zuvor in Rußland.

Die radikalen Sozialisten, angeführt von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, rufen zum Generalstreik auf, während Friedrich Ebert von der SPD die (inzwischen parlamentarische) Monarchie noch zu retten versucht.

Doch die Ereignisse überstürzen sich: Aus Sorge vor einem Umsturz verkündet Reichskanzler Max von Baden am 9. November eigenmächtig die Abdankung des Kaisers. Der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann wird bedrängt, am Reichstag die deutsche Republik auszurufen, da der radikale Sozialist Karl Liebknecht am Berliner Schloß bereits die bolschewistische "Republik" (nach sowjetischem Vorbild) zu verkünden im Begriff ist.

Wilhelm II., der sich seit 29. Oktober im deutschen Hauptquartier in Spa in Belgien befindet, verwirft schließlich anderweitige Pläne und kehrt wegen der Gefahr revolutionärer Verfolgung und Auslieferung an die Feindstaaten nicht nach Deutschland zurück. Nach mehrfachem Drängen seiner Berater flieht er am 10. November ins Exil nach Holland, wo ihm Asyl gewährt wird. Dort unterzeichnet er am 28. November die Abdankungsurkunde. Am selben Tag

war ihm auch seine Ehefrau aus Deutschland nachgefolgt. ...<<

## **8. Wie entwickelte sich die gesellschaftliche Ordnung nach der Gründung des Deutschen Kaiserreiches?**

Die gesellschaftliche Ordnung der damaligen Epoche kannte noch kein demokratisches Wahlrecht. Das sogenannte "Dreiklassenwahlrecht" in Preußen und in anderen Bundesstaaten war von 1849 bis 1918 vom Einkommen bzw. von den gezahlten Steuern abhängig. In extremen Fällen verfügte damals ein Fabrikbesitzer über mehrere Hundert Wählerstimmen.

Nach der Aufhebung des Parteienverbots wurde im Jahre 1890 die "Sozialdemokratische Partei Deutschlands" neu gegründet, aber die damalige Politik dominierten in erster Linie Adel, Industrielle und bürgerliche Großgrundbesitzer. Der Einfluß der restlichen Parteien blieb zuerst noch relativ gering, aber die Arbeiterpartei der Sozialdemokraten, die bürgerlichen Parteien der Mitte und des Zentrums wurden infolge der verbesserten sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse zunehmend einflußreicher und selbstbewußter.

Die Vertreter der Arbeiterpartei kritisierten damals öffentlich den stark ausgeprägten Militarismus, die ersten Anfänge des deutschen Imperialismus und den altbekannten Feudalismus. Die Arbeiterbewegung der Sozialdemokraten erhielt bei den Reichstagswahlen im Jahre 1890 bereits 1.427.000 Wählerstimmen und stellte 35 Abgeordnete.

Der Deutsche Reichstag entwickelte damals vorbildliche Gesetzeswerke, wie z.B. die Zivil- und Strafprozeßordnung: 1871/1877, das BGB: 1900, und zählte in jener Zeit zu den angesehensten europäischen Parlamenten. Die fortschrittlichen deutschen Gesetze wurden sogar oftmals komplett von Nachbarländern übernommen.

Thomas Woodrow Wilson, von 1913-1921 nordamerikanischer Präsident, lobte im Jahre 1892 die preußische Staatsführung (x063/379): >>Der preußische Staatsaufbau ist ein Vorbild für die höchste Entwicklung der Selbstverwaltung in Deutschland. Preußen hat sich bemüht, seine Verwaltung vollkommener auszubilden als irgendein anderer Staat Europas. ...<<

Die US-Professorin für europäische Geschichte in Berkeley, Margaret Lavinia Anderson, berichtete am 28. November 2009 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" über die politische Kultur des Deutschen Kaiserreiches (x887/...): >> ... Das Kaiserreich war viel demokratischer als andere Länder Europas

In "Lehrjahre der Demokratie - Wahlen und politische Kultur im Deutschen Kaiserreich" führt sie an, daß deutsche Männer - Frauenwahlrecht gab es noch nirgends - seit 1867 im Norddeutschen Bund gleich und geheim und seit 1871 im Reich wählen durften.

Nur die Griechen und Franzosen ... durften früher mitentscheiden. Gleiches Wahlrecht gab es in England erst 1949, in den gesamten USA erst 1965.

Deutsche wählten bis 1893 alle drei, dann alle fünf Jahre, Briten normalerweise nur alle sieben Jahre. Der Reichstag wählte zwar nicht die Regierung, war aber praktisch so mächtig wie andere Parlamente.

Anderson entdeckte in zehn Jahren Forschung bis in Lokalblätter hinein in Deutschland eine höhere Wahl- und politische Kultur als anderswo: Kaum Gewalt, Betrug und Bestechung, die man noch nach 1945 in den USA beklagte, jedoch, wie überall, Druck von Mächtigen in Wirtschaft und Verwaltung. Aber die Wahlprüfkommission des Reichstags annullierte nach solchen Verstößen, besonders amtlicherseits, meist die Wahl und verfügte eine Neuwahl. Bestechung von Kommunen durch sachlich nicht gebotene Investitionen, wie in Frankreich üblich, "verletzte das deutsche Gefühl für Anstand" und scheiterte am Rechtsbewußtsein der Beamten.

Weil der "Obrigkeitsstaat" vor allem Rechtsstaat war, schützte er die Wähler besser als andere Staaten. Im Reich waren Wahlanfechtungen staatlich und kostenlos, in England teure Privatsache; in den USA sind sie noch heute schwierig. Die Bürger bestanden mit Zivilcourage auf

ihren Rechten und bildeten eher als anderswo starke Parteien, die Halt und echte Alternativen boten - und Beobachter für ordnungsgemäße Wahlen. ...

Jeder Abgeordnete war gemäß Verfassung Vertreter des ganzen Volkes. ...

Polizeiliche Verstöße wurden schnell korrigiert. Der Reichstag hob durch einfaches Votum vorherige Verhaftungen und Gerichtsverfahren für die Wahlperiode auf. Es gab Fairneß: So sammelten bürgerliche Progressive große Summen für Familien von Sozialisten, die Hamburg aufgrund der Sozialistengesetze ausgewiesen hatte; Zentrumsabgeordnete waren Strafverteidiger für Sozialisten.

In Wahlversammlungen wählten die Anwesenden den Vorsitzenden; waren die Gegner in der Mehrheit, konnte es auch einer der ihnen sein. Nach dem Hauptredner kam immer eine andere Partei durch einen "Diskussionsredner" mindestens 30 Minuten zu Wort.

Andersons Buch "Lehrjahre der Demokratie - Wahlen und politische Kultur im Deutschen Kaiserreich", gilt in den USA als akademisches Standardwerk zur Geschichte des deutschen Kaiserreichs. ...<<

Der deutsche Rechtsanwalt Ulrich Vosgerau berichtete im März 2021 über die Verfassung des Deutschen Reiches (x1.032/...): >>Das bestorganisierte Land der Welt

### **- Die Reichsverfassung**

Von *Ulrich Vosgerau*

Die Bismarcksche Reichsverfassung vom 16. April 1871 ging aus der Verfassung des Deutschen Bundes vom 1. Januar 1871 hervor, durch die ihrerseits die ursprüngliche Verfassung des Norddeutschen Bundes vom 1. Juli 1867 revidiert worden war. Vom Norddeutschen Bund wurden auch die Reichsfarben schwarz-weiß-rot" (Artikel 55 Reichsverfassung) übernommen. Sie hieß dann Verfassung des Deutschen Reiches (RV 1871) und galt formell bis zum 14. August 1919, dem Tag des Inkrafttretens der Weimarer Reichsverfassung.

Indessen war sie im Zuge revolutionärer Umwälzungen bereits seit dem 9. November 1919 faktisch nicht mehr beachtet worden, wie später die Weimarer Reichsverfassung nach 1933.

Nur sehr wenige deutsche Schüler und Studenten könnten heute noch angeben, daß das Deutsche Reich entweder am 1. Januar 1871 (Inkrafttreten der Verträge) oder am 18. Januar 1871 (Kaiserproklamation) gegründet worden ist. Rechts- und Verfassungshistoriker sehen das übrigens anders. Denn aus juristischer Sicht ist das Deutsche Reich 1871 nicht etwa revolutionär entstanden.

Vielmehr gilt es als Fortsetzung des um die nun beigetretenen süddeutschen Staaten erweiterten, verfassungsrechtlich reorganisierten und umbenannten, aber als völkerrechtliches Subjekt selbstverständlich mit sich selbst weiter identischen Norddeutschen Bundes, der seinerseits, eben am 14. April 1867, durch die Umwandlung eines Militärbündnisses Preußens mit den deutschen Staaten nördlich der Mainlinie in einen echten Bundesstaat entstanden war.

Das heißt, das Deutsche Reich entstand eigentlich schon 1867. Die heutige Bundesrepublik Deutschland ist völkerrechtlich nicht etwa dessen Rechtsnachfolgerin, sondern mit dem Reich (eben als dem einen und einheitlichen Nationalstaat des Deutschen Volkes) identisch. In Tageszeitungen ist gelegentlich zu lesen, wer das Fortbestehen des Deutschen Reiches behauptet, sei gleichzeitig Verschwörungstheoretiker und Verfassungsfeind.

Dies entspricht aber der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und der allgemeinen Ansicht im Völkerrecht. Insofern haben die sogenannten Reichsbürger vom Ausgangspunkt her Recht. Ihr Wahn besteht aber darin, sich ein fortbestehendes Reich als "Parallelstruktur" zur Bundesrepublik vorzustellen. Die Bundesrepublik selbst ist jedoch das Reich. Sie heißt nur anders und hat eine andere Verfassung.

Völkerrechtlich ist das irrelevant: Wenn eine Frau sich verheiratet, hat sie auch auf einmal nicht nur einen anderen Personenstand, sondern oft auch einen anderen Nachnamen, ohne daß deswegen jemand darauf kommt, es sei jetzt eine neue Frau da und diese sei allenfalls Rechts-

nachfolgerin der alten. Im Völkerrecht gilt der Grundsatz der Staatenkontinuität, schon um Verträge und Schulden aufrechtzuerhalten. Verfassungswandel, ja selbst Revolutionen sind aus Sicht des Völkerrechts nur (unbeachtliche) "innere Angelegenheiten".

### **Die paktierte Verfassung**

Das Deutsche Reich von 1871 war ein Bundesstaat. Zwar erweckt die Präambel der Verfassung den Eindruck, es handele sich um einen reinen Fürstenbund, also eher um einen Staatenbund als einen Bundesstaat, da die verfassungsgebende Gewalt - sei es der Bundesstaaten, sei es "des Deutschen Volkes" wie im Grundgesetz (GG) - nicht evoziert wird, sondern die Fürsten als Urheber der neuen Reichsverfassung in Erscheinung treten. Dies darf man aber nicht überbewerten.

Es handelt sich um den letzten historischen Ausdruck eines Spezifikums der deutschen Verfassungsgeschichte, nämlich der "paktierten Verfassung". Um die eigentlich bereits seit der Französischen Revolution, spätestens aber seit den Freiheitskriegen, virulente Frage, ob die verfassungsgebende Gewalt (Souveränität) nun beim Fürsten oder beim Volk liege, nicht ausfechten zu müssen, ging man mit einer wiederum typisch deutschen, nämlich juristischen Lösung vor. Das heißt, es werden nur unmittelbar ergebnisrelevante Rechtsfragen entschieden, alle anderen müssen für die weitere Rechtsentwicklung offenbleiben.

Was kein Problem darstelle, so lange sich Fürst und Volk über die Verfassung einig seien. Was die Beurteilung angeht, ist es das alte Lied: Entwickeln die Engländer ihre Demokratie über Jahrhunderte hinweg eher schrittweise, um Blutvergießen zu vermeiden und verwaltungserfahrene Eliten nicht aus dem Land zu treiben, sondern arbeiten zu lassen, so sind sie von westlichen Werten geleitete Evolutionisten beim piecemeal engineering. Tun Deutsche eigentlich dasselbe und betonen dabei die Rechtsstaatlichkeit als Höchstwert, sind sie obrigkeitshörige Schlafmützen, die keine Revolution zustande bringen.

Höchstes Staatsorgan war der Bundesrat, das heißt, die Vertretung der Bundesstaaten. Es ist bezeichnend, daß diese Benennung zur Betonung des föderalistischen Elements auch nach der Umbenennung des Norddeutschen Bundes in Deutsches Reich durch die Verfassung von 1871 fortgeführt wurde. Der Präsident des Bundesrates, verfassungsmäßig der König von Preußen, hieß "Deutscher Kaiser" und nicht etwa "Kaiser von Deutschland".

Die Stimmenanteile der Bundesstaaten im Bundesrat, der freilich von Preußen dominiert wurde (17 von 58 Stimmen; zum Vergleich: Bayern sechs Stimmen, Sachsen und Württemberg je vier Stimmen, Hessen und Baden je zwei Stimmen) waren wie heute schon nach der Bevölkerungszahl gegliedert (Artikel 6 Satz 1 RV; Artikel 51 Absatz 2 GG) und konnten nur einheitlich abgegeben werden (Artikel 6 Satz 2 RV; Artikel 51 Absatz 3 GG).

Im Hinblick auf die Gesetzgebung galt der Satz "Bundesrecht bricht Landesrecht" (Artikel 1 Satz 2 RV; Artikel 31 GG), freilich nur im Rahmen der verfassungsmäßigen Gesetzgebungskompetenzen des Reiches (Artikel 4 RV), die sehr viel enger umschränkt waren als heute die ausschließlichen und konkurrierenden Gesetzgebungskompetenzen des Bundes. Reichsgesetze kamen durch Mehrheitsentscheidung sowohl im Bundesrat wie auch im Reichstag zustande, wobei es auch im Reichstag stets die Mehrheit der gesetzlichen und nicht wie heute in der Regel nur der anwesenden Mitglieder sein mußte.

Im Hinblick auf die Mitwirkung des Bundesrates bei der Gesetzgebung kannte man noch nicht die heutige Unterscheidung zwischen Zustimmungsgesetzen und Einspruchsgesetzen, was sich zwanglos aus dem eben noch recht übersichtlichen Katalog der Bundeskompetenzen erklärt.

Besonders auffällig ist aus heutiger Sicht neben der Mehrheitsregel im Reichstag auch der Umstand, daß die verfassungsrechtlich vorgesehenen Ausschüsse nicht beim Reichstag, sondern beim Bundesrat gebildet wurden.

Dieser war also eine Art "exekutives Arbeitsparlament". Die arbeitsparlamentarische Arbeitsweise - Entwicklung der Gesetzgebung in Ausschüssen, Mehrheit bloß der Anwesenden

im Plenum, weil die Mehrheitslage aufgrund der Vorarbeiten feststeht und die Verabschiedung eines Gesetzes in dritter Lesung letztlich meist symbolisch ist - ist seit 1949 diejenige des Deutschen Bundestages.

Das Gesetzesinitiativrecht lag sowohl beim Bundesrat (Artikel 7 Absatz 1 RV) wie beim Reichstag (Artikel 23 RV), wobei Initiativen des Bundesrates zunächst deutlich überwogen.

Denn man darf sich den Bundesrat nicht einfach als Vorgänger des heutigen Bundesrates des Bonner Grundgesetzes vorstellen.

Vielmehr war der Bundesrat des Kaiserreiches, dem der Reichskanzler vorsaß und dessen Geschäfte er leitete (Artikel 15 RV), Ländervertretung und "Bundesregierung" zugleich, wobei die Regierungsfunktion des Bundesrates als dessen "Präsidium" bezeichnet wurde (Artikel 11 Absatz 1 RV) und nominell dem Kaiser, in der Sache jedoch dem vom Kaiser zu ernennenden Reichskanzler zustand, der die Anordnungen und Verfügungen des Kaisers zu ihrer Gültigkeit gegenzeichnen mußte (Artikel 17 Satz 2 RV). Die Gesetzesinitiativtätigkeit des Bundesrates entsprach also eher der der Bundesregierung heute und nicht so sehr der des Bundesrates, die es nach wie vor gibt. ...

Die gewählten Mitglieder des Reichstages waren "Vertreter des gesamten Volkes und an Aufträge und Instruktionen nicht gebunden" (Artikel 29 RV). Der Reichstag tagte stets öffentlich, seine Mitglieder genossen Immunität und Indemnität (Artikel 30 RV).

Da aber der Reichskanzler dem Reichstag nicht politisch verantwortlich war und von diesem nicht entlassen werden konnte, sondern nur vom Kaiser, ist das Deutsche Reich Bismarcks im Ergebnis ein konstitutionelles und kein parlamentarisches Regierungssystem gewesen - anders als etwa zeitgleich Großbritannien. Aber ein einigermaßen stabiles Regierungssystem war in Deutschland eben wohl auch nur auf konstitutioneller statt auf parlamentarischer Basis möglich, da es, wie schon Max Weber auffiel, an einem etablierten und starken Parteiensystem fehlte, in dem politische Parteien jeweils eine eigene Elite hervorbrachten.

Die deutschen Eliten bildeten sich eher an den Universitäten, in der Beamtenschaft oder auch dem Offizierkorps. Die Voraussetzungen waren eben ganz andere als in Großbritannien, und die mal instabilen, mal chaotischen französischen Verhältnisse konnten erst recht kein Vorbild sein.

Im übrigen fällt auf, daß dieselben Historiker, die es Bismarck zum Vorwurf machen wollen, kein wirklich parlamentarisches System errichtet zu haben, heute gegen die zügige Verdrängung der nationalen Parlamentarismen Europas zugunsten einer gemeineuropäischen Brüsseler Exekutivlegislative seit dem Vertrag von Maastricht (1993) und erst recht dem Vertrag von Lissabon (2008) nichts einzuwenden haben, sondern diese nun wieder als demokratischen Fortschritt begrüßen.

### **Das bestorganisierte Land der Welt**

Wie dem auch sei: Das Deutsche Reich von 1871 war rasch nicht nur in naturwissenschaftlicher und technischer, sondern auch in sozialpolitischer Hinsicht das modernste Land der Welt: Krankenversicherung für Arbeiter 1883, Unfallversicherungsgesetz 1884, das Gesetz betreffend Invaliditäts- und Altersversicherung 1889, später dann die Reichsversicherungsordnung 1911 und das Versicherungsgesetz für Angestellte, ebenfalls 1911.

Vor allem Briten und Franzosen platzten schier vor Neid auf diese sozialpolitischen Errungenschaften, die ja gesellschaftliche Stabilität und breite Akzeptanz des Staates auch in proletarischen Kreisen sichern halfen, aber sie konnten nichts Vergleichbares einführen, ihre Produktivität gab es nicht her.

Auf dem Gebiet der Rechtspolitik und der modernen Verwaltung wurden im Bismarckreich durch Modernisierung diejenigen gesetzgeberischen Grundlagen gelegt, die nicht nur den raschen wirtschaftlichen Aufstieg des Kaiserreiches ermöglichten, sondern vielfach bis auf den heutigen Tag - natürlich in modernisierter Form - in Kraft sind und die außerdem, damals

noch sehr nah am Original, später dann auch noch das Wirtschaftswunder in der Bundesrepublik Deutschland mit bewirken halfen.

Das gilt für das Gesetz über den Bundeshaushalt und den Rechnungshof von 1867, das Gesetz über die Gleichberechtigung der Konfessionen und die Gewerbeordnung, beide von 1869, das Handelsgesetzbuch von 1897, das GmbH-Gesetz von 1892, die 1877 erlassene Zivilprozeßordnung, das Strafgesetzbuch von 1871 und die Strafprozeßordnung aus dem Jahr 1879, das Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb von 1896, das Zwangsversteigerungsgesetz aus dem Jahr 1900 und das Pressegesetz von 1874.

Die moderne Staatlichkeit in Deutschland, die herkömmliche Überlegenheit deutscher Organisation und der Verwaltung in Europa, kommt eigentlich von diesen Gesetzen her, und die Gesetze stammten eben zugleich vom Bundesrat, der bis 1890 von Bismarck dominiert wurde, und vom Reichstag, der eigentlich auf Bismarck pfiß. Und dies zeigte sich nicht nur in Budgetfragen.

Denn der Höhepunkt der Gesetzgebungsaktivitäten, die Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches zum 1. Januar 1900 - nach jahrelanger Vorbereitung seit den 1870er Jahren - ging nicht etwa auf eine Initiative der Reichsleitung zurück, sondern wurde letztlich vom Reichstag ertrötet. Es gilt bis heute und wurde durch die Schuldrechtsreform von 2002, die unter anderem der Umsetzung unionsrechtlicher Vorgaben dienen sollte, keineswegs besser.

Ob die Deutschen, wie sie heimlich - oder auch unheimlich - und zumal aufgrund ihrer geschichtlichen Erfahrung mit den französischen Nachbarn immer befürchtet haben, ohne die Reichsgründung wirklich früher oder später zu den "Indianern Europas" geworden wären, das können wir nicht wissen. Wir wissen aber heute, daß die Reichsgründung von 1871 ein Glück und vor allem ein großer Fortschritt gewesen ist.

Auf die föderalen, parlamentarischen und rechtsstaatlichen Traditionen der Reichsverfassung, die ihrerseits auf die Entwicklungen im Norddeutschen Bund zurückgegriffen hatten, wurde auch die Bonner Republik von 1949 überhaupt erst gegründet. In China heißt Deutschland bekanntlich "das Land der Tugend".

So einen internationalen Status würde die heutige Bundesrepublik, trotz täglich emsigen Bemühens um westliche Werte und Abkehr von allen Sonderwegen, wohl nicht mehr erlangen. Obwohl es ganz Europa die Infrastruktur zahlt, in Afghanistan Brunnen bohrt und Mädchenschulen baut und Millionen von Asylbewerbern aufnimmt. Demgegenüber war das Bismarckreich von 1871 im Gepräge seiner Verfassung für die damalige Welt, nicht nur für China, ganz selbstverständlich: das bestorganisierte und fortschrittlichste Land der Welt.<<

## **9. Was leitete frühzeitig den Untergang des Deutschen Reiches ein?**

Infolge des siegreichen französisch-deutschen Krieges von 1870/71, der konsequenten Industrialisierung und Bismarcks Schutzzollpolitik zur Sicherung des heimatlichen Marktes, begann im Deutschen Reich ein kräftiger Wirtschafts- und Exportaufschwung. Das Deutsche Reich stieg unerwartet schnell vom Agrarstaat zur führenden europäischen Industrienation auf.

Ab 1887 zwang Großbritannien das Deutsche Reich, sämtliche Exportgüter mit der Herkunftsbezeichnung "Made in Germany" zu kennzeichnen. Diese diskriminierende Kennzeichnungspflicht konnte die aufstrebende deutsche Industrie- und Handelsmacht jedoch nicht aufhalten, sondern die britischen Zwangsaufgaben förderten sogar nachweislich die deutsche Exportwirtschaft ("Gütesiegel").

Von 1887-1896 steigerte die deutsche Industrie ihren Welthandelsanteil um 214 % (x090/-237).

Die deutsche Wirtschaft erkämpfte sich bis 1913 vor allem in der Schwer-, Elektro- und Chemieindustrie international eine führende Position. Die lange führende Stahlindustrie Großbri-

tanniens wurde von der deutschen Stahlindustrie bereits seit 1893 regelrecht überflügelt (x092/1913). Infolge dieses Wirtschaftswachstums des Deutschen Reiches reagierten besonders Großbritannien, Frankreich und die USA mit Neid und Mißgunst.

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über die Folgen des Imperialismus (x281/34-35): >>... Der Weltkrieg um Wohlstand hatte begonnen, lange bevor die Militärs der europäischen Länder sich für den Ersten Weltkrieg in Stellung brachten.

Niemand bemerkte zunächst das herannahende Unheil. Daß schon bald 15 Millionen Europäer auf den Schlachtfeldern liegen würden, schien den Zeitgenossen ganz und gar undenkbar.

Die Machtübernahme in den Kolonien streichelte die Seele und füllte vielerorts auch ihre Schatztruhen. Sie hatten ohne allzu große Mühen und Kosten etwa ein Viertel des Erdballs neu aufgeteilt. ...

"Der Kapitalismus bringt den Krieg wie die Regenwolke den Sturm", sagte der französische Sozialist Jean Jaurès. ...<<

Wolfgang Müller berichtete später über das "Goldene Zeitalter" Deutschen Kaiserreiches (x1.035/...): >>**Deutschlands großer Sprung nach vorn**

Das vergessene Goldene Zeitalter: Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur im Deutschen Kaiserreich

Im Kaiserreich unter Wilhelm II. erlebte Deutschland eine Glanzzeit; sie endete erst 1914 jäh mit Beginn des Ersten Weltkrieges. Bis dahin gab es bahnbrechende Erfolge in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur - und Deutschland wurde zur zweitgrößten Wirtschaftsmacht der Welt. Heute verbinden wir mit diesem sprichwörtlich Goldenen Zeitalter in erster Linie Militarismus und Untertanengeist - ein leichtfertiges und grotesk eindimensionales Urteil, wie die folgenden Fakten zeigen.

### **Wirtschaft**

Die wilhelminische Gesellschaftsordnung bot neben einem hohen Maß an politischer Freiheit auch einen Rahmen, in dem sich die gesamte wirtschaftliche Freiheit voll entfalten konnte. Milton Friedmans (Ökonom und Nobelpreisträger, 1912-2006) Diktum, wonach sich politische und wirtschaftliche Macht in einer solchen Ordnung trennen und sich gegenseitig neutralisieren, trifft auf das damalige Wirtschaftssystem durchaus zu.

Hohenzollern-Deutschland war als konstitutionelle Monarchie ein Rechtsstaat, in dem Wirtschaft und Bildung eine bis dahin unerreichte Blütezeit erlebten.

Nüchterne volkswirtschaftliche Kennziffern - auch im internationalen Vergleich - sprechen eine deutliche Sprache:

Die durchschnittliche deutsche Arbeitslosenquote zwischen 1871 und 1914 betrug lediglich 1-2 % (zum Vgl.: Großbritannien: 5-10 %, Frankreich: 6-10 %). Das durchschnittliche Wachstum der Wirtschaft zwischen 1896 und 1913 lag bei 3,4 % jährlich.

Die Preise verhielten sich, bedingt durch den Goldstandard (offiziell seit 1.6.1909, in praxi schon seit 1875/76) und die geringe Staatsverschuldung, stabil, was sich auch anhand der Preissteigerungsrate ablesen läßt: Die jährliche Inflation zwischen 1871 und 1914 betrug gerade einmal 0,48 %.

Einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung, die weitgehend freien Wettbewerb, Rechtssicherheit, Privateigentum und Gewerbefreiheit gewährte, stand eine auf Effizienz und Effektivität hin orientierte Staatsverwaltung gegenüber. Auf 65 Millionen Einwohner im Deutschen Reich kamen 1891 nur 600.000 Verwaltungs- und Justizbeamte. Die Steuerlast pro Kopf war auch im Vergleich zu der Großbritanniens oder Frankreichs niedrig; der Staat hielt sich mit Eingriffen in die Wirtschaft eher zurück, so betrug die Staatsquote im Kaiserreich lediglich 14 % (heute 45 %).

Die Quote der Selbständigen war enorm hoch, die Unternehmen verfügten im Durchschnitt betrachtet über eine gute Eigenkapitaldecke. Der Grad der außenwirtschaftlichen Verflechtung

in Europa erreichte eine Intensität, die erst wieder in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts erreicht wurde. Dies betrifft auch Schlüsselbranchen wie die Montanindustrie.

Dabei ist zu ergänzen, daß das damalige Deutschland mit gewaltigen sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen fertig werden mußte. Der rasante Übergang von einem Agrarstaat zu einem Industriestaat, das stetige Bevölkerungswachstum (1871: 40 Millionen Einwohner, 1914: ca. 68 Millionen Einwohner in Deutschland) sowie die zunehmende Internationalisierung des Warenverkehrs stehen stellvertretend für den epochalen Modernisierungsschub des Kaiserreichs:

"Während die Landwirtschaft ein Sorgenkind des Kaiserreichs blieb, setzte in den (1880er Jahren ein enormes Wachstum der Industrie ein. Das galt nicht nur für die Schwerindustrie, sondern vor allem für neue Industriezweige. So wurde die Elektroindustrie durch bahnbrechende Erfindungen, wie des Elektromotors und der Glühlampe, beflügelt. Alles in den Schatten stellte die chemische Industrie. Das von Bayer produzierte Schmerzmittel Aspirin wurde zum globalen Verkaufsschlager. Zu Beginn der 80er Jahre verfügte die chemische Industrie Deutschlands auf dem Weltmarkt über einen Anteil von fünfzig Prozent, der bis zur Jahrhundertwende auf neunzig Prozent gesteigert werden konnte.

Einen wesentlichen Beitrag zum wirtschaftlichen Aufschwung leistete das Bankensystem. Zu der Vielzahl kleiner und kleinster Privatbanken kamen seit Beginn der (1870er Aktienbanken, die sich zu Großbanken entwickelten. Sie versorgten in dem kapitalarmen Deutschland die Industrie mit den nötigen Krediten. ... So schrumpfte der Abstand zur ersten Wirtschafts- und Handelsmacht England rapide. Bis 1914 hatte Deutschland den britischen Konkurrenten fast eingeholt und in zukunftssträchtigen Industrien weit hinter sich gelassen."

(Ralf Georg Reuth: Deutschlands vergessene Blütejahre. In: Welt am Sonntag, 15.01.2006)

Die wirtschaftliche Prosperität des Kaiserreichs war kein auf die Oberklasse beschränktes Phänomen. Schon dem jungen Kaiser Wilhelm II. lag viel daran, gerade auch die Arbeiter als "Vierten Stand" in das neue Deutschland zu integrieren.

Der Monarch verfolgte vor allem in den ersten Jahren nach seinem Herrschaftsantritt den Kurs eines sozialen "Volkskaisertums", das eine Ausbeutung der unteren Schichten durch die Industrie eindämmen sollte, was - trotz mancher Inkonsequenz seitens der Regierung und bleibender gesellschaftlicher Spannungen - gelang.

Golo Mann beschreibt die damalige Situation so: "Die wirtschaftliche Blüte kam, solange sie dauerte, den breiten Volksmassen zugute. Bewundernswertes in der Förderung des Gesunden und Schönen leistete die Selbstverwaltung der Kommunen. Von weither kamen die Fremden, die in der geistreichen Arbeitswelt Berlins, in der behaglich freieren, gastlichen Atmosphäre Münchens oder Dresdens zu leben wünschten. Auf die Errungenschaften des liberalen Zeitgeistes war Verlaß. Mochte das Beamtentum rauhbeinig sein, es kannte seine Pflichten und die Rechte der Bürger. ... Das Deutsche Reich war damals ein in seiner Wirklichkeit ungeheuer starker, konzentrierter, von dem Motor einer machtvollen Industrie vorwärtsgetriebener Nationalstaat."

(Golo Mann: Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Frankfurt 2004, S. 499)

Die wirtschaftliche Erfolgsgeschichte des Kaiserreichs schuf breiten Wohlstand. Dieses - in der Retrospektive - "goldene Zeitalter" fand erst mit der Katastrophe des Ersten Weltkrieges ein jähes, aber keineswegs zwangsläufiges Ende.

Der Brite Niall Ferguson meint: "Ganz sicher kann man heute nicht mehr die Ansicht vertreten (wie es Marxisten lange getan haben), der Erste Weltkrieg sei die Folge einer Krise des Kapitalismus gewesen, denn er beendete im Gegenteil eine Periode außergewöhnlicher globaler Wirtschaftsintegration, mit relativ starkem Wachstum und niedriger Inflation."

(Niall Ferguson: Krieg der Welt. Berlin 2006, S. 15)

## **Rechtsordnung**

Am 1.1.1900 trat das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) in Kraft, die erste einheitliche Grundlage für eine reichsweite Zivilrechtssprechung. Es regelte die Rechtsverhältnisse "natürlicher" und "juristischer" Personen untereinander.

Der Kaiser gab selbst wichtige Anregungen für dieses Werk und schaltete sich des öfteren in den Erstellungsprozeß ein.

Dank der begrifflichen Präzision und des systematischen Aufbaus in einem dennoch überschaubaren Rahmen, der eine flexible fallbezogene Handhabung durch den Richter ermöglichte, wurde es weltweit zum Vorbild. Selbst heute basieren wesentliche Teile des BGB auf dem Fundament aus der Kaiserzeit.

## **Bildung und Wissenschaft**

Eine entscheidende Ursache dieses "ersten deutschen Wirtschaftswunders" (Ehrhardt Bödeker) lag in dem modernen und leistungsfähigen Bildungswesen der wilhelminischen Epoche. Das dreistufige Bildungssystem (Volksschule, Realschule, Universität) erwies sich als zeitgemäß und effizient, da es nicht nur gesellschaftlichen Eliten zugute kam, sondern in der Breite wirkte und damit den immensen Bedarf einer jungen dynamischen Wirtschaftsmacht an gutausgebildeten Menschen erfüllen konnte.

Die deutsche Analphabetenquote betrug um die Jahrhundertwende weniger als 1 % (Frankreich: 10 %, USA: 12 %, England 9,6 %). Entscheidende Weichenstellungen für die Schulpolitik waren die beiden Schulkonferenzen von 1890 und 1900, die beide auf Initiative des Kaisers zustande kamen und seine modernen Ideen in der Lehrplangestaltung berücksichtigten.

Besonders die Universitäten des Kaiserreichs gehörten zu den modernsten wissenschaftlichen Einrichtungen der damaligen Welt. Von 1901 (erstmalige Verleihung des Nobelpreises) bis 1918 ging mehr als ein Drittel (insgesamt 21!) aller Nobelpreise für wissenschaftliche Arbeiten an Forscher aus dem deutschen Kaiserreich.

Berlin galt als Weltzentrum der Physik. Max Planck holte 1914 Albert Einstein an die Preußische Akademie der Wissenschaften in Berlin, wo er 1915 die allgemeine Relativitätstheorie veröffentlichte. Auf dem Gebiet der Naturwissenschaften, vor allem in der Grundlagenforschung, hatten deutsche Forscher alle anderen Länder überflügelt.

Namen wie Emil Behring und Paul Ehrlich (Medizin), Max Planck und Albert Einstein (Physik) oder Otto Hahn (Chemie) stehen stellvertretend für eine "Nation im Rausch der Erkenntnis". Studienaufenthalte in Deutschland waren international begehrt - in manchen naturwissenschaftlichen Fächern waren bis zu 30 % der Studenten aus dem Ausland. Besonders intensiv war der Wissensaustausch mit den USA, wo Forschung und Lehre sowie die Organisationsstruktur deutscher Hochschulen zum Vorbild genommen wurden. Deutsch galt als weltweite Wissenschaftssprache.

Die Grundlage dieser Erfolge waren in erster Linie die hervorragenden institutionellen Rahmenbedingungen sowie die bahnbrechende Aufbauarbeit des "Bismarck des Hochschulwesens", Ministerialdirektor Friedrich Theodor Althoff. Er konnte sich während seines jahrzehntelangen Wirkens (1882-1907) stets größter Sympathie und Rückhalts bei Wilhelm II. sicher sein. Der wissenschaftsbegeisterte Kaiser hatte zweifellos die Zeichen der Zeit erkannt und forderte von Anfang ein praxisnahes und zeitgemäßes Bildungswesen:

"Wir stehen an der Schwelle der Entfaltung neuer Kräfte. Das neue Jahrhundert wird bestimmt durch die Wissenschaft, inbegriffen die Technik, und nicht wie das vorige durch die Philosophie. Dem müssen wir entsprechen."

Dem zielgerichteten wissenschaftspolitischen Engagement Wilhelms II. folgte die Durchsetzung des Universitäts-Charakters der technischen Hochschulen (TH Danzig, TH München, TH Breslau, etc.), die 1899 das Promotionsrecht und eine Rektoratsverfassung erhielten. Damit waren sie den klassischen Universitäten gleichgestellt.

Das "System Althoff" beruhte auf gezielter Auswahl und Förderung von wissenschaftlichen Talenten, der geschickten Bündelung unterschiedlichster Interessen (Industrie, Professoren, Staat) und der Unterstützung durch den Monarchen. Die Anstrengungen Althoffs finden ihren Höhepunkt in der Gründung der "Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften" (KWG, Sitz in Berlin-Dahlem) im Jahre 1911, zwei Jahre nach Althoffs Tod. Genau drei Monate vorher hatte Kaiser Wilhelm II. aufgerufen, unter kaiserlichem "Protektorat und Namen eine Gesellschaft zu gründen, die sich die Errichtung und Erhaltung von Forschungsinstituten zur Aufgabe stellt".

Diese Institution beruht auf dem - damals revolutionären - Ansatz einer Forschungsvereinigung, die größtenteils durch privates Mäzenatentum aus der Industrie mit teilweiser Unterstützung des Staates finanziert wird: eine Forschungseinrichtung völlig neuen Zuschnitts, die keine Verpflichtung zur Lehre kennt und außerhalb der Universitäten spezialisierte, meist um eine Koryphäe ihres Faches gebaute, Institute umfaßt (z.B. Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie, Leitung: Otto Hahn, Doyen der deutschen Kernphysik. Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik, Leitung ab 1917: Albert Einstein).

Gemeinsames Ziel dieses "deutschen Oxfords" war es, der heimischen Wissenschaft eine Spitzenposition in der Welt zu verschaffen.

Erster Präsident der KWG war der Theologe Adolf von Harnack, ebenfalls ein Vertrauter des Kaisers (ihm folgte 1930 Max Planck).

1946 wurde die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft aufgelöst und zwei Jahre später unter dem Namen "Max-Planck-Gesellschaft" wiedergegründet. Aus keiner anderen Institution gingen bis heute mehr Nobelpreisträger hervor.

Die Verbreitung der technischen Wissenschaften galt dem Kaiser als "vornehmste landesherrliche Pflicht". Der Monarch agierte als Brücke zwischen den traditionellen Elementen des Reiches (Heer, Beamtentum, Altpreußen, Junkeradel) und den wissenschaftlichen-technischen Neuerungen der Zeit. Es gelang - trotz der ihm oft zugeschriebenen Unstetigkeit und Oberflächlichkeit - eine insgesamt fruchtbare Symbiose von Alt und Neu.

Der Kaiser verfügte über "ein durchaus profiliertes und für sich stehendes bildungs-, hochschul- und wissenschaftspolitisches Engagement, dessen Spannweite und Intensität von keinem anderen zeitgenössischen Monarchen gehalten wurde. Auf diesem Gebiet waren die kaiserlichen Impulse effektiv, produktiv und teilweise außerordentlich innovativ".

(Frank-Lothar Kroll: Preußens Herrscher. München 2000, S. 303)

### **Weltweite Aktivitäten**

Bisweilen erreichten diese Impulse sogar die Grenzen der damals bekannten Welt: In den Jahren 1901-1903 finanzierte der Kaiser die erste deutsche Südpolexpedition unter der Leitung des Geographen Dagobert von Drygalski mit 1,2 Millionen Goldmark. Das dabei erkundete arktische Territorium (Februar 1902) wurde konsequenterweise "Kaiser-Wilhelm-II.-Land" genannt, (87° 3' Ost und 91° 54' West), heute ist es Teil des australischen Antarktis-Gebietes. Eine zweite deutsche Expedition (1911/1912), die die Durchquerung des "weißen Kontinents" zum Ziel hatte, scheiterte.

### **Deutsch-amerikanische Seeverbindung**

Generell war die deutsche Präsenz auf den Weltmeeren in der wilhelminischen Epoche von überragender Bedeutung: Nicht nur eine starke Flotte, sondern gerade auch die weltweite Handelsschifffahrt waren Voraussetzung für "Weltgeltung" des Landes.

Regelmäßig abgehende Dampfschiffe verbanden die deutschen Häfen mit den entlegensten Ecken der Welt und wurden neben Eisenbahntraßen und Telefonleitungen zu den Lebensadern einer bemerkenswerten internationalen Arbeitsteilung.

"Das Interesse des Kaisers galt vor allem der Passagierschifffahrt. Hier verlief die Entwicklung besonders dynamisch und wurden die größten Schiffe überhaupt gebaut. Während der Regie-

rungszeit Wilhelms II. wuchsen die größten Passagierschiffe von etwa 10.000 auf 50.000 Tonnen.

Die beiden großen deutschen Reedereien, der Norddeutsche Lloyd (NDL) in Bremen und die Hamburg-Amerikanische Pacetfahrt-Actiengesellschaft (HAPAG) in Hamburg, gehörten zu den weltweit größten Schiffahrtsunternehmen. Als der amerikanische Bankier J. P. Morgan nach der Jahrhundertwende mit seinen Plänen für einen großen Schiffahrtskonzern deren Selbständigkeit zu bedrohen schien, rief dies den Kaiser auf den Plan, der auf ein von ausländischen Einflüssen unabhängiges Reedereigeschäft Wert legte." (Wolfgang König: Wilhelm II. und die Moderne. Paderborn 2007, S. 45)

Einer, der die Zeichen der Zeit erkannte und eindrucksvoll nutzte, war der jüdische Hamburger Reeder und dynamische Vorzeige-Unternehmer par excellence Albert Ballin (1855-1918), der - aus einfachen Verhältnissen kommend - aus der HAPAG die größte Reederei der Welt machte. Ballin war wie andere Wirtschaftsführer (Friedrich Albert Krupp, Emil Rathenau) und Ingenieure (Funktechniker Adolf Slbay, Maschinenbauer Alois Riedler, Wasserbauer Otto Intze und Photochemiker Adolf Miethe) einer der engsten Vertrauten aus dem technisch-industriellen Umfeld des Kaisers.

### **Kultur und Gesellschaft: Nur ein "Untertanenstaat"?**

Plakative Schlagworte sind der Treibstoff allen Geschichte-Erzählens. Jedoch ist es ganz hilfreich, zuweilen die Fakten in Augenschein zu nehmen, um das eine oder andere tradierte Urteil einem "Praxistest" zu unterziehen. Kaum ein Vorurteil hielt sich so lange wie die "Sage von der illiberalen und repressiven Gesellschaft im deutschen Kaiserreich" (Tilman Krause: Unter Wilhelm Zwo war es gar nicht so. In: Die Welt, 27.05.2006).

Denn unvoreingenommene Historiker gestehen der wilhelminischen Epoche durchaus eine "zeittypische Modernität" zu.

So pflegte das Kaiserreich einen - für damalige Verhältnisse - großzügigen Umgang mit Minderheiten. Der renommierte britische Historiker Niall Ferguson kommt in seinem neuesten Werk zu dem Urteil: "In der Tat litten die Juden im Kaiserreich unter keinerlei gesetzlicher Diskriminierung, und der Zugang zu Bildung und Berufsleben stand ihnen mindestens so weit offen wie anderswo in Europa." (Niall Ferguson: Krieg der Welt. Berlin 2006, S. 147).

Die führenden Verleger der Zeit waren jüdischer Herkunft: Mosse, Ullstein, Singer, Sommermann, Fischer.

Die Medienlandschaft des Kaiserreichs war von außergewöhnlicher Pluralität geprägt:

Um 1900 erschienen in Deutschland 1.200 Zeitungen, Magazine und Zeitschriften, darunter über 100 Tageszeitungen, 65 mit klar politischer Ausrichtung. Selbst während des Ersten Weltkrieges konnte beispielsweise die englische "Times" in Berlin von jedermann gekauft werden.

Auch wenn der Kaiser selbst mit der modernen Kunst wenig anzufangen wußte (sie war ihm zu destruktiv), so konnte sich dennoch eine moderne Kunstszene ganz offen etablieren: Die Berliner Secession um Max Liebermann, die ab 1905 eine Ausstellungshalle mitten am Kurfürstendamm bezog, zeigte Kunstwerke von Käthe Kollwitz, Max Beckmann, Paul Klee, Wassily Kandinsky und Pablo Picasso und machte Berlin zur modernen Kunstmetropole.

### **Fazit**

Das Kaiserreich kann nicht pauschal auf einen "Untertanen- und Militärstaat" reduziert werden. Die 30jährige Regierungszeit des letzten Deutschen Kaisers bedarf eines differenzierteren Urteils.

David Fromkin, Geschichtspräsident an der Boston University, schrieb: "Ein Porträt von dem Deutschland vor gut 100 Jahren wäre nicht vollständig, wenn man nicht seine hervorragende kulturelle und wissenschaftliche Stellung erwähnen würde. 'Einsteins Deutschland', wie Fritz Stern es genannt hat, war bereit, die Welt in der Lehre und in den Wissenschaften anzuführen.

Es brachte großartige Werke der Literatur und der Musik hervor.

Deutsch war die Sprache der Wissenschaft. Wer sich Hoffnungen auf eine Karriere in der Philologie machte, in der Philosophie, der Soziologie oder den Naturwissenschaften, war gut beraten, eine deutsche Universität zu besuchen. Die Deutschen waren das wohl kultivierteste Volk auf der Welt." (David Fromkin: Europas letzter Sommer. München 2005, S. 85f.)

Selbst John C. G. Röhl, der schärfste Kritiker Wilhelms II. der letzten 30 Jahre, stellte fest: "Dieses Kaiserreich war damals der erfolgreichste Staat der Welt: wirtschaftlich, wissenschaftlich, kulturell, auch in sozialreformerischer Sicht." (Süddeutsche Zeitung, 4.6.2011)

Und der große jüdische Preußen-Kenner H. J. Schoeps kam vor über 30 Jahren zu dem Schluß:

"Bei einer historisch gerechten Würdigung des Kaisers, nach dem das Zeitalter seinen Namen hat, muß man eines wohl an die Spitze stellen: Ohne den Ausbruch der Weltkatastrophe von 1914, für die er nichts kann, würde das Urteil über seine Regierungszeit zweifellos günstiger ausfallen." (Hans-Joachim Schoeps in Otto-Ernst Schüddekopf (Hrsg.): Herrliche Kaiserzeit. Berlin 1973, S. 13)

"Als 1871 in Versailles das neue Deutsche Reich gegründet worden war, hatten die Schweizer eher skeptisch darauf reagiert. Preußen, die Führungsmacht, hatte keinen guten Ruf - die Republikaner verabscheuten das undemokratische Königreich.

Doch seither hatte Deutschland einen sagenhaften Aufschwung erlebt. Neben den USA war es bis vor dem Ersten Weltkrieg das dynamischste und modernste Land der Welt geworden: Seine Wirtschaft brummte, bald überholte sie die britische, vor allem die deutsche Wissenschaft genoß Weltruhm. Damals kamen die amerikanischen Studenten nach Deutschland, um zu studieren, nicht umgekehrt. Harvard kopierte die deutschen Vorbilder: Berlin, Heidelberg, Göttingen, Breslau. Es waren Namen, die klangen wie heute Yale, Stanford oder Princeton.

Niemand wurde in der Schweiz daher mehr bewundert als der deutsche Professor, der deutsche Ingenieur, der deutsche Unternehmer, aber auch der deutsche Offizier." - Markus Somm, Die Weltwoche (Zürich), 18.02.2010, S. 35<<

## **10. Wieso kämpften die imperialistischen Großmächte erbittert um ausländische Kolonien?**

Das 19. Jahrhundert wurde besonders von den Kämpfen um Kolonien in Afrika und Asien geprägt.

In den Jahren 1804-1883 wurde der Sklavenhandel verboten und abgeschafft. Die Sklavenhändler der europäischen Kolonialmächte verschleppten in der Zeit von 1520 bis 1850 etwa 8 bis 10 Millionen Afrikaner gewaltsam nach Amerika (x056/104). Die internationalen Schätzungen, wieviel Afrikaner tatsächlich durch den Sklavenhandel umkamen, schwanken zwischen 20 und 50 Millionen Menschen (x056/104).

Während England, Frankreich, Holland, Spanien und Portugal schon seit Jahrhunderten ihre zahlreichen Kolonien ausplünderten - menschenverachtender Sklavenhandel etc. -, erwarben deutsche Kaufleute und Afrikaforscher, wie z.B. Gustav Nachtigal, Carl Peters und Hermann von Wissmann, erst in den Jahren 1883-1885 einige Kolonien in Deutsch-Südwestafrika, Togo, Kamerun, Deutsch-Ostafrika und in Neuguinea, die später unter den Schutz des Deutschen Reiches gestellt wurden.

Die deutsche Kolonialpolitik wurde später verstärkt eingesetzt, um die Massenauswanderung wichtiger Bevölkerungsteile zu verhindern. Die deutschen Kolonien besaßen für das Deutsche Reich keinen großen wirtschaftlichen Wert, denn sie waren größtenteils jahrelang nur Zugschußunternehmen. 1912 betrug die Ausfuhr in die deutschen Kolonien z.B. Waren im Wert 54,5 Millionen Mark, während man gleichzeitig Waren im Wert von 58,6 Millionen Mark aus den Kolonien importierte (x074/1.006).

Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über die deutsche Außenpolitik (x307/194-195): >>Das Hauptziel der deutschen Außenpolitik in der Ära Bismarcks war es, die Entstehung einer feindlichen Koalition der Großmächte zu verhindern. ...

Doch Bismarcks Strategie hatte auch ihren Preis. Sie erforderte, daß Deutschland unter seinen Möglichkeiten blieb, sich aus dem Wettlauf um Futterplätze in Afrika, Asien und anderswo heraushielt und tatenlos zusah, während andere Mächte um die globale Machtaufteilung stritten. ...

Der Gedanke an koloniale Besitzungen – die man sich als Eldorado mit billigen Arbeitskräften und Rohstoffen vorstellte sowie als boomenden Exportmarkt, in dem eine wachsende Bevölkerung aus Einheimischen und Siedlern fleißig Waren aus dem Mutterland kaufte – war für die deutsche Mittelschicht ebenso verführerisch wie für die etablierten europäischen Reiche.

Es darf nicht vergessen werden, daß schon bescheidene deutsche Bemühungen, die machtpolitischen Beschränkungen für eine Expansion zu überwinden, auf erbitterten Widerstand seitens der Weltmächte stießen. ...

Seine Versuche, zumindest einen Anteil an den mageren Portionen zu bekommen, die noch erhältlich waren, stießen in der Regel auf energischen Widerstand seitens des etablierten Clubs der Weltmächte. ...<<

Der französische Ministerpräsident Jules Ferry schrieb im Jahre 1882 über die Zukunft des französischen Kolonialreiches (x239/174): >>Sollte beispielsweise die französische Flagge in Tongking eingeholt werden, wie verschiedentlich vorgeschlagen wird, so würden Deutschland oder Spanien dort unverzüglich an unsere Stelle treten.

Die Konkurrenz zwischen den Nationen wird immer heftiger im Streit um diese weit entfernten Absatzmärkte, diese Niederlassungen an den Toren zur Barbarei ...

Ist dies der Augenblick, an dem Frankreich heimkehren, sich in sich selbst zurückziehen, sich auf eine Politik der Seßhaftigkeit ... beschränken kann – eine Politik, die im nächsten Jahrhundert für die zur Unterlegenheit verurteilten oder vom Niedergang bedrohten Völker kennzeichnend sein wird?

Wir ersehnen für Frankreich eine andere Bestimmung. ...<<

Der spätere Ministerpräsident der britischen Kapkolonie, Cecil Rhodes, erläuterte im Jahre 1877 einige Ziele der britischen Kolonialpolitik (x073/1, x056/302): >>Ich behaupte, daß wir die erste Rasse in der Welt sind und daß es für die Menschheit um so besser ist, je größere Teile der Welt wir bewohnen. Ich behaupte, daß jedes Stück Land, das unserem Gebiet hinzugefügt wird, die Geburt von mehr Angehörigen der englischen Rasse bedeutet, die sonst nicht ins Dasein gerufen worden wären. Darüber hinaus bedeutet es einfach das Ende aller Kriege, wenn der größere Teil der Welt in unserer Herrschaft aufgeht. ...<<

>>... Da Gott offenkundig die englischsprechende Rasse zu seinem auserwählten Werkzeug formt, durch welches er einen Zustand der Gesellschaft hervorbringen will, der auf Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden gegründet ist, muß er offensichtlich wünschen, daß ich tue, was ich kann, um jener Rasse so viel Spielraum und Macht wie möglich zu geben.

Daher, wenn es einen Gott gibt, denke ich, er möchte gern von mir, daß ich so viel von der Karte von Afrika britisch rot anmale als möglich und anderswo tue, was ich kann, um die Einheit zu fördern und den Einfluß der englisch sprechenden Rasse auszudehnen.<<

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über den britischen Kolonialpolitiker Cecil Rhodes (x281/16): >>... Der Mann ging als der rücksichtsloseste Kolonialisierer in die afrikanische Geschichte ein. Sein Schlachtruf überdauerte die Jahrhunderte: "Ausdehnung ist alles."

Die Hymne seiner Soldaten war befeuert vom Überlegenheitsgefühl, das sich zur Unterstützung gern auch der gerade erfundenen Maschinengewehre vom Typ "Maxim" bediente: Vorwärts Ihr königlichen Soldaten, auf ins heidnische Land.

Die Gebetsbücher in Euren Taschen, die Gewehre in der Hand.

Tragt die ruhmreiche Botschaft dorthin, wo gehandelt werden kann, es ist nicht schwer verbreitet die Botschaft – mit einem Maxim-Gewehr. ...<<

Die englische Zeitung "The Times" berichtete am 2. März 1893 über die Rede des liberalen Politikers Lord Rosebery (x239/173): >>Wir sind im Augenblick damit beschäftigt, "Schürfrechte für die Zukunft abzustecken", wie es in der Sprache der Bergleute heißt.

Was wir ins Auge zu fassen haben, ist nicht, was wir im gegenwärtigen Augenblick nötig haben, sondern was wir in Zukunft einmal nötig haben werden.

Wir haben in Erwägung zu ziehen, welche Länder entweder von uns oder gegebenenfalls von einer anderen Nation entwickelt werden müssen, und wir dürfen dabei nicht vergessen, daß es ein Teil unserer Verantwortlichkeit und der uns überkommenen Verpflichtung ist, dafür Sorge zu tragen, daß die Welt, soweit sie von uns geprägt werden kann, angelsächsischen und nicht einen anderen Charakter erhält. ...

Wir müssen die Blicke ... auf die Zukunft des Volkes richten, ... und meiner Meinung nach würden wir ... völlig versagen, wenn wir vor der Verantwortung zurückschrecken und den Anteil nicht annehmen sollten, der uns im Zuge der Aufteilung der Welt zufällt. ...<<

Als man in den Burenstaaten Transvaal - heute Südafrikanische Republik - und Oranje-Freistaat riesige Gold- und Diamantenfelder entdeckte, strömten Tausende von Engländern in das Land. Cecil Rhodes, von 1890 bis 1896 Ministerpräsident der englischen Kapkolonie, "einer der größten Imperialisten seiner Zeit", organisierte daraufhin 1895/96 einen Aufstand in der Südafrikanischen Republik, der jedoch von den Buren niedergeschlagen wurde.

Während des "Burenkrieges" von 1899-1902 setzten sich die Buren erbittert zur Wehr.

Der britische Oberbefehlshaber Lord Horatio H. Kitchener ließ damals in Südafrika erstmalig Konzentrationslager für Frauen, Kinder und Greise einrichten, um den Widerstand der kämpfenden Männer zu brechen (x069/75).

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über die Imperialisten des 19. Jahrhunderts (x281/19,20): >>... Damals ging es zum ersten Mal um jene Dinge, um die sich auch heute alles dreht: Arbeitslosigkeit und Ausbeutung, Rohstoffhunger und Expansionslust, Arbeiterrechte und Unternehmergewinn, und für die Staaten ging es seit jeher um die Fragen aller Fragen: Knechtschaft oder Weltherrschaft?

Als die ersten Fabriken ihre Arbeit aufnahmen und wenig später auch die großen Kriegsschiffe unter Dampf vom Stapel liefen, hatte ein Typus Mensch seinen Auftritt, der im kollektiven Gedächtnis als Widerling überlebte. Er war bemerkenswert schon deshalb, weil er sich dazu bekannte, ein Raufbold zu sein. Er nannte sich Imperialist, was so rücksichtslos klang, wie es gemeint war. Kunst und Kultur waren sein Dekor, der Gewaltanwendung im Inneren wie im Äußeren aber galt seine Leidenschaft, die Welt war für ihn ein großer Abenteuerplatz.

Englands Königin Victoria schickte die Royal Navy in aller Herren Länder, um ein Territorium zu erobern, das ihr Heimatland um ein Vielfaches übertraf. Spaniens Herrscher führten allein in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts fünf überseeische Kriege, die zum Ärger des Königshauses allerdings alle verloren gingen. Napoleon hat von seinen 16 Jahren an der Spitze Frankreichs kaum eines ohne Krieg ausgehalten. Der Freiheitsruf des französischen Bürgertums – Liberté, Egalité, Fraternité wurde in der Praxis anders übersetzt: Infanterie, Kavallerie, Artillerie.

Das Kolonialfieber hatte ausnahmslos alle Schichten der europäischen Nationen angesteckt. ...<<

>>... Die Mächtigen lebten wie die Fische im Wasser, es umgab sie eine Gesellschaft, in der die Sitten so ungehobelt waren wie die Sprache. Schriftsteller und Verleger, die Männer der Wirtschaft und die Mehrzahl der kleinen Leute feuerten ihre Präsidenten und Kaiser an, nur ja kein Pardon zu geben.

In England legte Charles Darwin seine Theorie vom "Kampf ums Dasein" vor, wonach nur die "Passendsten" überlebten. In Amerika sprach man von der "auserwählten angelsächsischen Rasse" ...

In Deutschland fühlte man sich in ähnlicher Weise auserwählt, Großes und sogar Größtes zu leisten. An jeder Straßenecke war im ausgehenden Jahrhundert von Weltherrschaft die Rede. ...<<

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schrieb später über den europäischen Imperialismus (x192/402-403): >>... Selbst in vormals unzulänglichen Regionen, wie Kenia oder Nigeria, konnten nun mit Hilfe der Bahn und moderner Bewässerungssysteme Plantagen angelegt werden, in denen mit großem Profit Tee, Kaffee, Baumwolle, Tabak, Sisal und Kakao angebaut wurden. Rückständige Gebiete dieser Art waren so lange nicht kolonisiert worden, wie die Weißen keine wirkungsvollen Mittel gegen die Tropenkrankheiten (vor allem Malaria) besaßen, was sich jedoch seit etwa 1830 änderte, als die Massenproduktion von Chinin einsetzte.

Alle Versuche, sich gegen die Europäer zur Wehr zu setzen, ob sie nun von den Zulus im Süden oder Moslems im Norden Afrikas ausgingen, wurden brutal niedergeschlagen. Gegen die Flinten und Maschinengewehre der Weißen war kaum etwas auszurichten.

Dieser Imperialismus war in Europa natürlich nichts Neues. Schließlich bestanden die alten Kolonialreiche - Spanien, Portugal, Niederlande, Frankreich und Großbritannien - schon seit 300 Jahren. Doch nach 1870 beflügelte die Jagd nach neuen Kolonien immer mehr die Phantasie der Europäer; Überseebesitzungen wurden zum Symbol nationaler Stärke.

Ihre Existenz wurde gelegentlich mit missionarischen Ideen gerechtfertigt - es sei "die Bürde des weißen Mannes", den unterworfenen Völkern Kultur und Aufklärung zu bringen -, häufiger jedoch einfach als eine gottgegebene Belohnung für die Überlegenheit der eigenen Rasse betrachtet. So pflegte Cecil Rhodes, der reichste Mann im südlichen Afrika, zu seinen Freunden zu sagen, wer als Brite zur Welt komme, habe den ersten Preis in der Lotterie des Lebens gewonnen.

Doch auch als Belgier, Deutscher oder Franzose hatte man kein schlechteres Los. 1881 bemächtigte sich Leopold II., König der Belgier, des gesamten Kongobeckens und ließ es mit grausamsten Methoden als seinen Privatbesitz ausbeuten. ...

Andere Teile des Kontinents wurden von Italien, Spanien und Portugal beansprucht, so daß es 1914 kaum einen Fahnenmast in Afrika gab, von dem nicht eine europäische Fahne flatterte.

In Asien breiteten sich die Wellen des Imperialismus nicht weniger stürmisch aus. Nach 1820 begann das russische Zarenreich, gegen die moslemischen Khanate der asiatischen Steppe vorzugehen ...

Ein Reich nach dem anderen fiel – 1865 Taschkent, 1868 Samarkand und Buchara. 1884 Merw -, wodurch die russische Grenze bis zum Himalaja und zur Grenze Indiens vorgeschoben wurde. Dort hatten die Briten nach ihrem Sieg über den Herrscher von Mysore und die Marathen-Konföderation ihre Macht durch Kriege im Pandschab, in Afghanistan und Sind im Westen sowie in Burma im Osten ... beständig ausweiten können. ...<<

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über die Folgen des Imperialismus (x281/34-35): >>... Der Weltkrieg um Wohlstand hatte begonnen, lange bevor die Militärs der europäischen Länder sich für den Ersten Weltkrieg in Stellung brachten.

Niemand bemerkte zunächst das herannahende Unheil. Daß schon bald 15 Millionen Europäer auf den Schlachtfeldern liegen würden, schien den Zeitgenossen ganz und gar undenkbar.

Die Machtübernahme in den Kolonien streichelte die Seele und füllte vielerorts auch ihre Schatztruhen. Sie hatten ohne allzu große Mühen und Kosten etwa ein Viertel des Erdballs neu aufgeteilt. Der Wohlstand im Westen stieg, der Welthandel erlebte seine vorläufige Blüte. Die Tonnage der Handelsschiffe hatte sich von 1850-1875 vervierfacht und stieg in den fol-

genden vier Jahrzehnten nochmals um das Doppelte. Ein kraftvolles Europa war auf dem Zenit seiner Macht und seines Ansehens in der Welt angekommen. ...

Die Imperialisten der ersten Stunde kannten keine Scham. Sie kamen als Besatzer und Protektorsverwalter, als Förderer ihrer heimischen Wirtschaft und kühl kalkulierende Zerstörer all dessen, was dabei hinderlich war.

Auf kulturelle Traditionen und Menschenleben wurde keine allzu große Rücksicht genommen, der Imperialist war ein Angreifer aus Überzeugung, der Mitleid als Ausdruck von Willensschwäche empfand. ...<<

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck berichtete im Juni 2009 über die deutsche Außenpolitik im 19. und 20. Jahrhundert (x878/...): >>... **Die Interessen der europäischen Großmächte: Großbritannien, Frankreich, Rußland**

Die Gründung des Deutschen Reiches durch Bismarck 1870/1871 fand in einem europäischen Kontext statt, in dem die bestimmenden großen Mächte, Großbritannien, Frankreich und Rußland eine seit Jahrhunderten eingespielte und erprobte Interessenpolitik verfolgt und abgesteckt hatten. Der Neuankömmling, das Deutsche Reich, mußte seine Rolle erst finden und seine Interessen so definieren, daß sie im Abgleich mit den Interessen der Nachbarn stabile und tragfähige Verhältnisse in Europa ermöglichten. Das war nicht geglückt, wie man weiß.

Die Interessen Großbritanniens können knapp mit der Aufrechterhaltung eines europäischen "Gleichgewichts der Mächte", der "Balance of Power" beschrieben werden. Sie garantierte England die Seeherrschaft und gab ihm die Rolle eines Schiedsrichters und Züngleins an der Waage in den Machtkämpfen auf dem europäischen Kontinent. Stets fand sich London auf der Seite derer, die den Machtzuwachs eines kontinentalen Rivalen und die Erringung einer hegemonialen Vorherrschaft bekämpften. ...

Wichtig war für London die Herrschaft auf den Weltmeeren als Voraussetzung für den Auf- und Ausbau des Empire, des gigantischen Kolonialreiches, das auszubeuten war und dem Heimatland enorme Reichtümer zuführte. Zum britischen Konzept gehörte auch, an der England gegenüber liegenden Kanalküste keine Präsenz einer starken europäischen Kontinentalmacht zu dulden, die die englische Seeherrschaft beeinträchtigen könnte. Insgesamt handelt es sich um klare Interessenpositionen, die in Jahrhunderten gegen andere Mächte in erbitterten und langwierigen Kriegen durchgesetzt und siegreich behauptet worden waren. ...

Frankreichs Interessen waren die der stärksten europäischen Kontinentalmacht. Zunächst mußte Frankreich das Haus Habsburg zurückdrängen, das in Europa bis ins 17. Jahrhundert unter anderen die Landmassen der österreichischen Erblande einschließlich Böhmen und Mährens, Spanien, das heutige Belgien und jenseits des Atlantik Mittel- und Südamerika beherrschte.

Nach den Wirren der Religionskriege war es Richelieu Anfang des 17. Jahrhunderts gelungen, Frankreich zu zentralisieren und sein inneres Machtgefüge so zu festigen, daß es nach dem Dreißigjährigen Krieg im Westfälischen Frieden 1648 zur stärksten Kontinentalmacht aufstieg.

Voraussetzung war eine entscheidende Schwächung der Habsburger, die eine Zerstückelung Deutschlands in "souveräne" Einzelstaaten einschloß. Der Habsburger Kaiser konnte in Deutschland nicht die Oberhoheit und dieselbe Zentralisierung durchsetzen, wie sie in Frankreich Richelieu gelungen war. Im Dreißigjährigen Krieg waren die Anläufe der Habsburger Kaiser endgültig gescheitert.

Frankreichs Interesse bestand in der Folgezeit darin, die Kleinstaaterei in Deutschland aufrechtzuerhalten. Die bayrisch-habsburgischen und habsburgisch-preußischen Rivalitäten in Deutschland galt es zu schüren, das Souveränitätsstreben der deutschen Kleinstaaten zu stärken und die Bundesverfassung, sei es in Form des Heiligen Römischen Reiches bis Ende des 18. Jahrhunderts und des Deutschen Bundes nach 1815 zu schwächen. ...

Rußland war erst verhältnismäßig spät in das europäische Mächtekonkordat eingetreten. Der Durchbruch als östliche Flügelmacht erfolgte mit Zar Peter und Zarin Katharina im 17./18. Jahrhundert, endgültig in den napoleonischen Kriegen zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Rußland war an einer ungehinderten Ausdehnung seiner Macht auf dem eurasischen Kontinent nach Osten interessiert, der nicht durch europäische Mächte wie Schweden im 17. Jahrhundert oder Frankreich zu Beginn des 19. Jahrhunderts behindert werden sollte.

Eine potentiell bedrohliche Machtzusammenballung in Mitteleuropa stand im Gegensatz zu russischen Interessen. Vielmehr war Rußland an einer Mittelmacht in Mitteleuropa mit Anlehnungsbedürfnis an Rußland interessiert, die gegebenenfalls russische Interessen wahrnehmen konnte und würde. Diese Macht fand sie in Preußen, das nach der verheerenden Niederlage gegen Napoleon nur aufgrund russischer Unterstützung nicht untergegangen war. Rußland suchte außerdem den offenen Zugang zum Meer in der Ostsee, aber auch über den Bosphorus. Den Anschluß an die technologische Entwicklung in Europa hatte Rußland früh als vital erkannt, blieb jedoch schwankend im Hinblick auf kulturelle Einflüsse. ...

Alles hätte so bleiben können, wie es war, wäre da nicht der Ehrgeiz der Deutschen gewesen, nun selber auch einen Nationalstaat zu gründen und damit an der allgemeinen europäischen Entwicklung teil zu haben. Die Deutschen waren nicht die einzigen, die an der bestehenden internationalen Ordnung rüttelten. Das gleiche galt für Italien, die Völker Mittel- und Osteuropas und des Balkan. Auch sie strebten nationale Einheit und Unabhängigkeit an.

Die Gründung des Deutschen Reiches 1870/1871 veränderte die internationale Lage in Europa entscheidend. Frankreich hatte im Verlauf der deutschen Einigungskriege, die auch Italien einbezogen, nicht nur den deutsch-französischen Krieg sondern auch den Status als stärkste Kontinentalmacht verloren. Rußland mußte erkennen, daß das Deutsche Reich kein größeres Preußen war, das im außenpolitischen Orbit von Rußland verharrte, sondern zunehmend eine Politik aus eigenen Interessen verfolgte. Das galt besonders für den Balkan, wo Deutschland den Verbündeten Österreich-Ungarn stützte und sich mit dem Osmanischen Reich liierte, was im Zarenreich mit wachsendem Groll als Behinderung russischer Interessen wahrgenommen wurde.

Großbritannien schließlich hatte schon die deutsche Einigung mit Mißtrauen betrachtet.

Deutschland war stärkste Kontinentalmacht geworden - für London prinzipiell ein Grund erhöhter Wachsamkeit und Mißtrauens. Die demographische und wirtschaftliche Dynamik Deutschlands nach 1870/1871 konnte das Mißtrauen nur verstärken, zumal Deutschland auch wirtschaftlich immer mehr als Konkurrent empfunden wurde. ...<<

## **11. Weshalb beteiligten sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts immer mehr Staaten am weltweiten Imperialismus?**

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb über die Imperialisten des 19. Jahrhunderts (x281/15,19): >>Wer die Mächtigen des 19. Jahrhunderts mit denen des 21. Jahrhunderts vergleicht, stellt fest: Zu Zeiten von Napoleon, Königin Victoria und Kaiser Wilhelm II. ging es rauher zu als unter der Führung von Jacques Chirac, Tony Blair oder Angela Merkel.

Die Herrschenden neigten dazu, die Dinge gewalttätig zu lösen. Sie waren roh und undemokratisch und hielten wenig von Menschen, die sich in Herkunft und Hautfarbe von ihnen unterschieden. Hunderttausende von Toten nahmen sie billigend in Kauf, wenn es der Durchsetzung ihrer Interessen diente.

... Eine mit Stolz zur Schau getragene Rücksichtslosigkeit war das Erkennungszeichen einer ganzen Epoche. ...<<

>>... Damals ging es zum ersten Mal um jene Dinge, um die sich auch heute alles dreht: Arbeitslosigkeit und Ausbeutung, Rohstoffhunger und Expansionslust, Arbeiterrechte und Un-

ternehmergewinn, und für die Staaten ging es seit jeher um die Fragen aller Fragen: Knechtschaft oder Weltherrschaft?

... Der Freiheitsruf des französischen Bürgertums – Liberté, Egalité, Fraternité wurde in der Praxis anders übersetzt: Infanterie, Kavallerie, Artillerie.

Das Kolonialfieber hatte ausnahmslos alle Schichten der europäischen Nationen angesteckt. ...<<

## **12. Warum störte das Deutsche Reich die Weltmachtspolitik der Großmächte?**

Ab 1889 finanzierte Frankreich mit sog. "Revancheanleihen" die westrussischen Aufmarschbahnen gegen das Deutsche Reich (x142/346).

Die größten Kolonialbesitzer im Jahre 1890 waren (x056/284): >>1. Großbritannien (32,7 Millionen qkm Fläche), 2. Rußland (17,3 Millionen qkm Fläche), 3. Frankreich (11,0 Millionen qkm Fläche), 4. Deutsches Reich (2,6 Millionen qkm Fläche), 5. Portugal (2,1 Millionen qkm Fläche), 6. Niederlande (2,0 Millionen qkm Fläche) und 7. Nordamerika (1,9 Millionen qkm Fläche).<<

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über die Erfolge des britischen Imperialismus (x281/37): >>Am Vorabend des Ersten Weltkrieges beherrschte das British Empire rund 20 Prozent der bewohnten Erdoberfläche und der Weltbevölkerung. Jeder Engländer hatte damit statistisch über acht Menschen das Sagen, auf jeden Quadratkilometer des Heimatbodens kamen 100 Quadratkilometer fremden Territoriums.

Frankreich die zweitgrößte Kolonialmacht der damaligen Zeit, konnte da nicht mithalten. Jedem Franzosen stand gerade mal ein Untertan gegenüber. Ein Quadratkilometer französischen Bodens wurde durch 18 Quadratkilometer andernorts ergänzt. ...<<

Frankreich und Rußland schlossen Ende 1893 einen französisch-russischen Zweibund. Dieses Militärbündnis sollte in erster Linie ein Gegengewicht zum Dreibund - Deutschland, Österreich und Italien - bilden.

Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über das französisch-russische Militärbündnis (x307/172-173): >>Die Wurzeln des französisch-russischen Bündnisses sind in jener Situation zu suchen, die in Europa nach der Gründung des Deutschen Reiches im Jahr 1870 entstanden war. Jahrhundertlang war das deutschsprachige Zentrum Europas zersplittert und schwach gewesen; auf einmal war es vereint und stark. Seit dem Krieg von 1870 gestaltete sich das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich außerordentlich schwierig.

Schon das Ausmaß des deutschen Sieges über Frankreich - ein Sieg, den die wenigsten Zeitgenossen erwartet hatten - hatte die französische Oberschicht traumatisiert, und eine Krise ausgelöst, die weit in die französische Kultur hineinreichte; die Annexion Elsaß-Lothringens aber, für die sich das Militär vehement ausgesprochen und der deutsche Kanzler Otto von Bismarck widerwillig akzeptiert hatte, belastete die französisch-deutschen Beziehungen nachhaltig.

Elsaß-Lothringen entwickelte sich zum Heiligen Gral des französischen Revanchekultes, der zum Brennpunkt aufeinanderfolgender Wellen der chauvinistischen Agitation wurde.

Die verlorenen Provinzen waren niemals die einzige treibende Kraft hinter der französischen Politik.

Aber immer wieder heizten sie die öffentliche Meinung auf und übten ständig Druck auf die Entscheidungsträger in Paris aus. Auch ohne die Annexion hätte jedoch schon allein die Existenz des neuen Deutschen Reiches die Beziehung zu Frankreich verändert, dessen Sicherheit traditionell durch die Zersplitterung des deutschsprachigen Europas garantiert worden war.

Nach 1871 mußte Frankreich notgedrungen nach jeder sich bietenden Chance Ausschau halten, die neue, Angst einflößende Macht an der östlichen Grenze einzudämmen. Eine dauerhafte Feindseligkeit zwischen Frankreich und Deutschland war folglich bis zu einem gewissen

Grad in dem europäischen Staatensystem vorprogrammiert. Die welthistorische Bedeutung dieser Entwicklung kann gar nicht hoch genug veranschlagt werden. Die Beziehungen unter den europäischen Staaten sollten künftig von einer neuen, bislang unbekanntem Dynamik erfaßt werden.

In Anbetracht der Größe und des militärischen Potentials des neuen Deutschen Reiches lautete das Hauptziel der französischen Außenpolitik zwangsläufig die Eindämmung Deutschlands durch die Bildung eines antideutschen Bündnisses. Der attraktivste Partner für eine derartige Partnerschaft war, trotz des völlig andersartigen politischen Systems, Rußland. ...

Falls es soweit kommen sollte, sähe sich Deutschland der Gefahr eines potentiell feindlichen Bündnisses an zwei separaten Fronten gegenüber.<<

Der deutsche Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Bernhard Fürst von Bülow, erläuterte am 6. Dezember 1897 in einer Rede vor dem Reichstag die Machtansprüche des Deutschen Reiches (x056/308, x073/28): >>Die Zeiten, wo Deutsche dem einen seiner Nachbarn die Erde überließ, dem anderen das Meer und sich selbst den Himmel reservierte, wo die reine Doktrin wohnt, diese Zeiten sind vorüber. ...<<

>>... Wir müssen verlangen, daß der deutsche Missionar und der deutsche Unternehmer, die deutschen Waren, die deutsche Flagge und das deutsche Schiff in China geradeso geachtet werden wie diejenigen anderer Mächte. ... Wir sind endlich gern bereit, in Ostasien den Interessen anderer Großmächte Rechnung zu tragen, in der sicheren Voraussicht, daß unsere eigenen Interessen gleichfalls die ihnen gebührende Würdigung finden.

Mit einem Wort: Wir wollen niemand in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne.<<

Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über die damalige Weltpolitik des Deutschen Reiches (x307/207-208): >>... Die konkreten Errungenschaften der Weltpolitik nach 1897 fielen entsprechend bescheiden aus, insbesondere gemessen an den Eroberungen der Vereinigten Staaten:

Während sich Deutschland die Marianen und die Karolineninseln, einen Teil Samoas und den kleinen Brückenkopf Kiautschou an der chinesischen Küste sicherte, führten die Vereinigten Staaten gegen Spanien einen Krieg um Kuba und verleibten sich in dessen Verlauf 1898 die Philippinen, Puerto Rico und Guam ein; sie erklärten im selben Jahr Hawaii offiziell zu ihrem Besitz und führten auf den Philippinen einen häßlichen Kolonialkrieg (1899-1902), der zwischen 500.000 und 750.000 Filipinos das Leben kostete.

Ferner erwarben sie 1899 einen Teil der Samoa-Inseln und bauten anschließend einen Kanal durch die mittelamerikanische Landenge, unter dem Schutz einer Kanalzone unter eigener Verwaltung, die, wie der Außenminister ausdrücklich betonte, auf dem Kontinent Südamerika "de facto souverän" sei.<<

Nach Erschließung des Kontinents strebte die neue Großmacht USA ab 1897 die systematische Ausweitung ihres politischen und wirtschaftlichen Machtbereiches an (x233/121): >>...

Ob wir wollen oder nicht, die Amerikaner müssen jetzt nach außen zu schauen beginnen.

Die wachsende Produktion des Landes fordert es. Die Stimmung der Öffentlichkeit fordert es in steigendem Maß. Die Lage der USA zwischen 2 alten Welten und 2 großen Ozeanen erhebt denselben Anspruch. ...<<

Nach dem ungeklärten Untergang des US-Schlachtschiffes Maine im Hafen von Havanna traten die Vereinigten Staaten von Amerika im April 1898 in den Krieg gegen Spanien ein.

Der Krieg gegen die Militärmacht USA führte im Jahre 1898 schließlich zur militärischen Niederlage Spaniens. Nach der Vernichtung der spanischen Flotte mußten die Philippinen, Puerto Rico und Guam an die Vereinigten Staaten von Amerika abgetreten werden. Kuba wurde zum Schutzgebiet erklärt und bis 1909 von US-Gouverneuren verwaltet. Der spanisch-amerikanische Krieg wurde durch den Frieden von Paris beendet.

Der Krieg mit den USA liquidierte schließlich die spanische Kolonialmacht und führte zur vollständigen Auflösung des spanischen Reiches in Übersee. Die verlorenen Kolonien und die Niederlage im spanisch-amerikanischen Krieg verletzten nicht nur den ausgeprägten Nationalstolz der Spanier, sondern sie belasteten auch nachhaltig die spanische Innenpolitik. Die Spannungen innerhalb der spanischen Bevölkerung verschärfen sich und das Ansehen der Regierung ging weitgehend verloren.

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über die "neuen Imperialisten" USA und Deutsches Reich (x281/16-17): >>Am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts meldeten sich auch jene unmißverständlich zu Wort, die sich bisher eher zurückgehalten hatten, Amerikaner und Deutsche. Beide Nationen wollten mitreden, wenn es um die Neuaufteilung der Erdkugel ging.

Die USA, so ihr damaliger Präsident Theodor Roosevelt, mußten "mit sanfter Stimme sprechen, aber einen dicken Knüppel in der Hand halten". Der dicke Knüppel war die eigene Seestreitmacht, deren Aufbau er zügig vorantrieb.

Der deutsche Kaiser Wilhelm II. war bald weit über die Grenzen seines Reiches hinaus bekannt als Freund einer Sprache, in der Größenwahn und die Geringschätzung seiner Zeitgenossen unverstellt zum Ausdruck kamen. ...<<

Der deutsche Historiker Alexander Demandt berichtete über das deutsch-britische Verhältnis im Jahre 1898 (x283/193-194): >>... Die Konkurrenz verschärfte sich. England fühlte sich seit 1898 vom deutschen Flottenbau akut bedroht. Das gilt nicht zuletzt für die rasch expandierende zivile deutsche Seefahrt, die den Briten Handelsrouten abnahm, ja ihnen den Rang abzulaufen drohte.

Hätte Berlin hier eingreifen sollen? Welche Regierung der Welt bremst den Aufstieg ihrer Wirtschaft, nur um den Neid der Nachbarn zu meiden? Unter der Devise "Rule Britannia, rule the waves!" hatten englische Kanonen seit dem 16. Jahrhundert Flotten anderer Seemächte konsequent versenkt, so die der Spanier, Franzosen, Holländer und Dänen. Das sollte auch der Deutschen blühen. Vielleicht hätte Berlin weniger Kriegsschiffe auf Kiel legen und darauf vertrauen sollen, daß die zivile Schifffahrt unbehelligt blieb. Daran aber zweifelte man.

Mochte Berlin noch so treuherzig versichern, die eigenen Schlachtschiffe dienten einzig und allein dem Schutz der Heimat, der Handelsrouten und der Kolonie, so wurde doch schamhaft verschwiegen, vor wem diese denn geschützt werden sollten. ...<<

Russische Truppen besetzten im Jahre 1900 die Mandchurei in China. Im Verlauf dieser Militäraktion ertränkten Kosaken und russische Polizisten im Juli 1900 in Ostsibirien, an der Grenze zur Mandchurei, mehrere tausend chinesische Zivilisten im Grenzfluß Amur.

Ein Vertrauensmann des Zaren erklärte im Jahre 1900 (x233/124): >>Asien ist seinem ganzen Umfang nach im vollen Sinne des Wortes nichts anderes als ein Stück Rußlands. ...

In Asien gibt es für uns in Wirklichkeit keine Grenzen. ...<<

Im Jahre 1901 begannen in Persien die ersten Erdölbohrungen.

Deutsche Firmen leiteten von 1903-1913 den Bau der "Bagdad-Bahn". Diese Eisenbahnstrecke von Konya - Osmanisches Reich - nach Bagdad im Irak - wollte man später bis zum Persischen Golf verlängern, um die großen Erdölquellen schneller erreichen zu können und weil man neue Absatzmärkte erschließen wollte. Infolge der deutschen Aktivitäten im Osmanischen Reich verschlechterten sich vor allem die Beziehungen zu den Briten, Franzosen und Russen. Die Briten reagierten entrüstet, denn angeblich wurde ihre eigene Vormachtstellung in Asien, besonders ihr indisches Kolonialreich gefährdet, während die Russen jegliche Stärkung des Osmanischen Reiches generell ablehnten.

Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über die deutsch-osmanischen Beziehungen (x307/435): >>In Anbetracht der sehr eingeschränkten Optionen, die Deutschland auf der globalen Bühne zur Verfügung standen und der relativ geschlossenen Bündnis-

blöcke in Europa erregte vor allem eine Region die Aufmerksamkeit der Staatsmänner, die an einer Weltpolitik ohne Krieg interessiert waren; das Osmanische Reich.

Die deutsche Politik hatte sich in dieser Region, wo die Rivalitäten der Kolonialmächte besonders heftig aufeinander trafen, traditionell eher zurückgehalten, doch in den 1880er Jahren wurde Berlin aktiver. Von der Regierung in Konstantinopel, die seit der britischen Besetzung Ägyptens (1882) ihren Partnern in Berlin aktiv den Hof machte, wurde die deutsche Regierung dazu regelrecht eingeladen.

Deutsche Banken, Baufirmen und Eisenbahngesellschaften hielten allmählich in den weniger entwickelten Gebieten des Reiches Einzug und erwarben Konzessionen und Interessensphären. Die Arbeit an einer weitgehend deutsch finanzierten und produzierten anatolischen Eisenbahn begann im Jahr 1888 und sollte Konstantinopel mit Ankara und Konya verbinden; beide Linien wurden bis 1896 fertiggestellt.

Die Unterstützung der Regierung für diese Projekte, die anfangs eher sprunghaft war, wurde nach und nach stärker und konsequenter. Im Jahr 1911 konnte der deutsche Botschafter in Konstantinopel das Osmanische Reich bereits als eine "politische, militärische und wirtschaftliche Interessensphäre" Deutschlands bezeichnen.

Mit den Investitionen in osmanischen Territorien, in erster Linie in wichtige Infrastrukturprojekte, hofften die Deutschen, das Osmanische Reich angesichts der Bedrohung seitens der anderen Mächte, allen voran Rußland, zu stabilisieren. Und falls der Zusammenbruch des Osmanischen Reiches das Tor zu einer territorialen Aufteilung unter den Weltreichen öffnen sollte, wollten sie sichergehen, daß sie einen Platz an dem Tisch bekamen, wo die Beute verteilt wurde. ...<<

Frankreich und Italien einigten sich im Jahre 1902 darauf, daß Frankreich freie Hand in Marokko und Italien in Libyen erhalten sollte (x142/359).

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über die französische Weltmachtspolitik (x057/175-176): >>Mit aller Macht versuchte Frankreich sein Kolonialreich auszudehnen und erwarb nacheinander von 1881 bis 1911: Tunis Französisch Kongo, den Französischen Sudan, Madagaskar, Hinterindien, Tongking und schließlich Marokko. Damit war das französische Kolonialreich auf über 10 Millionen Quadratkilometer mit etwa 60 Millionen Einwohnern angewachsen und nahm den zweiten Platz unter den Kolonialreichen ein.

Es sicherte Frankreich die Herrschaft im westlichen Mittelmeer, beteiligte es an der Erschließung Ostasiens und lieferte wichtige Rohstoffe, Kolonialwaren und Soldaten.

Die Grundlage der französischen Weltmachtspolitik beruhte hauptsächlich auf dem neugeschaffenen Kolonialreich, der französischen Kulturpropaganda sowie einer großzügigen Bündnispolitik - Rußland 1894, England 1904, wodurch der Weg freigemacht wurde zu einer aktiven Außenpolitik.<<

Der russisch-japanische Krieg von 1904-1905) endete nach großen Nachschubschwierigkeiten mit einer katastrophalen russischen Niederlage, erster asiatischer Sieg über eine europäische Großmacht.

Während der Friedensverhandlungen von Portsmouth mußte Rußland die japanische Herrschaft in Korea anerkennen, die Südhälfte der Insel Sachalin - ehemalige russische Strafkolonie - und Port Arthur an Japan abtreten sowie die Süd-Mandschurei als japanisches Interessengebiet anerkennen. Japan wurde zur führenden Großmacht im Fernen Osten, während sich Rußland wieder verstärkt dem Balkan widmete.

Nach der französisch-britischen Einigung schränkte die französische Regierung im Jahre 1905 in der Kolonie Marokko den bisher freien Wettbewerb drastisch ein.

Infolge der Mißachtung des Vertrages von Madrid aus dem Jahre 1880 und um die deutschen Wirtschaftsinteressen zu unterstützen - Firma Mannesmann und andere, führte Wilhelm II. einen Staatsbesuch in Tanger durch. Dort sicherte der Kaiser dem Sultan seinen Schutz zu.

Diese 1. "Marokkokrise" brachte Europa bereits im Jahre 1905 an den Rand eines Krieges. Der Kaiser entschied damals aber noch rechtzeitig, das "Marokko-Problem" politisch zu lösen.

Da US-Präsident Theodore Roosevelt vermittelte und Rußland längst noch nicht "kriegsbereit" war, mußte Frankreich im Kolonienkonflikt in Marokko zunächst während der Konferenz von Algeciras im Jahre 1906 nachgeben. Für das Deutsche Reich stellte die 1. Marokkokrise trotzdem eine schwere diplomatische Niederlage dar, denn sie führte zur Isolierung des Reiches.

Der Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium Sir Charles Hardinge (1858-1944) schrieb in einer Denkschrift vom 30. Oktober 1906 (x320/10): >>... Man muß allgemein zur Kenntnis nehmen, daß Deutschland infolge seiner ehrgeizigen Pläne für eine Weltpolitik, eine maritime Vorherrschaft und eine militärische Vorherrschaft in Europa der einzige Störfaktor ist.<<

Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor, Autor des 2003 erschienen Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte") berichtete später über den Kampf um die Vorherrschaft zwischen dem Empire und dem Deutschen Reich (x320/11): >>Im August 1907 schließen England und Rußland einen Vertrag, in dem sie ihre Einflußzonen in Afghanistan und Persien markieren. Bereits im November 1907 reist der Oberbefehlshaber des englischen Heeres nach Sankt Petersburg, um dort mit russischen Generalen und Ministern über weit mehr als Afghanistan und Persien zu sprechen. Er legt den Russen nahe, ihre Truppen an der Westgrenze zu Deutschland zu verstärken. So zieht Großbritannien auch hier ihre Fäden gegen Deutschland, das außer Wirtschaftsexpansion zu der Zeit keine anderen - vor allem keine territorialen - Ziele hat.

Englands klare Position an Frankreichs Seite zeigt sich 1904 bis 1906 und 1911 in den zwei Marokkokrisen und ab 1900 beim Bau einer deutschen Eisenbahn nach Bagdad im Irak. ...

Als etwa 1900 der Bahnbau in Richtung Bagdad fortgesetzt und zu der Zeit Erdöl beiderseits der Trasse im Raum Mossul entdeckt wird, gerät Deutschland unversehens in Konflikt mit Englands neuen Ambitionen auf die Erdölfelder in Persien, Irak und Kuwait.<<

### **13. Wer profitierte in erster Linie an dem Bau der Bagdadbahn?**

Die zunehmenden deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen (die Eisenbahnkonzession für die Errichtung der Bagdadbahn im Osmanischen Reich von 1899) verschärfen zusätzlich die britisch-deutschen Spannungen.

Das Osmanische Reich und das Deutsche Reich mußten sich am 28. Juli 1913 gegenüber Großbritannien verpflichten, die Bagdadbahn nur bis zur irakischen Hafenstadt Basra zu bauen (x092/729).

Der deutsche Journalist Andreas Lombard berichtete später über den Bau der Bagdadbahn (x1.035/...): >>**Eine kleine Geschichte der Bagdadbahn**

Im Herbst 1912 erschien in der "Täglichen Rundschau" der Bericht eines Reisenden. Er hatte in Konstantinopel den Zug nach Ismid, dem antiken Nikomedia, bestiegen. Die neunzig Kilometer lange Strecke, am Beginn der legendären Bagdadbahn, war seit 1872 in Betrieb. Sie folgte dem alten Weg von Kriegerern, Kreuzrittern und Karawanen. Adalbert Zimmermann schrieb:

"Um acht Uhr geht der Zug, und die Eisenbahnen sind in der Türkei pünktlich. Der Bahnhof von Haidar Pascha ist der größte und prächtigste der Türkei - der architektonische Heroldsruf der Auferstehung Anatoliens zu neuem, europäischem Leben. Ringsum trauern alte Zypressen über stillen Osmanengräbern. Auf dem Bahnsteig ein lärmendes, schwatzendes Durcheinander von Männern im Tarbusch und von Czapkalis - Hutträgern - mit Frauen und Kindern. Hamals (Lastträger) schleppen das Gepäck. Offiziere gehen plaudernd auf und ab, ganz wie die Leut-

nants zu Hause, nur daß sie nicht flirten, wenigstens nicht wahrnehmbar; denn so etwas gibt es für die Bekenner des Propheten nicht.

Die Türken, die mitfahren, passen von weitem auf, daß ihre Frauen richtig verstaut werden. Es sind Gemütsmenschen; viele von ihnen fahren erster oder zweiter Klasse, ihre Weiber aber müssen erbarmungslos in das überfüllte Haremlik dritter Güte hinein und richten sich dort zankend und schreiend mit ihren Habseligkeiten ein.

Der Zug ist ziemlich lang. Seine Durchgangswagen sind nach dem Muster unserer Speise- und Schlafwagen gebaut, so daß der Zug als Ganzes einen höchst feudalen Eindruck macht. Auch ein paar Güterwagen laufen mit. Einer davon steckt voller Rekruten, die in der europäischen Türkei ausgehoben worden sind und nun nach irgendeiner Garnison Anatoliens verfrachtet werden."

Die Bagdadbahn war das "Eisenband" um Orient und Okzident. Sie versprach die Verwandlung durstiger Steppen in fruchtbare Felder. Wo sich die Kontinente berührten und die Wege der Großmächte schnitten, wo Völker und Reiche sich über Jahrtausende grausame Kriege geliefert, wo in Antike und Mittelalter reiche Handelsstädte geblüht hatten, da sollten nach Jahrhunderten des Verfalls Frieden und Wohlstand einkehren.

Das syrische Aleppo, verkündete der Orientreisende Paul Rohrbach, werde das Antiochia des 20. Jahrhunderts sein. Befeuert von Babylon und Ninive, von Nebukadnezar und Lawrence von Arabien, von Karl May und den Märchen aus Tausendundeiner Nacht, entwickelte die Dampfmaschine ihre stärkste Kraft. Sie öffnete den Menschen die Weite des Raums und die Tiefe der Zeit. Sie war kein Verkehrsmittel, sie war der Schlüssel zur "Kornkammer Roms", zum biblischen Paradies.

Viele "Osmanli" sahen zum ersten Mal Geld für ihre Arbeit. Die Anführer der in Kleinasien wütenden Räuberbanden wurden Stationsvorsteher der anatolischen Eisenbahngesellschaft. Deutsche Baumwolle wuchs bei Adana, schwäbische Bauern schmiedeten Siedlungspläne und das Osmanische Heer genoß militärische Entwicklungshilfe. Den Bahnhof von Haidar Pascha errichtete die Baufirma "Philipp Holzmann & Cie". Der Schienenstrang nach Mesopotamien galt als das großartigste Unternehmen deutscher Weltpolitik.

Als Deutschland jene Achse, um die sich immer noch die Welt dreht, zum Schauplatz seiner "Politik der freien Hand" machte, schreckte es die anderen imperialistischen Mächte auf. Dem deutschen Ziel, mit der Ausweitung der Kapitalgeber auch den Fortbestand des Osmanischen Reiches zu sichern, mochten sie nicht folgen. Kaiser Wilhelm II. träumte davon, mit Deutschland, England und Frankreich dem einigen Europa eine Kraft zu geben, die Amerika wirtschaftlich die Stirn bieten könne.

Er wollte als ein Ebenbürtiger auftreten und dafür sogar die Gründung eines jüdischen Staates dem "verlogenen Krämervolk" der Engländer streitig machen, indem er im Rahmen seiner Orientreisen beim Sultan für die zionistischen Pläne Theodor Herzls warb. Großbritannien gab mit eben diesem Projekt, das es keineswegs den Deutschen zu überlassen bereit war und das 1917 in der Balfour-Deklaration gipfelte, seiner Nahostpolitik die höchste Weihe.

Es fürchtete als potentieller Erbe des "kranken Manns am Bosphorus" den trockenen Weg nach Indien als Konkurrenz zum Suez-Kanal, den es seit der Besetzung Ägyptens 1882 nicht nur finanziell, sondern auch militärisch kontrollierte. Es fürchtete um seine Stellung an der Mündung von Euphrat und Tigris und suchte daher die Bagdadbahn finanziell und durch Proteste bei der Hohen Pforte nach Kräften zu behindern.

Vergeblich warben die Deutschen um eine Beteiligung der Briten. Frankreich, das seine Interessen in Syrien bedroht sah, schloß sich dem Widerstand an, ebenso Rußland, das sich über einen Schienenweg von Mesopotamien nach Persien sorgte.

Georg von Siemens, ein Neffe des Erfinders und Unternehmensgründers Werner von Siemens, sah die Sache entsprechend nüchtern. Der Bankier und Politiker, Vorstandssprecher der

Deutschen Bank seit 1870, führte bis zu seinem Tode 1901 die Verhandlungen zum Bau der Bagdadbahn, die 1892 Angora (Ankara) und 1896 Konya erreichte. Er wollte jene staatlichen Garantien von der Türkei erlangen, die Bismarck, obwohl kein grundsätzlicher Gegner des Projekts, ihm zu geben sich geweigert hatte.

Die Guthaben seiner Anleger gingen ihm vor. Kolonialistische Töne erhöhten nur das Geschäftsrisiko. Wilhelm II. aber nutzte 1898 in Damaskus seine Freundschaftsadresse an Sultan Abdul Hamid II. dazu, die dreihundert Millionen Mohammedaner ("die, auf der Welt zerstreut lebend, in ihm ihren Kalifen verehren") zu Freunden des Deutschen Reiches zu erklären. Das lag ganz auf der Linie des Auswärtigen Amtes, eines Tages den "Fanatismus des Islam" zu erregen, um das Deutsche Reich als neue Vormacht in Stellung zu bringen.

Siemens ging einen anderen Weg. Der Historiker Manfred Pohl schreibt: "In einem geheimen Anhang zur Bagdadbahn-Konvention von 1903 sicherte die Deutsche Bank zu, weder eine deutsche noch eine andere Emigration in die Türkei zu fördern." Prominente Deutsche und ganze Reisegruppen wollte man von Bahnfahrten abbringen.

Sultan Abdul Hamid II. wollte nach diversen Kriegen und dem Staatsbankrott von 1875 seinem niedergehenden Reich ein starkes Rückgrat geben - und seine Truppen per Bahn verschieben können. Er gab den Investoren eine Kilometergarantie, für die er Steuereinnahmen verpfändete. Die ab 1870 errichteten Teilstrecken wuchsen bald zu einem lukrativen Schienenweg zusammen. Seit 1889 verkehrte auch der "Orientexpress" - so rückte Südanatolien vor die Haustüren von Paris.

1890 übernahmen die Deutsche Bank und der Wiener Bankverein die Aktienmehrheit an der Betriebs-Gesellschaft der Anatolischen Eisenbahnen des Baron von Hirsch und bauten zügig weiter. 1898 steigt immerhin die Banque Ottomane mit 40 Prozent ein. Siemens, stets um internationale Partner werbend, bleibt skeptisch. Schließlich könne man "zum gleichen Diskont Wechsel auf gute deutsche Häuser kaufen".

Aber ein Rückzug hätte den deutschen Botschafter in Konstantinopel, Marschall von Bieberstein, seinen Posten gekostet, den Sultan gedemütigt, den Kaiser enttäuscht und den europäischen Mächten große Schadenfreude bereitet. 1900, ein Jahr vor seinem Tode, reist Siemens nach England, das seine Interessen in Basra und Kuwait verteidigt.

Die Verhandlungen scheitern wieder. Siemens' Nachfolger Arthur von Gwinner erhält am 5. März 1903 die endgültige Konzession für den Weiterbau über Adana, Mossul, Samara, Bagdad und Basra an einen noch zu bestimmenden Ort am Persischen Golf sowie für den Betrieb auf 99 Jahre - nicht ohne erneut türkische Anleihen zu zeichnen und sämtlichen Würdenträgern Bakschisch zu zahlen: "Der Sultan selbst schickte uns von Zeit zu Zeit unter den tollsten Vorwänden neue Leute auf den Hals, die befriedigt werden mußten."

Daraufhin errichtet die Anatolische Eisenbahn-Gesellschaft am 13. April 1903 die "Société Impériale du Chemin de Fer de Bagdad" mit einem Aktienkapital von 15 Millionen Francs unter Federführung der Deutschen Bank und Beteiligung der Banque Ottomane, des Wiener Bankvereins sowie der Schweizer Kreditanstalt. 1904 erhält die Anatolische Bagdadeisenbahn-Gesellschaft eine Konzession für Erschließung und Abbau der mesopotamischen Ölvorkommen.

Das englisch-französische Bündnis desselben Jahres und das englisch-russische Bündnis von 1907 schließen den Ring um das Deutsche Reich. 1908 stürzen die Jungtürken den Sultan. Trotz des türkisch-italienischen Krieges und trotz der Balkankriege beginnt 1912 der Bahnbau in Bagdad. Im Sommer 1914 wird endlich eine Einigung mit England, nämlich ein Abkommen über Bewässerungsanlagen und Ölförderung in Mesopotamien sowie über den Hafenausbau am Persischen Golf unterschriftsreif, aber es ist zu spät.

Die Türkei tritt an der Seite der Mittelmächte in den Krieg. Nun wird die Bahn aus militärischen Gründen, aber mit "Heeresuntauglichen" weitergebaut. Am Ende des Ersten Weltkriegs

fährt sie durch das Taurus- und Amanusgebirge. Es fehlt nur noch ein Abschnitt von 300 Kilometern mit Mossul in der Mitte; der wird 1940 geschlossen.

Die schnelle Niederlage Serbiens hat dem Deutschen Reich die Nachschubwege in die Türkei geöffnet; Großbritannien antwortet 1915 mit der vergeblichen und verlustreichen Dardanellen-Offensive. Über den Völkermord an den mit Hammelwaggons deportierten Armeniern schreibt die Bahngesellschaft drastische Berichte, kann aber nur einige armenische Angestellte und deren Familien retten. Ab März 1917 rücken die Briten über Bagdad nach Norden vor.

Der Weltkrieg endet mit der Zerschlagung des Osmanischen Reiches. Aus den französischen und englischen Mandatsgebieten entstehen später die Staaten Syrien und Irak. Großbritannien kann seine Vormachtrolle auf Dauer nicht halten. Die Bagdadbahn, die zunächst unter internationale Kontrolle gestellt werden sollte, zerfällt gegen den Willen Großbritanniens aber in nationale Teilstrecken. Sie erzählt also auch vom Niedergang des Empire.

Ihr Bau bleibt eine beeindruckende Leistung, denn die Schwierigkeiten mit Arbeitern, Gelände und Material waren immens. Das Räuberwesen stand "in hellem Flor". Im Herbst kam das Dengue-Fieber, im Winter die Influenza, und im Landesinneren grassierte die Viehseuche. Die internationale Stimmung war geprägt von diplomatischen Demarchen, Anfragen in den Parlamenten und Polemiken in den Zeitungen. Die Engländer blieben abseits, und Rußland lehnte 1899 sogar Siemens Verkaufsangebot ab.

Daß die Deutsche Bank im Jahre 1924 - trotz Weltkrieg! - zufrieden auf ihre Investition zurückblicken würde, war unter diesen Umständen nicht zu erwarten. Im Warenverkehr lohnte sich die schnelle Belieferung der Mittelmeerhäfen. Im Personenverkehr brachten die Pilger Geld ein, die auf die Hedschasbahn nach Mekka und Medina umstiegen. Der "Agrikulturdienst" der Anatolischen Eisenbahn-Gesellschaft brachte verbessertes Saatgut und neue Bewässerungsanlagen nach Konya, so daß die Steuereinnahmen später die Garantiezahlungen des Sultans übertrafen.

Die Bagdadbahn hatte es dennoch nicht vermocht, wie Rohrbach und Bieberstein einst hofften, "die Tore ihres Gebiets für die wirtschaftliche Betätigung aller Nationen gleich offen zu halten". Aber war es deshalb falsch, sie in Angriff zu nehmen? Karl Helfferich, der 1906 von der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amts zur Anatolischen Eisenbahn-Gesellschaft gewechselt hatte und 1908 Vorstandsmitglied der Deutschen Bank geworden war, schrieb nach dem Krieg über die Türkei-Politik des Kaiserreichs:

"Die große Frage war, ob Deutschland in seiner politischen und ebenso in seiner wirtschaftlichen Betätigung alles vermeiden wollte, was geeignet war, die Gefahr solcher Reibungen hervorzurufen. Es hätte dann nicht nur auf den Erwerb von Kolonien und Stützpunkten, auf den Ausbau seiner Kriegsflotte, auf eine Politik der Selbständigerhaltung großer und wichtiger Wirtschaftsgebiete verzichten müssen, sondern ebensowohl auf die Entwicklung seiner Industrie, seines Außenhandels und seiner Handelsflotte."

Golo Mann über die Bagdadbahn

*"Der Bau der Bagdadbahn war eine jener Leistungen des Wirtschaftsimperialismus, die man nur positiv bewerten kann. Es gab keinen Rechtsgrund, keinen moralischen Grund, warum deutsche Industrie sich nicht in der Türkei sollte nützlich machen dürfen zu ihrem eigenen und anderer Leute Vorteil."*

- Golo Mann: Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, 1958<<

#### **14. Wie kamen die Vereinigten Staaten von Amerika zu weiteren Kolonien?**

Der deutsche Historiker Prof. Klaus Schwabe berichtete über die damalige Außenpolitik der USA (x041/178): >>... Rein äußerlich gehörte es seit dem spanisch-amerikanischen Krieg (1898) in den Kreis der Imperialmächte – als Erbe des spanischen Kolonialreiches. ...

Als ehemalige Kolonie traditionell anti-imperialistisch und unter den Kolonialmächten ohne-

hin Nachzügler, strebten die USA kein formelles Kolonialreich an, sondern ein Informal Empire, eine Einflußzone, in der die "Offene Tür", d.h. das Prinzip des Freihandels gelten sollte, wie der Außenminister John Hay, im Interesse des amerikanischen Exports, in mehreren Noten 1899/1900 für China forderte.

Obwohl als Handelsweltmacht somit weltweit engagiert, waren die Vereinigten Staaten eine Weltmacht eigener Art. Sie verfügten schon vor 1900 über die drittstärkste Flotte der Welt und beanspruchten für sich die Rolle einer Ordnungsmacht in Lateinamerika. Doch anders als die übrigen Großmächte gehörten sie keiner Bündniskombination an. ...

Das Gewicht der Vereinigten Staaten als Weltmacht entsprach noch nicht deren schon damals überragendem Wirtschaftspotential; denn die finanziellen Druckmittel, welche die amerikanische "Dollardiplomatie" Lateinamerika gegenüber bereits erfolgreich einsetzte, konnten in Europa noch nicht wirken, weil Amerika nach wie vor als Schuldner bei den traditionellen Kapitalexporthändern - Frankreich, Großbritannien, auch das Deutsche Reich - erschien. ...<<

### **15. Was führte dazu, daß man die Preußen und Deutschen bereits Ende des 19. Jahrhunderts in den französischen und britischen Zeitungen als böse und kriegslüsternd bezeichnete?**

Für die europäischen Großmächte bedeutete die Gründung des Deutschen Reiches eine grundlegende Änderung der bisherigen Machtverhältnisse. Die deutschen Länder, die seit dem Dreißigjährigen Krieg von 1618-1648 von den europäischen Großmächten dominiert wurden, stiegen durch die Reichsgründung zu einer wehrhaften europäischen Macht auf.

Obgleich die Deutschen in jener Epoche zu den friedliebendsten Ländern mit der geringsten Zahl von Angriffskriegen und den längsten Friedensjahren zählten (x063/389), wurden die Deutschen des Deutschen Kaiserreiches pauschal zu gemeingefährlichen Menschen, Barbaren, Hunnen etc. erklärt und das deutsche Volk international stigmatisiert.

Nicht die angeblich angeborene Böseartigkeit und Kriegslüsterndheit wurden dem deutschen Michel schließlich zum Verhängnis, sondern die viel zu spät erfolgte Gründung des Deutschen Reiches und die Wiedergewinnung der nationalen Souveränität im Jahre 1871. Die damaligen Großmächte waren in jener Zeit des Imperialismus nicht bereit, das Deutsche Reich als gleichberechtigten Staat zu akzeptieren.

Die nordamerikanischen Historiker Quincy Wright (1890-1970) und Pitirim A. Sorokin (1889-1968) kamen im Rahmen einer Überprüfung der Kriegsbeteiligung der wichtigsten Großmächte während des 19. Jahrhunderts übereinstimmend zu dem Ergebnis, daß Preußen und das Deutsche Reich in jener Epoche zu den friedliebendsten Ländern mit der geringsten Zahl von Angriffskriegen und den längsten Friedensjahren zählten (x063/389).

Im 19. Jahrhundert ereigneten sich zwar kriegerische Auseinandersetzungen mit preußischer oder deutscher Beteiligung, aber die späteren Alliierten handelten damals wesentlich aggressiver bzw. "kriegerischer" als die vermeintlich "kriegslüsternden" Preußen bzw. Deutschen, wie die nachfolgende Zusammenstellung der kriegerischen Auseinandersetzungen nachweislich bestätigt.

#### **Kriegerische Auseinandersetzungen (Angriffskriege sowie Niederschlagungen von Unabhängigkeitsbewegungen und Volksaufständen) von 1800-1899:**

Frankreich führte von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: England, Rußland, Österreich, Portugal, Neapel und Osmanisches Reich (1799-1802, 2. Koalitionskrieg), Ägypten (1801), England, Rußland, Österreich und Schweden (1805, 3. Koalitionskrieg), Preußen, Sachsen und Rußland (1806-07), 4. Koalitionskrieg), Spanien (1808-13), Österreich (1809, 5. Koalitionskrieg), Preußen, England, Rußland, Österreich und Schweden (1813-15, Befreiungskriege), Spanien (1823), Algerien (1827-30), Osmanisches Reich (1827), Algerien (1830-47), Spanien (1834-49), Marokko (1844), Vietnam (1847), Rußland (1853-

56), China (1857-67), Österreich (1859-61), Vietnam (1859-62, 1867), Libanon (1860-61, Mexiko (1861), Preußen und süddeutsche Staaten (1870-71), Algerien (1871), Vietnam (1873), Tahiti (1880), Indochina (1880/81), China (1884-85), Madagaskar (1885), Timbuktu (1894), Marokko (1894-1908), Djibouti (1895).

England führte von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: Malta (1800), Dänemark und Ägypten (1801), Frankreich (1803-14, Seekrieg), Indien (1803), Kapland (1806), Dänemark (1807), Algerien (1816), Indien (1816-18), Birma (1824-26), Osmanisches Reich (1827), Spanien (1834-49), Irland (1837-89), China (1839-42), Afghanistan (1841), Indien (1845-49), Südafrika (1848), Birma (1852-53), Rußland (1853-56), Indien (1857-58), China (1857-60), Mexiko (1861), Afghanistan (1878-80), Südafrika (1879-81), Ägypten (1882), Sudan (1883), Birma (1885), Südafrika (1895/96, 1899-1902).

Rußland führte von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: Osmanisches Reich (1806-12), Schweden (1809), Nordarmenien und Aserbeidschan (1813-28), Persien (1826-28), Osmanisches Reich (1827, 1829), Polen (1830-31), Walachei (1848), Ungarn (1849), Osmanisches Reich (1853-56), Japan (1858, wegen Sachalin-Inseln), verschiedene Völker im Kaukasus (1859), Amurgebiete und Turkestan (1860-64), Polen (1862-64), Taschkent (1865), Buchara (1866), Samarkand (1868), Chiwa (1873), Kokand (1876), Osmanisches Reich (1877) und Merw/Turkestan (1884).

Die Vereinigten Staaten von Amerika führten von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: England (1812-14, wegen Kanada), Kriege gegen verschiedene nordamerikanische Stämme in Ohio, Georgia, Oklahoma, Colorado, Minnesota, Carolina, Florida, Oregon, New Mexiko, Arizona, Dakota (1812-1890), Mexiko (1845-48), US-Bürgerkrieg (1861-65), Spanien (1898), Hawaii (1898), Philippinen (1898-1902).

Spanien führte von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: Paraguay, Argentinien, Chile, Uruguay, Peru, Panama, Kolumbien, Ecuador, Venezuela, Mexiko (1810-22, Unabhängigkeitskriege), Karlisten-Bürgerkrieg (1834-40, 1847-49, 1872-76), Marokko (1859-60), Mexiko (1861), Peru, Ecuador, Chile (1866-71), Kuba (1868-78), Kuba (1895-98), Philippinen (1898).

Das Osmanische Reich führte von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: Ägypten (1801), Serbien (1804), Griechenland (1821-29), Ägypten (1832-40), Jemen (1849), Serbien, Montenegro, Bulgarien (1875-76), Armenien und Syrien (1890-97), Griechenland (1897).

Österreich führte von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: Neapel (1820-21), Polen (1846), Böhmen, Ungarn und italienische Staaten (1848-49), Rußland (1853-56), Sardinien-Piemont (1859-61), Dänemark (1864).

Italien führte von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: Eritrea und Somaliland (1881), Eritrea (1885), Äthiopien (1894-96), Abessinien (1896).

Das Deutsche Reich führte von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: Deutsch-Ostafrika (Araberaufstand im Jahre 1888), Südwest-Afrika (Hottentottenaufstand im Jahre 1897), China (Besetzung von Kiautschou 1897).

Preußen führte von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: Dänemark (1864), Bürgerkrieg gegen Österreich und andere deutsche Staaten (1866).

Die Niederlande führte von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: Belgien (1830), Sumatra (1873).

Dänemark führte von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: Schleswig, Holstein und Preußen (1848-50).

Serbien führte von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: Bulgarien (1885-86).

Japan führte von 1800-1899 u.a. folgende kriegerische Auseinandersetzungen: China (1894-

95).

### **16. Wieso förderte die deutsche Bündnispolitik schließlich den Ausbruch des Ersten Weltkrieges?**

Bismarcks Verteidigungsbündnisse und Verträge sicherten damals zunächst den Frieden in Europa, denn sie verhinderten in erster Linie einen Zusammenschluß der Franzosen und Russen.

Als die Donaumonarchie immer stärker durch den radikalen Pan- und Jugoslawismus bedroht wurde, schlossen Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich am 7. Oktober 1879 den sog. "Zweibund" gegen Rußland, der bis 1918 in Kraft blieb und gegenseitige Hilfsleistungen bei einem russischen Angriff garantierte (x090/228).

Nach dem Abschluß des verhängnisvollen Bündnisses von 1879 fühlten sich die bedrängten Österreicher wieder sicher und setzten schon bald ihre arrogante, unheilvolle Balkan-Politik fort. Infolge dieser planlosen und hochmütigen Balkan-Politik geriet die österreichisch-ungarische Donaumonarchie ab 1888 fast ständig in gefährliche Krisen, die das österreichisch-russische Verhältnis bedrohlich belasteten (x054/161).

Nach Bismarcks Rücktritt vernachlässigte der junge deutsche Kaiser die ungemein wichtige deutsch-russische Bündnispolitik, so daß Frankreich und Rußland schon 1893 ein Militärbündnis gegen das Deutsche Reich abschlossen.

### **17. Weshalb wurde Kaiser Wilhelm II. als Kriegtreiber diffamiert?**

Nach Bismarcks Rücktritt begann der deutsche Kaiser Wilhelm II schon bald einen politischen "Zick-Zack-Kurs", der in Frankreich, Rußland und England mißtrauisch beobachtet wurde. Der Diplomat Friedrich von Holstein, von 1878-1906 Vortragender Rat im Auswärtigen Amt und sogenannte "graue Eminenz", wurde nach Bismarcks Rücktritt persönlicher Berater des Kaisers. Holstein übernahm außerdem die inoffizielle Leitung der deutschen Außenpolitik, die er von 1890 bis 1906 wiederholt unheilvoll beeinflusste (x069/89).

Der deutsche Kaiser lehnte es grundsätzlich ab, Bismarcks undankbare Vermittlerrolle zu übernehmen. Kaiser Wilhelm II. wollte die bisherige europäische Machtposition nicht nur erhalten, sondern das Deutsche Reich - die sog. "verspätete Nation" - sollte endlich eine angemessene europäische Vormachtstellung erlangen.

Kaiser Wilhelm II., der sich besonders gern mit herrischer Miene, prächtiger Uniform mit Adlerhelm und Säbel präsentierte, war ein großer Bewunderer des britischen Weltreiches. Die Briten waren damals die Beherrscher der Weltmeere und besaßen ein riesiges Weltreich "in dem die Sonne nicht unterging".

Der deutsche Hochseeflottenbau, die starke Industrie- und Handelskonkurrenz, die deutsche Kolonialpolitik und die zunehmenden deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen, wie z.B. die erste Eisenbahnkonzession in Kleinasien von 1888 sowie die Konzession für die Errichtung der Bagdadbahn im Osmanischen Reich von 1899, verschärften zusätzlich die britisch-deutschen Spannungen.

Justus Burgdorf, Wolfgang Müller und Roland Siegert berichteten später über die Aufrüstung der Flotte des Deutschen Reiches (x1.035/...): >>>Die Aufrüstung der deutschen Flotte (1898-1912)

#### **Die historischen Hintergründe**

Nachdem die Supermächte Großbritannien, Rußland, USA und Japan ihre Flotten teilweise bereits Jahrzehnte zuvor hochgerüstet hatten, begann auch das Deutsche Reich 1898 mit der Aufrüstung seiner Flotte. Das wirtschaftlich enorm erfolgreich gewordene, noch junge Deutsche Reich fühlte sich berechtigt, in gleicher Weise am weltweiten Handel teilzuhaben und "Weltpolitik" zu betreiben.

In der deutschen öffentlichen Meinung war der Flottenbau ungemein populär, auch Intellektuelle wie der Soziologe Max Weber ("bitter not ist uns eine starke deutsche Flotte") begeisterten sich. Der 1898 gegründete Deutsche Flottenverein gewann über eine Million Mitglieder. Die Leidenschaft für die Marine stellte ein nationaldeutsches Phänomen dar, das der Kaiser mit seiner Losung "Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser" auf den Punkt brachte.

Der Liberale Friedrich Naumann schrieb 1900: "Die Flotte ist eine alte liberale Forderung. Wer das neue industrielle Deutschland will, der muß die Flotte wollen. In diesem Punkt ist unser Kaiser ganz modern."

Die Idee einer deutschen Flotte war in der Tat nicht neu: Schon die provisorische "Reichsregierung" von 1848 hatte mit dem Bau einer Nationalflotte begonnen (die nach dem Sieg der Reaktion meistbietend verkauft wurde, weil niemand unter den deutschen Fürsten sie haben wollte).

### **Die Kritik am Kaiser**

Der deutsche Flottenbau wurde seinerzeit in Englands öffentlicher Meinung zu einer konkreten militärischen Bedrohung und einem Kriegsgrund stilisiert, wobei Deutschland unterstellt wurde, nach Weltherrschaft zu streben.

Ein großer Teil der heutigen Geschichtsschreibung, insbesondere auch der deutschen, sieht im vom Kaiser geförderten deutschen Flottenbau einen bedeutenden Teil der Schuld des Kaisers am Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Hierbei folgen die Autoren den Argumenten der Sieger von 1918. Es wird die These vertreten, Deutschland habe Großbritannien mit dem Flottenbau jahrelang unnötigerweise provoziert, eine fatale Ausgangslage geschaffen und England faktisch zum Kriege herausgefordert.

### **Die Tatsachen**

Der enorme gestiegene deutsche Welthandel schien eine größere deutsche Flotte zu erfordern. Eine starke Flotte versprach die ohnehin schon gewaltige Wirtschaftskraft Deutschlands noch weiter zu steigern. Dies war wohl der eigentliche Grund, weshalb England die deutsche Flottenrüstung kritisierte.

Die Herausforderungen Deutschlands bestanden Ende des 19. Jahrhunderts in Wissenschaft und Technologie, Wirtschaftswachstum und Konkurrenz im Welthandel, speziell mit Großbritannien. In den meisten wirtschaftlichen Bereichen hatte Deutschland das industrielle Mutterland England inzwischen überholt. 1907 produzierte Deutschland die doppelte Menge an Stahl wie Großbritannien. Während der britische Welthandel zwischen 1887 und 1907 lediglich um 80 Prozent zunahm, konnte der deutsche ein Plus von 250 Prozent verzeichnen.

Im berühmten Daily-Telegraph-Interview 1908 betonte Wilhelm II., daß es eben dieser gestiegene Welthandel sei, der eine starke Flotte erfordere: "Deutschland ist ein junges und wachsendes Reich. Es hat einen weltweiten, sich rasch ausbreitenden Welthandel. ... Deutschland muß eine machtvolle Flotte haben, um seinen Handel und seine mannigfachen Interessen auch in den fernsten Meeren zu beschützen."

In England wurde die deutsche Flotte indes als konkrete militärische Bedrohung stilisiert, obwohl sie dies de facto nicht war.

Nimmt man den wirtschaftlichen Wettstreit beider Länder in Blick und das Potential, das eine starke deutsche Flotte dabei versprach, so fühlte man sich in England durch die Flotte in Wirklichkeit wohl wirtschaftlich bedroht. Dies freilich kann man Deutschland nicht anlasten.

Der Bau der deutschen Flotte folgte vor allem vier Motiven, die wohlbegründeten Notwendigkeiten entsprachen und zudem defensiven Charakter hatten:

1. Schutz der deutschen Fischerei

Deutschlands Fischer wurden regelmäßig - sogar in deutschen Hoheitsgewässern - von englischen Fischern in piratenhafter Manier auf offener See bedrängt und am Fischfang gehindert.

2. Schutz des deutschen Welthandels

England war durch seine Seemacht generell in der Lage, weltweit Handel zu dulden, zu behindern oder zu unterbinden.

### 3. Brechen möglicher Seeblockaden

Dieses Motiv fand seine Ursache in der britischen Tradition der Seeblockaden, mit denen schon häufig sowohl gegnerische als auch neutrale Länder von ihren Rohstoff- und Nahrungsmittelimporten abgeschnitten wurden. Die deutsche Flotte sollte daher so stark werden, daß sie eine sogenannte "enge Blockade" der deutschen Nordseehäfen sprengen konnte.

### 4. Erreichung einer Bündnisfähigkeit mit Großbritannien

Dieses letzte, heute wohl überraschende Motiv, hatte politische Gründe: Für den Fall eines Konfliktes zwischen Großbritannien und anderen Seemächten erhoffte man sich, mit einer respektablen Flotte als Verbündeter attraktiv zu sein und zu einer Partnerschaft auf gleicher Augenhöhe kommen zu können. Der Kaiser selbst sagte im Daily-Telegraph-Interview: "Es mag sogar sein, daß selbst England einmal froh sein wird, daß Deutschland eine Flotte hat, wenn sie beide zusammen gemeinsam auf derselben Seite in den großen Debatten der Zukunft ihre Stimmen erheben werden."

Zudem gab es eine defensive Intention gegenüber Großbritannien, insofern man damit rechnete, daß England im Konfliktfall gegenüber einer ausreichend starken Seemacht Deutschland lieber Frieden halten oder verhandeln würde.

Die Größe der deutschen Flotte sollte nur 60 Prozent der Größe der englischen Flotte erreichen. Für einen Krieg gegen England war die Flotte weder gedacht, noch geeignet.

"Das Prinzip Tirpitz war die Abschreckung durch Risiko. Nach seinem Plan sollte die deutsche Flotte in den folgenden zwei Jahrzehnten so stark wachsen, daß Großbritannien in seiner wirtschaftlichen und militärischen Konkurrenz zu Deutschland es immer weniger wagen würde, Deutschland anzugreifen. Eine als Abschreckungsmacht - in der Grundidee also defensiv - ausgerichtete deutsche Schlachtflotte"

- Leserbrief von Dirk Wolff-Simon, Hannover, in der FAZ vom 03.07.2008

Das Konzept von Admiral von Tirpitz, Chef der deutschen Flottenrüstung, sah zur Erreichung der vier oben genannten Ziele die Endgröße einer deutschen Flotte bei lediglich 60 Prozent der britischen ("Tirpitzscher Risikogedanke" und "Risikoflotte").

Im Gegensatz dazu lag Großbritanniens Flottenpolitik eine andere Philosophie zugrunde: Die eigene Marine müsse die Summe der beiden nächstgroßen Flotten um 10 Prozent übertreffen, damit man notfalls gegenüber zwei verbündeten Seemächten bestehen könne (was sich in dem im Jahre 1899 erlassenen "Naval Defence Act" über den "Two Power Standard" manifestierte).

Wollte Deutschland Großbritannien als Seemacht tatsächlich gefährlich werden, hätte es eine Flotte der Größe der britischen bauen und Stützpunkte im Atlantik haben müssen. Dies hatten der Deutsche Kaiser und die Marineleitung jedoch nie angestrebt.

Der Flottenbau Deutschlands hatte für die Eliten Großbritanniens Symbolkraft. Er war aber keine wirkliche, ernsthafte Konkurrenz für England.

Dies hatte nicht zuletzt geographische Gründe: Im Gegensatz zu Großbritannien hatte Deutschland weltweit kaum Auslandsstützpunkte; es saß strategisch in der Nordsee fest. Dieser Aus- und Zugang konnte jederzeit von England durch eine Blockade abgeschnitten werden. Zudem war die "Risikoflotte" für einen Krieg um Englands Kolonialreich nicht konzipiert und dafür gänzlich ungeeignet.

All dies wußten auch Englands Marinestrategen; gleichwohl beharrten sie darauf, daß Deutschland mit seiner Flotte England unmittelbar bedrohe.

Auch alle anderen Großmächte betrieben Flottenrüstung - lange vor Deutschland, das erst als letzte Großmacht mit der Aufrüstung seiner Flotte begann.

Großbritannien hatte bereits 1889 und 1894 neue Flottenbauprogramme eingeleitet, Rußland

1890 und 1895, Japan 1896 und die USA 1897. Mit dem Baubeginn 1898 unternimmt Deutschland also beileibe nichts, was man zwangsläufig kriegstreibend nennen könnte.

Auch kann man schwerlich von einem deutsch-britischen Wettüben, sondern vielmehr von einem internationalen Wettüben sprechen, bei dem Deutschlands Rüstung stets im Kontext mit den Flotten zu betrachten ist, die sich vertraglich gegen das Deutsche Reich verbündet haben.

So verfügt zu Kriegsbeginn 1914 Deutschland über lediglich 45 Schlachtschiffe - gegenüber den 150 Schiffen der Flotten Englands, Frankreichs und Rußlands.

Im Ersten Weltkrieg selbst spielte die deutsche Flotte nur eine sehr untergeordnete Rolle. Es liegt folglich nahe, daß sie vorher von englischer Seite bewußt überbewertet wurde.

Die einzige Anwendung, die die deutsche Flotte im Ersten Weltkrieg fand, war die Skagerrak-Schlacht 1916, die ohne Einfluß auf den Verlauf des Krieges blieb; insbesondere änderte sie auch nichts an der britischen Seeblockade.

Auch in der unmittelbaren Vorgeschichte des Krieges ("Julikrise") spielte die Flotte selbst keine Rolle - es waren letztlich allein die Machtbündnisse selbst, die den Balkankrieg zum Weltkrieg eskalieren ließen:

"Das Risiko einer Beherrschung Westeuropas durch Deutschland mit allen möglichen, vor allem wirtschaftlichen Konsequenzen hätte Großbritannien niemals eingehen mögen, allerdings hat keiner der wirtschaftlichen oder kolonialpolitischen Interessensgegensätze trotz der scharfen beiderseitigen Propaganda in der Vorkriegszeit einen Krieg verursacht, sondern er wurde am Ende wesentlich durch die beiderseitigen Bündnisverpflichtungen ausgelöst."

(Andreas Krause: Scapa Flow. Die Selbstversenkung der wilhelminischen Flotte. Berlin 1999, S. 40)

"Nicht die deutsche Weltpolitik stand am Anfang der in den Krieg mündenden diplomatischen Verwicklungen, sondern weltpolitische Verschiebungen außerhalb des Reiches, auf die Berlin reagieren mußte und immer weniger konnte." (Dominik Geppert, FAZ vom 13.02.2012, S. 6)

Auch Wilhelm II. Biograph Prof. Clark bestätigte diese Einschätzung, wenn er schrieb: "Weder der ziellose Imperialismus deutscher 'Weltpolitik', noch der Bau von Schiffen waren schuld am Ausbruch des Krieges im Jahr 1914." (Christopher Clark: Wilhelm II. München 2008, S. 337)

"Nicht die Entscheidung Berlins, die deutsche Kriegsflotte auszubauen, habe die Entente-Mächte Rußland, Frankreich und Großbritannien gegen Deutschland und Österreich-Ungarn zusammengeschweißt. Sorgen habe vor allem die schnelle Industrialisierung Deutschlands und die Eroberung neuer Märkte bereitet."

- Aus der Besprechung des Buches "Die Schlafwandler" von Prof. Christopher Clark bei focus online, Oktober 2013<<

## **18. Warum war der aggressive Panlawismus eine entscheidende Ursache für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges?**

Ab 1875 lehnten sich die Slawen und andere türkische Vasallen - mit russischer Unterstützung - in der Herzegowina gegen die türkische Besatzungsmacht auf.

Der russische General Tschernajew forderte im Jahre 1876 die Völker des Balkans auf, sich für die Vereinigung aller Slawen einzusetzen (x233/124): >>... Wir kämpfen für die heilige Idee des Slawentums, die nicht Herrschsucht, sondern die Idee der Gleichberechtigung des Menschengeschlechts in sich schließt.<<

Als die Donaumonarchie immer stärker durch den radikalen Pan- und Jugoslawismus bedroht wurde, schlossen Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich am 7. Oktober 1879 den sog. "Zweibund" gegen Rußland, der bis 1918 in Kraft blieb und gegenseitige Hilfsleistungen bei einem russischen Angriff garantierte (x090/228).

Serbien - seit mehreren Jahrhunderten bis 1877 ein Vasallenstaat des Osmanischen Reiches - proklamierte im Jahre 1882 ein Königreich. Nach dem Rückzug des Osmanischen Reiches übernahm der Balkanstaat Serbien allmählich eine führende Rolle. Die radikalen serbischen Nationalisten - unter Führung des groß-serbischen Geheimbundes der Omladina-Bewegung, die 1848 von serbischen Studenten in Preßburg als Verein "Serbische Jugend" gegründet wurde - stellten schnell die erforderlichen Kontakte mit den slawischen Kroaten und den Bosniern in Österreich-Ungarn her. Der serbische Geheimbund Omladina plante mittel- bzw. langfristig die gewaltsame Befreiung aller Südslawen und die Errichtung eines großen Slawenreiches unter serbischer Führung.

Infolge der ungarischen Unterdrückungspolitik rückten die seit uralten Zeiten verfeindeten Serben und Kroaten näher zusammen und verbündeten sich nach 1900 gegen die Deutschen.

Der deutsche Redakteur und Historiker Ekkehard Kuhn schrieb später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über den slawischen Nationalismus (x024/42): >>Der Panslawismus, die Idee von der Einheit aller slawischen Völker, hat nicht nur den Zusammenhalt des Habsburger Reiches untergraben, er diente auch als Richtlinie der russischen Außenpolitik und erlaubte es dem Zaren, als Repräsentant der slawischen Vormacht, als Sprecher und Beschützer aller Slawen aufzutreten - eine entscheidende Ursache für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges.

Schon vor dem Ersten Weltkrieg erschienen obskure Landkarten, in denen slawischen Staaten das ganze im frühen Mittelalter einmal slawisch besiedelte Gebiet Mitteleuropas einnahmen. Die Deutschen sollten auf ein Reservat im Westen zurückgedrängt werden. Das waren gewaltige Übersteigerungen, die natürlich nicht von allen geteilt wurden, auch nicht als Wunschtraum. Aber sie kennzeichnen doch den slawischen Nationalismus und dessen Expansionsgelüste ...<<

Nach Österreichs Annexion der strategisch wichtigen Provinzen Bosnien und Herzegowina begannen ab 1908/09 die Kriegsrüstungen der russischen Kriegspartei gegen Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich (x142/364).

Nach der "Bosnien-Krise" 1908/09 vereinbarten der russische Zar und der serbische König Peter I. im Jahre 1909 in Sankt Petersburg den Zusammenschluß der Südslawen (x061/361).

Im Jahre 1911 gründeten fanatische, radikale serbische Nationalisten in Serbien die Geheimorganisation "Schwarze Hand" mit dem Ziel: "Slawische Vereinigung oder Tod".

Der russische Außenminister Sergei Sazonow informierte im Mai 1913 den russischen Botschafter in Serbien über die zukünftige politische Entwicklung Serbiens (x307/453): >>Um sein Bestimmungsziel zu erreichen, muß es noch einen schrecklichen Kampf durchstehen, in dessen Verlauf seine ganze Existenz auf dem Spiel steht. ...

Unter diesen Bedingungen liegt es im vitalen Interesse Serbiens, ... sich durch zielstrebige und geduldige Arbeit in einen Zustand der Bereitschaft für den unausweichlichen künftigen Kampf zu versetzen. Die Zeit arbeitet für Serbien und für den Sturz seiner Feinde, die bereits eindeutige Anzeichen des Verfalls aufweisen. ...<<

In Rußland bereitete man sich danach auf einen Krieg gegen Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich vor. Der russische Kronrat stellte am 21. Februar 1914 fest, daß die Herrschaft über die slawische Welt zwangsläufig über einen europäischen Krieg führen würde (x063/478).

### **19. Wer verbündete sich bereits frühzeitig gegen das Deutsche Reich?**

Ab 1889 finanzierte Frankreich mit sog. "Revancheanleihen" die westrussischen Aufmarschbahnen gegen das Deutsche Reich (x142/346).

Der junge deutsche Kaiser vernachlässigte Bismarcks deutsch-russische Bündnispolitik, so daß Frankreich und Rußland schon 1893 ein Militärbündnis gegen das Deutsche Reich ab-

schlossen. Dieses Militärbündnis sollte in erster Linie ein Gegengewicht zum Dreibund - Deutschland, Österreich und Italien - bilden.

Infolge der deutschen Aktivitäten im Osmanischen Reich - Bau der "Bagdad-Bahn" von 1903-1913 usw. - verschlechterten sich vor allem die Beziehungen zu den Briten, Franzosen und Russen. Die Briten reagierten entrüstet, denn angeblich wurde ihre eigene Vormachtstellung in Asien, besonders die Ausbeutung der Erdölquellen in Persien und die Stabilität des indischen Kolonialreiches gefährdet, während die Russen jegliche Stärkung des Osmanischen Reiches generell ablehnten.

Da Österreich eine türkische Besetzung Bosniens und der Herzegowina befürchtete bzw. einen serbischen Einmarsch verhindern und den südslawischen Nationalismus eingrenzen wollte, annektierte Österreich im Jahre 1908 die seit 1878 verwalteten Provinzen Bosnien und Herzegowina. Die Annexion erfolgte ohne die Zustimmung der "Berliner Kongreßmächte". Nach Österreichs Annexion der strategisch wichtigen Provinzen Bosnien und Herzegowina begannen ab 1908/09 die Kriegsrüstungen der russischen Kriegspartei gegen Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich (x142/364).

Im Februar 1912 wurden die deutsch-britischen Verhandlungen über den eingeschränkten Ausbau der deutschen Kriegsflotte erfolglos beendet, obwohl das Deutsche Reich erhebliche Zugeständnisse machte. England lehnte es weiterhin ab, verbindliche Neutralitätserklärungen zu vereinbaren, falls Deutschland in einen Festlandkrieg verwickelt würde (x059/19).

Großbritannien schloß danach am 23. November 1912 eine Vereinbarung mit Frankreich gegen das Deutsche Reich und verpflichtete sich im Fall eines Krieges zur Unterstützung des französischen Bündnispartners (x041/57).

Im Jahre 1912 baute Rußland mit französischer Unterstützung das Eisenbahnnetz im ehemaligen Polen aus und verstärkte das russische Heer auf 2.250.000 Soldaten (x057/192).

Das Deutsche Reich fühlte sich damals zusehends durch die englisch-französisch-russischen Bündnisse bedroht und verlängerte am 5. Dezember 1912 den unglückseligen Dreibund (von 1882) zwischen dem Deutschen Reich, Österreich-Ungarn und Italien um 6 Jahre. Damals ahnte noch niemand, daß dieses verhängnisvolle Bündnis (unverständliche Nibelungentreue) schon bald den Untergang des Deutschen Reiches besiegeln würde.

Nach den verlustreichen Balkankriegen behielt das Osmanische Reich nur noch geringe europäische Gebiete. Das Osmanische Reich und das Deutsche Reich mußten sich am 28. Juli 1913 gegenüber Großbritannien verpflichten, die Bagdadbahn nur bis zur irakischen Hafenstadt Basra zu bauen (x092/729).

Die russische Tageszeitung "Birschewija" ("Börsennachrichten") berichtete am 13. Juni 1914 (x307/539): >>Rußland ist bereit. Frankreich muß es auch sein ...<<

Der australische Historiker Christopher Clark schrieb später über diesen Presseartikel (x307/539): >>Er wurde in der französischen und deutschen Presse mehrfach nachgedruckt. Insbesondere alarmierte die Politiker in Berlin die zutreffende Vermutung des Botschafters Graf Friedrich Pourtalès in St. Petersburg, daß der Beitrag von keinem Geringeren als Kriegsminister Wladimir Suchomlinow persönlich lanciert worden sei.

Der Artikel skizzierte eindrucksvoll die gewaltige Militärmaschine, die im Fall eines Krieges Deutschland überrollen würde. Die russische Armee, prahlte der Schreiber, werde in Kürze eine Stärke von 2,32 Millionen Mann erreichen - Deutschland und Österreich-Ungarn hätten hingegen zusammen nur 1,8 Millionen Mann -. Dank eines rasch sich ausdehnenden strategischen Schienennetzes werde überdies die Mobilmachungszeit erheblich verkürzt. ...<<

Ehrhardt Bödecker berichtete später über das Deutsche Reich und den Ersten Weltkrieg (x1.035/...): >>Die Ur-Katastrophe des 20. Jahrhunderts

... nannte George F. Kennan, USA-Diplomat und Sicherheitsberater, den Ersten Weltkrieg **Vorgeschichte**

Frankreich, Rußland und England hatten sich in den Jahren 1879-1904 zu einem aggressiven Militärbündnis gegen Deutschland zusammengeschlossen. Durch zusätzliche Rüstungen, Eisenbahnbauten und Heeresvermehrungen in Rußland sollten die Rüstungsvorbereitungen gegen Deutschland bis 1916 beendet sein. Mit diesem Militärbündnis zerstörten diese drei Staaten die bisherige Mächtebalance in Europa. ...

David Lloyd George wurde nach verschiedenen Ministerämtern 1916 Leiter des englischen Kriegskabinetts. In seinen Kriegserinnerungen schrieb er 1935: An dem Tage im Jahre 1904, an dem der englisch-französische Bündnisvertrag bekanntgemacht wurde, kam ich zu einem kurzen Besuch zu Lord Rosebery nach Dalmeny.

Seine erste Begrüßung war: "Sie sind wohl mit diesem französischen Vertrag ebenso zufrieden wie die anderen auch?" Ich versicherte ihm, es erfülle mich mit großer Befriedigung, daß unsere knurrigen und bissigen Beziehungen zu Frankreich endlich ein Ende gefunden hätten. Er erwiderte: "Sie irren sich sehr. Dieser Vertrag bedeutet den Krieg mit Deutschland!"

### **Frankreich**

Seit Jahrhunderten richtete sich die Politik Frankreichs auf die Schwächung Deutschlands durch Fortdauer seiner Teilung in souveräne Einzelstaaten.

Als Preis für seine Neutralität im Krieg Preußens gegen Österreich 1866 forderte die französische Regierung vom preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck die Unterstützung für die Abtretung des Saarlands, der Rheinpfalz, der linksrheinischen Gebiete von Rheinhessen, von Mainz, Köln, Trier, Worms, Speyer und Aachen sowie von Luxemburg, Kleve, Geldern, Jülich, Zweibrücken, Sponheim und Saarbrücken.

Im Vergleich zu diesen französischen Forderungen war die Erregung Frankreichs vier Jahre später über die Abtretung Elsaß-Lothringens an Deutschland nach dem verlorenen Krieg 1870/71 nichts weiter als Scheinheiligkeit. Die Einheit Deutschlands wurde in Frankreich als Niederlage empfunden, gegen die mit den Propagandasprüchen "Rache für Sadowa (Königgrätz)" und "Nicht darüber reden, immer daran denken" in der Bevölkerung angekämpft wurde.

### **Rußland**

Die staatliche Einheit wurde den Deutschen auch von Rußland nicht gegönnt. Schon im Juli 1866, alsbald nach der von Preußen gegen Österreich gewonnenen Schlacht von Königgrätz, forderte Rußland das englische und französische Außenministerium unter Berufung auf den Wiener Kongreß 1815 zu einer Intervention in Preußen auf. In den Verhandlungen des Wiener Kongresses wurden Deutschland weder eine zentrale Regierung noch einheitliche Maße oder eine einheitliche Währung erlaubt. Als Mitunterzeichner der Wiener-Kongreß-Akte glaubte Rußland zu einer Intervention in Deutschland berechtigt zu sein.

Bismarck drängte daher seinen König zum schnellen Friedensschluß mit Österreich in Nikolsburg 1866, um unveränderliche Tatsachen zu schaffen. Das war eine herbe Enttäuschung für die Russen. Weitere kamen hinzu: ihre Niederlagen im Krimkrieg (1856) gegen Frankreich, England und die Türkei - Preußen blieb neutral -, das als unbefriedigend empfundene Ergebnis des Berliner Kongresses (1878) sowie die Niederlage gegen Japan (1905).

Bei der russischen Führungsschicht entstand dadurch ein bis 1914 andauerndes Gefühl der Demütigung und des Hasses gegen Deutschland (George F. Kennan). Dieser Haß gefährdete die europäische Sicherheit und Stabilität, weil er von revolutionären inneren Unruhen in Rußland begleitet wurde.

### **Großbritannien**

Die wirtschaftlichen Erfolge Deutschlands und seine zunehmende Stärke beunruhigten die politische Klasse in England. Ihr Interesse richtete sich auf die Bewahrung ihres kolonialen Imperiums, insbesondere Indiens. Denn von der Arbeit der 320 Millionen Menschen in den Kolonien hing der Lebensstandard der 43 Millionen Briten ab. England suchte daher ebenso

wie Frankreich den Anschluß an Rußland "fast um jeden Preis" (Arthur Nicolson am 27.4.1914), weil Indien im Norden nicht durch die englische Flotte verteidigt werden konnte und daher Rußland "bei guter Laune" gehalten werden mußte.

Ohne Anlaß und ohne den geringsten Beweis wurde Deutschland im englischen Außenministerium verdächtigt, England als Weltmacht militärisch verdrängen zu wollen (Eyre Crowe, 1907). Gegen diese unbewiesene These wettete der ebenfalls im englischen Außenministerium tätige Unterstaatssekretär Sanderson.

Er rügte die hysterische Furcht vor der kaufmännischen Tüchtigkeit der Deutschen und ihre Behinderung durch die britische Regierung im Ausland. Von dieser Kritik am eigenen Haus nahm der englische Außenminister Edward Grey keine Notiz, obwohl er wußte, daß die Bedrohungsängste der deutschen Regierung den Frieden in Europa gefährden konnten (Prof. Dr. Niall Ferguson, 1999, Schottland).

### **Zitat**

"Denn nicht nur das Wettrüsten weckte die britischen Ängste und Befürchtungen, sondern die gigantische industrielle und kommerzielle Expansion Deutschlands als Ganzes. Der Stabschef der Marine Albrecht von Stosch hatte mit seiner Beobachtung aus dem Februar 1896 ganz recht, daß die wahre Erklärung für den Groll der Engländer gegen Deutschland in der deutschen Konkurrenz auf dem Weltmarkt liege."

Wegen seiner gefährdeten Mittellage und seines Bevölkerungswachstums war Deutschland von der Stabilität und Prosperität in Europa abhängig, außerdem von dem ungehinderten Warenaustausch mit allen Ländern der Erde. "Entweder wir exportieren Maschinen oder wir exportieren Menschen" (Reichskanzler von Caprivi, 1891). Die im Vergleich zu England und Frankreich wenigen deutschen Kolonien in Afrika und Fernost spielten nur eine untergeordnete Rolle.

England und Frankreich waren bestrebt, Deutschland militärisch und wirtschaftlich einzuschnüren. Hiervor fürchtete sich die deutsche Regierung. Andererseits war den anderen Ländern die Dynamik der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Entwicklung in Deutschland unheimlich. Daher die Angst auf beiden Seiten. Angst ist schon bei einem Individuum keine gute Grundlage für ein ausgewogenes Verhalten, viel weniger bei einer Regierung.

Die gelegentlichen "lauten" Töne aus Deutschland, auch der Bau einer Flotte, waren trotzdem kein Zeichen von Kriegswillen! Darüber bestand bei den französischen, vor allem aber bei den englischen Diplomaten kein Zweifel. Das beweisen die im Auftrag des Britischen Auswärtigen Amtes herausgegebenen Amtlichen Dokumente über den Ursprung des Weltkrieges 1898-1914 (autorisierte deutsche Ausgabe 1926-1933). ...

*Ehrhardt Bödecker Ehrhardt Bödecker gilt als einer der profiliertesten Kenner der preußisch-deutschen Geschichte. ...<<*

## **20. Wie verabschiedete Kaiser Wilhelm II. am 27. Juli 1900 in Bremerhaven die zur Bekämpfung des Boxeraufstandes nach China abreisenden deutschen Truppen?**

Kaiser Wilhelm II. verabschiedete am 27. Juli 1900 in Bremerhaven mit einer Abschiedsrede die zur Bekämpfung des Boxeraufstandes nach China abreisenden Truppen.

Der deutsche Philosoph Erik Lehnert berichtete später über die "Hunnenrede" vom 27. Juli 1900 (x1.035/...): >>Die sogenannte Hunnenrede (1900)

Da es schon immer schwerfiel, Wilhelm II. eine konkrete Schuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges nachzuweisen, war man bereits früh auf den Trick verfallen, so etwas wie eine strukturelle bzw. charakterliche oder auch mentale Disposition zu konstruieren, die für den Kriegsausbruch verantwortlich sein sollte. Das konnte der gelähmte Arm des Kaisers sein, den er durch Großmannssucht kompensieren mußte oder auch seine Vorliebe für Uniformen, die Flottenpolitik oder Bismarcks Entlassung.

Zu den in diesem Zusammenhang immer wieder auftauchenden Vorwürfen an Wilhelm II. gehört die sogenannte Hunnenrede. Wie bei einigen anderen Ansprachen des Kaisers versucht man aus ihr bis heute so etwas wie einen Zivilisationsbruch abzuleiten. Der Grundgedanke lautet: Während alle Welt sich diplomatisch gibt, fällt der Kaiser ins tiefste Mittelalter zurück und rasselt mit dem Säbel, ruft zum Völkermord auf.

### **Die historischen Hintergründe**

Die Publikations- und Wirkungsgeschichte der Hunnenrede ist allerdings einigermaßen verzwickelt. Sicher ist nur, daß Wilhelm II. am 27. Juli 1900 kurz nach 13 Uhr in Bremerhaven die zur Bekämpfung des Boxeraufstandes nach China abreisenden Truppen mit einer Ansprache verabschiedete. Es lagen die Truppentransporter "Batavia", "Dresden" und "Halle" bereit, um die Freiwilligen zu verschiffen. Neben den angetretenen Soldaten hatte sich eine Vielzahl Schaulustiger eingefunden. Darüber, was Wilhelm dort gesagt hat, gibt es verschiedene Auffassungen. Die offizielle Version, die sich auch in den offiziellen Redensammlungen des Kaisers (u.a. die von Johannes Penzler, Stuttgart 1904) findet, lautet folgendermaßen:

### **Die offizielle Version der "Hunnenrede" im Wortlaut**

"Große überseeische Aufgaben sind es, die dem neu entstandenen Deutschen Reiche zugefallen sind, Aufgaben weit größer, als viele Meiner Landsleute es erwartet haben. Das Deutsche Reich hat seinem Charakter nach die Verpflichtung, seinen Bürgern, wofern diese im Ausland bedrängt werden, beizustehen. Die Aufgaben, welche das alte Römische Reich deutscher Nation nicht hat lösen können, ist das neue Deutsche Reich in der Lage zu lösen. Das Mittel, das ihm dies ermöglicht, ist unser Heer.

In dreißigjähriger treuer Friedensarbeit ist es herangebildet worden nach den Grundsätzen Meines verewigten Großvaters. Auch ihr habt eure Ausbildung nach diesen Grundsätzen erhalten und sollt nun vor dem Feinde die Probe ablegen, ob sie sich bei euch bewährt haben. Eure Kameraden von der Marine haben diese Probe bereits bestanden, sie haben euch gezeigt, daß die Grundsätze unserer Ausbildung gute sind, und Ich bin stolz auf das Lob auch aus Munde auswärtiger Führer, das eure Kameraden draußen sich erworben haben. An euch ist es, es ihnen gleich zu tun.

Eine große Aufgabe harret eurer: Ihr sollt das schwere Unrecht, das geschehen ist, sühnen. Die Chinesen haben das Völkerrecht umgeworfen, sie haben in einer in der Weltgeschichte nicht erhörten Weise der Heiligkeit des Gesandten, den Pflichten des Gastrechts Hohn gesprochen. Es ist das um so empörender, als dies Verbrechen begangen worden ist von einer Nation, die auf ihre uralte Kultur stolz ist. Bewährt die alte preußische Tüchtigkeit, zeigt euch als Christen im freundlichen Ertragen von Leiden, möge Ehre und Ruhm euren Fahnen und Waffen folgen, gebt an Manneszucht und Disziplin aller Welt ein Beispiel.

Ihr wißt es wohl, ihr sollt fechten gegen einen verschlagenen, tapferen, gut bewaffneten, grausamen Feind. Kommt ihr an ihn, so wißt: Pardon wird nicht gegeben. Gefangene werden nicht gemacht. Führt eure Waffen so, daß auf tausend Jahre hinaus kein Chinese mehr es wagt, einen Deutschen scheel anzusehen. Wahrt Manneszucht. Der Segen Gottes sei mit euch, die Gebete eines ganzen Volkes, Meine Wünsche begleiten euch, jeden einzelnen. Öffnet der Kultur den Weg ein für allemal! Nun könnt ihr reisen! Adieu Kameraden!"

Es fällt sofort auf, daß in dieser Rede die Hunnen mit keinem Wort erwähnt werden, so daß sich die Frage stellt, warum sie als "Hunnenrede" in die Geschichte eingegangen ist. Die Lösung verbirgt sich in einer anderen Version der Rede, in der eben jene Passage vorkommt. Bernd Sösemann (Historische Zeitschrift, Bd. 222 (1976), Heft 2) hat die Geschichte der Rede nachgezeichnet und folgende "zitierfähige, vollständige Fassung" veröffentlicht, die er aus den Redeversionen der "Lokalzeitungen Bremens (Weser-Zeitung) und Wilhelmshavens (Wilhelmshavener Tageblatt) vom 29. Juli" rekonstruierte:

### **Die inoffizielle Version der "Hunnenrede" im Wortlaut**

"Zum ersten Mal, seitdem das deutsche Reich wiedererstanden ist, tritt an Sie eine große überseeische Aufgaben heran. Dieselben sind früher und in größerer Ausdehnung an uns herangetreten, als die meisten meiner Landsleute erwartet haben. Sie sind die Folgen davon, daß das deutsche Reich wieder erstanden ist und damit die Verpflichtung hat, für seine im Auslande lebenden Brüder einzustehen, im Moment der Gefahr.

Mithin sind nun die alten Aufgaben, die das alte römische Reich nicht hat lösen können, von neuem hervorgetreten, und das neue deutsche Reich ist in der Lage, sie zu lösen, weil es ein Gefüge bekommen hat, das ihm die Möglichkeit dazu gibt. Durch unser Heer, in dreißigjähriger angestrenzter, harter Friedensarbeit, sind viele hunderttausende von Deutschen zum Kriegsdienste herangebildet worden.

Ausgebildet nach den Grundsätzen Meines verewigten großen Großvaters, bewährt in drei ruhmvollen Kriegen, sollt ihr nunmehr auch in der Fremde drüben (Zeugnis) ablegen, ob die Richtung, in der wir uns in militärischer Beziehung bewegt haben, die rechte sei. Eure Kameraden von der Marine haben uns schon gezeigt, daß die Ausbildung und Grundsätze, nach denen wir unsere militärischen Streitkräfte ausgebildet haben, die richtigen sind und an Euch wird es sein, es ihnen gleich zu thun. Nicht zum geringsten erfüllt es uns alle mit Stolz, daß gerade aus dem Munde auswärtiger Führer das höchste Lob unseren Streitern zuerkannt wurde.

Die Aufgabe, zu der Ich Euch hinaussende, ist eine große. Ihr sollt schweres Unrecht sühnen. Ein Volk, das, wie die Chinesen, es wagt, tausendjährige alte Völkerrechte umzuwerfen und der Heiligkeit der Gesandten und der Heiligkeit des Gastrechts in abscheulicher Weise Hohn spricht, das ist ein Vorfall, wie er in der Weltgeschichte noch nicht vorgekommen ist und dazu von einem Volke, welches stolz ist auf seine vieltausendjährige Kultur. Aber Ihr könnt daraus ersehen, wohin eine Kultur kommt, die nicht auf dem Christentum aufgebaut ist. Jede heidnische Kultur, mag sie noch so schön und gut sein, geht zu Grunde, wenn große Aufgaben an sie herantreten.

So sende ich Euch aus, daß Ihr bewähren sollt einmal Eure alte deutsche Tüchtigkeit, zum zweiten die Hingebung, die Tapferkeit und das freudige Ertragen jedweden Ungemachs und zum dritten Ehre und Ruhm unserer Waffen und unserer Fahnen. Ihr sollt Beispiele abgeben von der Manneszucht und Disziplin, aber auch der Überwindung und Selbstbeherrschung. Ihr sollt fechten gegen eine gut bewaffnete Macht, aber Ihr sollt auch rächen, nicht nur den Tod des Gesandten, sondern auch vieler Deutscher und Europäer.

Kommt Ihr vor den Feind, so wird er geschlagen, Pardon wird nicht gegeben; Gefangene nicht gemacht. Wer Euch in die Hände fällt, sei in Eurer Hand. Wie vor tausend Jahren die Hunnen unter ihrem König Etzel sich einen Namen gemacht, der sie noch jetzt in der Überlieferung gewaltig erscheinen läßt, so möge der Name Deutschland in China in einer solchen Weise bekannt werden, daß niemals wieder ein Chinese es wagt, etwa einen Deutschen auch nur scheel anzusehen.

Ihr werdet mit Übermacht zu kämpfen haben, das sind wir ja gewöhnt, unsere Kriegsgeschichte beweist es. Ihr habt es gelernt aus der Geschichte des Großen Kurfürsten und aus Eurer Regimentsgeschichte. Der Segen des Herrn sei mit Euch, die Gedanken eines ganzen Volkes begleiten Euch, geleiten Euch auf allen Euren Wegen.

Meine besten Wünsche für Euch, für das Glück Eurer Waffen werden Euch folgen! Gebt, wo es auch sei, Beweise Euren Mutes, und der Segen Gottes wird sich an Eure Fahnen heften und es Euch geben, daß das Christentum in jenem Lande seinen Eingang finde. Dafür steht Ihr Mir mit Eurem Fahneneid, und nun glückliche Reise. Adieu, Kameraden."

Es ist offensichtlich, daß es zwischen beiden Versionen gewaltige Unterschiede gibt. Das betrifft nicht nur die ganze Hunnenpassage, die zweite Version legt zudem nahe, daß der Kaiser

zum Bruch des Kriegsvölkerrechts aufgerufen hat, wenn er davon spricht, daß kein Pardon gegeben werden solle. In der ersten Version war die Wendung so zu verstehen, daß der Gegner kein Pardon geben würde und man sich dementsprechend wappnen solle. Nun ist die Überlieferungsfrage das zentrale Problem bei der Beurteilung dieser Rede.

Es gibt noch andere ausführliche Fassungen der Rede, die zwar auch die Hunnenpassage enthalten, aber mehr Wert auf den christlich-missionarischen Aspekt legen. So in der Nordwestdeutschen Zeitung (Bremerhaven) vom 28. Juli 1900. Die Passage unmittelbar vor den Hunnen lautet dort:

"Ihr sollt fechten mit einem Euch ebenbürtigen, tapferen, verschlagenen Feind, gut bewaffnet und gut ausgerüstet. Aber Ihr sollt auch rächen den Tod unseres Gesandten und so vieler, nicht nur Landsleute, auch anderer Europäer! Kommt Ihr vor den Feind, so wird derselbe geschlagen! Pardon wird nicht gegeben! Gefangene werden nicht gemacht! Wer Euch in die Hände fällt, sei Euch verfallen."

Das Ende der Rede wird so wiedergegeben:

"Und Gottes Segen möge an Eure Fahnen sich heften und dieser Krieg den Segen bringen, daß das Christentum in jenem Lande seinen Einzug hält, damit solch' traurige Fälle nicht mehr vorkommen! Dafür steht Ihr Mir mit Eurem Fahneneid!"

### **Was hat der Kaiser wirklich gesagt?**

Die Verwirrung über die Versionsgeschichte der Rede ist in den Unterschieden zwischen dem gesprochenen Wort des Kaisers und der zunächst von offizieller Seite verbreiteten Version zu suchen. Der Kaiser, das ist bekannt, hielt diese Ansprachen meistens frei und soll dazu geneigt haben, sich an der eigenen Rede zu berauschen und dabei verbal zu übertreiben. Angeblich soll das in Bremerhaven der Fall gewesen sein, so daß Bülow, damals noch Staatssekretär des Äußeren, und Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe noch während der Rede beschlossen, die anwesenden Journalisten zu verpflichten, die Rede erst zu veröffentlichen, wenn Bülow eine redigierte Fassung fertiggestellt hätte.

Daran hielten sich die meisten, so daß zunächst nur zwei Versionen verbreitet wurden. Die erste enthielt lediglich zwei Zitate des Kaisers, die zweite die wörtliche Rede in der oben zuerst angegebenen Version. Die inoffizielle Langversion mit der Hunnenpassage geht vermutlich auf einen Mitarbeiter des Wolffschen Telegraphenbüros zurück, der die Rede mitstenografiert haben soll. Verbreitung fand diese Version vor allem in norddeutschen Lokalzeitungen und der sozialdemokratischen Presse.

Problematisch an all diesen Rekonstruktionen des Hergangs ist, daß sie sich im Wesentlichen auf Erinnerungen damals Beteiligter stützen. Diese Erinnerungen sind zumeist nach Ende des Kaiserreichs geschrieben und veröffentlicht worden, so daß eine Tendenz zur Selbstexkulpation (Selbstentlastung) nicht unwahrscheinlich und im Falle Bülow vielfach nachgewiesen ist. Daß Bülow in seinen Erinnerungen oft nicht die Wahrheit sagt, sollte bekannt sein, so daß seine Glaubwürdigkeit auch in diesem Fall angezweifelt werden darf.

Die oft kolportierten Berichte, wonach der Kaiser dem Journalisten sein Manuskript gegeben habe oder er sich nach Erscheinen der entschärften Version bei Bülow beschwert habe, daß die schönsten Passagen fehlen würden, können getrost als Fiktion betrachtet werden.

Allerdings ändert das nichts an der Frage, ob der Kaiser diese Worte wirklich gebraucht hat und wenn ja, wie er sie gemeint hat und ob sie geeignet sind, die später daraus abgeleiteten Anschuldigungen zu stützen. Hin und wieder ist zu lesen, daß die englische Presse die Passage erfunden haben soll, um anti-deutsche Hetze zu betreiben.

Das dürfte in diesem Fall ausgeschlossen sein. Zum einen entsprach ein konsequentes Vorgehen gegen Kolonialaufstände durchaus der englischen Praxis und fiel damit überhaupt nicht aus dem Rahmen des damals Üblichen (nur daß man es nicht so deutlich sagte), zum anderen ist der Hunnenvergleich so abwegig, daß man wohl kaum darauf hoffen konnte, damit durch-

zukommen.

### **Interpretationsversuche**

Der Vergleich der Deutschen mit den Hunnen ist in mehrfacher Hinsicht absurd. Die wenigen Male, als die Hunnen in der deutschen Geschichte auftauchten, waren sie Feinde und wurden durchaus als entgegengesetztes Prinzip verstanden. Das war beim sogenannten Mongolensturm und der Schlacht bei Liegnitz im Jahre 1241 nicht anders als im Nibelungenlied und Attilas Feldzügen. Rein physiognomisch und vom Herkunftsgebiet liegt die Assoziation der Hunnen mit den Chinesen nahe (auch wenn diese wissenschaftlich falsch ist und beide miteinander Kriege führten). Die gelbe Gefahr, die Hunnen, waren durchaus ein gemeineuropäisches Feindbild.

Die Glaubwürdigkeit der Langversion leitet sich aus den unmittelbaren Reaktionen der Soldaten ab, die nach der Rede die Pardon-Wendung auf die Verladewaggons geschrieben haben sollen. Christopher Clark schreibt in seiner Wilhelm-Biographie dementsprechend:

"Die Widersprüche und logischen Unstimmigkeiten im Text lassen vermuten, daß Wilhelm womöglich, in gewohnter Manier, von einem harmloseren, vorbereiteten Entwurf abwich und Aussagen über ein Thema improvisierte, das ihn in den letzten Wochen intensiv beschäftigt hatte: nämlich die Brutalität und Skrupellosigkeit, mit der die Boxer über die europäischen Gesandtschaften in China hergefallen waren - was eine Woge haarsträubender Horrorgeschichten in der europäischen Presse ausgelöst hatte -, und die Notwendigkeit einer exemplarischen Strafaktion."

Clark geht sogar so weit zu fragen, ob dem Kaiser nicht die Greuelthaten der Engländer 1898 im Sudan bekannt gewesen seien, wo die Briten absichtlich verwundete Gefangene töteten, und er darin eine Legitimation für seine verbale Schärfe sah.

Daß man aus der Langversion auch die falschen Schlüsse ziehen kann, zeigt John Röhl, wenn er die Rede im dritten Band seiner Wilhelm II. Biographie wie folgt paraphrasiert: "Im Reich der Mitte sollten sich die deutschen Soldaten benehmen, wie vor tausend Jahren die Hunnen unter ihrem König Etzel", befahl der Oberste Kriegsherr in Anrufung der 'alten deutschen Tüchtigkeit'. Der 'Name Deutschland' müsse in China in einer solchen Weise bekannt werden, 'daß niemals wieder ein Chinese es wagt, etwa einen Deutschen auch nur scheel anzusehen. ... Pardon wird nicht gegeben, Gefangene nicht gemacht.

Wer Euch in die Hände fällt, sei in Eurer Hand.'" Diese Collage zeigt deutlich die Herangehensweise von Röhl: Durch die falsche Reihenfolge der Zitate wird der Eindruck erweckt, daß Wilhelm von seinen Soldaten ein Vorgehen gegen die Boxer in Manier der Hunnen fordert. Das liegt selbst dann nicht in der Intention des Kaisers, wenn man davon ausgeht, daß Wilhelm Deutsche und Hunnen an dieser Stelle in Beziehung setzt. Ihm geht es um den Ruf und nicht um Mord, wie sich den zahlreichen Bezügen zum Christentum entnehmen läßt.

Merkwürdig ist auch, daß Röhl von einer "verheerenden Wirkung ... auf die öffentliche Meinung im In- und Ausland" spricht, ohne dafür Belege zu nennen. Sösemann, dem man sicher keine Kaisernähe unterstellen kann, kam bei seiner immer noch zitierten Untersuchung zu einem ganz anderen Ergebnis. In der näheren Umgebung des Kaisers kam die Rede demnach gut an, der Reichskanzler nannte sie "zündend".

In England und Frankreich gab es keinen Widerspruch. Der französische Außenminister erklärte sogar, daß die Ansprache "in ganz Frankreich den besten Eindruck hervorgerufen" hätte. In der deutschen Presse und im Reichstag wurde die Rede kontrovers diskutiert, ohne daß sich dazu eine einhellige Meinung herauskristallisiert hätte.

Grundsätzlich läßt sich sagen, daß die Gegner des Kaisers die Rede wörtlich nahmen, während seine Anhänger und auch die neutralen Beobachter gewisse verbale Übertreibungen nicht überbewerten wollten. Was Röhl damit suggerieren möchte, ist folgendes: Die Deutschen hätten, angestiftet vom Kaiser, in China ihren ersten Völkermord begangen und sich damit aus

dem Kreis der zivilisierten Völker verabschiedet, so daß der Erste Weltkrieg wie die logische Konsequenz daraus erscheinen muß.

Über die Greuelthaten der deutschen Soldaten in China gibt es unterschiedliche Auffassungen. Die sogenannten "Hunnenbriefe", in denen Soldaten von Massakern berichten, sind von den Sozialdemokraten weidlich ausgenutzt und verbreitet worden. Es wird diese Greuelthaten sicherlich gegeben haben.

Den Kaiser dafür verantwortlich zu machen, ist indes absurd, da er in allen Reden im Zusammenhang mit der Verabschiedung von Truppen nach China auf die Wahrung der "Manneszucht" gedrängt hat (so auch am 2. Juli in Wilhelmshaven, am 6. Juli in Kiel und am 2. August in Bremerhaven). Hinter diesem heute unverständlichen Wort verbirgt sich die Forderung an die Soldaten, männlich und ritterlich zu kämpfen und sich gerade nicht zu Exzessen an der Zivilbevölkerung verleiten zu lassen. "... schonen sie die feindliche Bevölkerung", heißt es einmal ausdrücklich.

Das war in der damaligen Zeit bei der Bekämpfung von Kolonialaufständen keine Selbstverständlichkeit, wie nicht zuletzt das Vorgehen der Briten gegen die Buren in Südafrika gezeigt hat. Hinzu kommt, daß die Brutalität der chinesischen Aufständischen, der sogenannten Boxer, nicht nur auf Horrormeldungen beruhte. Ca. 30.000 chinesische Christen wurden im Zuge des Boxer-Aufstandes ermordet, Männer, Frauen und Kinder. Thomas Nipperdey hat in seiner Deutschen Geschichte daher für den Kolonialismus im Zeitalter des Imperialismus festgestellt: "Die Deutschen unterscheiden sich da in nichts, in gar nichts von anderen, nicht positiv, nicht negativ ..."

### **Alliierte Kriegspropaganda**

Spätestens mit Ausbruch des Ersten Weltkriegs, als die alliierte Propaganda nach Stereotypen suchte, um ihre eigene Bevölkerung für den Krieg mobilisieren zu können (vgl. Hermann Joseph Hiery: Angst und Krieg. Amerikas Kreuzzug gegen die Hunnen, in: Franz Bosbach (Hrsg.): Angst und Politik in der europäischen Geschichte, Dettelbach 2000), wurde diese gesamteuropäische Übereinstimmung geleugnet. In diesem Zusammenhang spielt die Hunnenrede eine unrühmliche Rolle. Der linksliberale Schriftsteller Emil Ludwig hat die Wirkung in seiner Abrechnungsschrift mit dem Kaiser (1925) dargestellt:

"Die Wirkung dauerte zwanzig Jahre. Durch nichts war ein deutscher Barbarengestalt von seinen Gegnern schon im Frieden leichter zu beweisen, als durch diese Rede seines Kaisers, und als im Weltkrieg einem Volk nach dem andern die Überzeugung suggeriert wurde, mitten in Europa wohnten 60 Millionen Hunnen, die den neuen Attila als ihren König verehrten, da verkannte man nicht bloß alle guten Instinkte des deutschen Volkes, auch noch die schlechten des Kaisers und beleidigte nach tausend Jahren durch den Vergleich mit Wilhelm dem Zweiten jenen todesmutigen, dämonisch wilden Räuberhauptmann mit der Krone.

Im doppelten Fehlgriff dieses Vergleiches wurde das doppelte Mißverständnis der Welt über Deutschland deutlich: ein großes, ruhiges Volk, das einem kleinen, prahlenden König sich in verächtlichem Gehorsam untertan fühlte, mußte nun für die klirrenden Worte seines eitlen Herrn büßen, der es zu Hunnen nur erniedrigt hatte, um den Attila zu spielen."

Ludwig versucht hier, einen Gegensatz zwischen dem Kaiser und dem deutschen Volk zu suggerieren, der sich an der sogenannten Hunnenrede gerade nicht festmachen läßt. Im Gegenteil: Ludwig macht sich mit dieser Auffassung in einer Art und Weise zum Erfüllungsgehilfen der alliierten Propaganda, wie sie vor allem aus der Zeit nach 1945 bekannt ist. Er übernimmt die Denkweise des Gegners, ohne nach den darin versteckten Intentionen zu fragen.

Vor allem die Briten und Amerikaner nahmen das Schlagwort von den "Hunnen" dankbar auf und waren damit offensichtlich nicht nur in den eigenen Reihen erfolgreich, wie die Beispiele Ludwig und Röhl bis heute zeigen. Es wurde mit der Rede von den Hunnen unterstellt, daß der Kampf gegen Deutschland ein Kampf gegen die Barbarei sei, der nicht im klassischen

Sinne (ohne Diskriminierung des Feindes) geführt werden könne.

Damit ließ sich nicht nur die Bevölkerung mobilisieren, sondern auch die eigenen Kriegsziele verschleiern. Hinzu kommt, daß man mit dem "Hunnen" an viel ältere Vorbehalte gegen das deutsche Volk, das von Westen aus gesehen im Osten (und damit fast schon in Asien) hauste, merkwürdige Riten pflegte und sich durch die Pickelhaube auch äußerlich unterschied, anknüpfen konnte. Die absichtlich mißverständene Rede des Kaisers schien diese Vorbehalte zu legitimieren.

Heute wird oft vergessen, daß diese alliierte Greuelpropaganda jeglicher Grundlage entbehrte. Weder wurden belgischen Kindern die Hände abgehackt, noch französische Frauen geschändet. Der Auslöser für die Titulierung der Deutschen als Hunnen war die Zerstörung der Bibliothek in der belgischen Universitätsstadt Löwen (25. August 1914), wobei die näheren Umstände bis heute nicht restlos aufgeklärt sind. Für beide Seiten stand die Schuld des anderen damals fest.

In Deutschland unterschrieben 93 Intellektuelle und Personen des kulturellen Lebens einen "Aufruf an die Kulturwelt" (4. Oktober 1914), in dem die Verantwortung für Löwen zurückgewiesen wurde. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die alliierte Propaganda bereits auf das Hunnenfeindbild festgelegt (The Times vom 29. August 1914), so daß der deutsche Aufruf wie eine infame Verdrehung der Tatsachen erscheinen mußte. Was damals klar als Feindpropaganda zu identifizieren war, hat sich in der Folge, bis heute, als Anklagepunkt gegen das Kaiserreich erhalten. Gewandelt haben sich nur die Ankläger, vom Kriegsgegner zu den Nachgeborenen.<<

## **21. Was löste die "Daily Telegraph-Affäre" aus?**

Die "Daily-Telegraph-Affäre" (1908) wurde von den Briten mit nationaler Entrüstung und maßlosen Haßausbrüchen beantwortet.

Durch diese antienglische Stellungnahme des deutschen Kaisers (während privater Gespräche in England), die Reichskanzler von Bülow leichtfertig veröffentlichten ließ, wurde das damals angespannte deutsch-britische Verhältnis noch schwieriger.

Wolfgang Müller und Roland Siegert berichteten später über die "Daily Telegraph-Affäre" (x1.035/...): >>>Die Daily Telegraph-Affäre (1908)

### **Die historischen Hintergründe**

Im Herbst 1907 unternahm Kaiser Wilhelm II. eine mehrtägige sehr erfolgreiche Reise nach Großbritannien. Im Anschluß an diesen Staatsbesuch hielt sich Wilhelm II. noch drei Wochen beim englischen Aristokraten Edward James Stuart-Wortley auf dessen Schloß Highcliff Castle auf. Beide diskutierten dort in privatem Rahmen die Möglichkeiten der Verbesserung des deutsch-englischen Verhältnisses.

Im einem der Gespräche äußerte Wilhelm II., daß er nicht verstehen könne, warum die Engländer so mißtrauisch ihm gegenüber seien. Er sei doch während des Burenkrieges (1899-1902) in Deutschland einer der wenigen Freunde Englands gewesen, entgegen der allgemeinen Stimmung im deutschen Volk. Daher wollte er damals auch keine Burenvertreter in Berlin empfangen, und an einem von Frankreich und Rußland geplanten Engagement gegen England wollte er sich nicht beteiligen.

Nach einem sorgvollen Brief seiner englischen Großmutter, Queen Victoria, habe er einen zusammen mit deutschen Generälen entworfenen Feldzugsplan nach England geschickt, der offensichtlich zum englischen Sieg über die Buren beigetragen habe.

Die Flottenpolitik des Reiches richte sich zudem nicht gegen England, sondern sollte lediglich wirtschaftlichen Interessen im Fernen Osten dienen.

Der ebenfalls anwesende britische Journalist Harold Spencer formte aus den Äußerungen des Kaisers ein fiktives Interview.

Knapp ein Jahr später, nach einem erneuten Zusammentreffen des Kaisers mit Stuart-Wortley in Deutschland, erhielt Wilhelm II. den Text dieses "Interviews" zugesandt mit der Bitte, die Veröffentlichung als Artikel in der englischen Zeitung "Daily Telegraph" zu genehmigen. Nach Freigabe durch den deutschen Reichskanzler erschien das Interview am 28.10.1908 im "Daily Telegraph"; am 29.10.1908 druckte die halbamtliche "Norddeutsche Allgemeine Zeitung" ohne Kommentierung die deutsche Fassung.

### **Die Kritik am Kaiser**

Nach Veröffentlichung des Interviews brach vor allem in Deutschland ein Sturm der Entrüstung in Volk, Presse und Reichstag los: Der Kaiser habe sich im Interview zu englandfreundlich gezeigt und sei seinen Landsleuten, die aufgrund der Burenkriege mehrheitlich englandfeindlich eingestellt waren, in den Rücken gefallen.

Andere kritisierten, daß der Kaiser durch undiplomatische Äußerungen England in seinem Stolz verletzt habe (z.B. durch die Feststellung, der englische Sieg über die Buren ginge auf einen deutschen Feldzugsplan zurück) und durch die eigenmächtige kaiserliche Privatinitiative ganz Deutschland vor der Welt blamiert habe.

So notierte z.B. Baronin von Spitzemberg am 30.10.1908 in ihr Tagebuch: "Das Beschämendste, Kläglichste, Indiskreteste und Bedenklichste, was der Kaiser (sich) bisher geleistet (hat). Der Kaiser ruiniert unsere Stellung und macht uns zum Gespött der Welt." (Rudolf Vierhaus (Hrsg.): Am Hof der Hohenzollern. Aus dem Tagebuch der Baronin Spitzemberg 1895-1914. München 1978)

Das Interview wurde in Deutschland allgemein als erneuter Beleg für das problematische "persönliche Regiment" des Kaisers betrachtet.

Auch eine Gegendarstellung im "Reichsanzeiger" am 31.10.1908, die den korrekten Hergang der Ereignisse schilderte, konnte die Attacken gegen Wilhelm II. nicht mildern. Die englandfeindliche Stimmung im Land entlud sich in lautem Unwillen über der Person des Kaisers.

In England selbst wurde das Interview jedoch größtenteils gelassen aufgenommen. Der Skandal war somit fast ausschließlich innenpolitischer Natur.

Unter dem öffentlichen Druck, besonders des Reichstags, mußte Wilhelm II. auf Verlangen des Reichskanzlers Bülow ein in seinen Augen demütigendes und angesichts des wahren Hergangs der Ereignisse unangebrachtes Dokument unterzeichnen, im dem er versprach, sich künftig mit öffentlichen Äußerungen zurückzuhalten. Das Dokument lautete:

"In der heute dem Reichskanzler gewährten Audienz hörte seine Majestät der Kaiser und König einen mehrstündigen Vortrag des Fürsten von Bülow. Der Reichskanzler schilderte die im Anschluß an die Veröffentlichung des Daily Telegraph im deutschen Volke hervorgetretene Stimmung und ihre Ursachen, er erläuterte ferner die Haltung, die er in der Verhandlung des Reichstages über die Interpellation eingenommen hatte.

Seine Majestät der Kaiser nahm die Darlegungen und Erklärungen des Reichskanzlers entgegen und gab seinem Willen dahin kund: Unbeirrt durch die von ihm als ungerecht empfundenen Übertreibungen der öffentlichen Kritik, erblicke Er seine vornehmste Aufgabe darin, die Stetigkeit der Politik des Reiches unter Wahrung der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten zu sichern. Demgemäß billigte Seine Majestät der Kaiser die Ausführungen des Reichskanzlers im Reichstage und versicherte den Fürsten von Bülow Seines fortgesetzten Vertrauens."

Der Kaiser zog sich zurück, verfiel in wochenlange Depressionen und enthielt sich für lange Zeit öffentlicher Äußerungen. Sein Ansehen in Deutschland hatte schweren und dauerhaften Schaden genommen.

### **Die Tatsachen**

Das berühmte "Interview" war gar kein Interview.

Wilhelm II. machte die betreffenden Aussagen in privatem Rahmen ein Jahr vor der Veröf-

fentlichung. Es handelte sich um ein loses Gespräch im Rahmen eines dreiwöchigen privaten Besuchs. Der Kaiser antwortete nicht gezielt auf konkrete, von einem Journalisten gestellte, Fragen; erst danach wurde daraus ein Interview fingiert.

Daß im persönlichen Rahmen, in ungezwungener Atmosphäre bei einem dreiwöchigen Privat-aufenthalt unbedachte Äußerungen fallen, ist gewiß nicht ungewöhnlich und besonders beim spontanen und redefreudigen Charakter des Kaisers plausibel. Auch der Autor des Interviews selbst konstatierte, daß der Kaiser mit "impulsivem und ungewöhnlichem Freimut" sprach.

Der damalige Hauptkritikpunkt in Deutschland, daß das Interview zu englandfreundlich gewesen sei, kann heute nicht mehr gelten und sollte heute im Gegenteil eher ein positiver Beleg für den Kaiser sein: Er distanzierte sich im Interview von englandfeindlichen Stimmungen in Deutschland.

Die Daily Telegraph-Äußerungen des Monarchen waren vielleicht zu offenherzig und undiplomatisch, an ihrer wohlwollenden Absicht kann kein Zweifel herrschen. Gewiß hatte Wilhelm II. überspitzt formuliert und unglücklich argumentiert (was der Reichskanzler vor der Veröffentlichung hätte korrigieren können), aber die Äußerungen waren den historischen Tatsachen entsprechend.

Wilhelm selbst schrieb in seinen Memoiren über das Interview:

"Sein Zweck war die Besserung der deutsch-englischen Beziehungen. ... Ich habe unter dieser ganzen Angelegenheit seelisch schwer gelitten." (Wilhelm II.: Ereignisse und Gestalten. Leipzig 1922, S. 98 f.)

Reichskanzler Bülow versäumte seine Pflicht, das zum "Interview" umgestaltete Gespräch vor der Veröffentlichung zu korrigieren. Wilhelm II. handelte korrekt und legte es dem Kanzler zur Überarbeitung vor. Ein "persönliches Regiment" fand hier also nicht statt.

Wilhelm II. war mit der Veröffentlichung des Artikels im Daily Telegraph grundsätzlich einverstanden, hielt aber einige Streichungen für notwendig und leitete den Text an seinen Reichskanzler Bülow weiter mit der Aufforderung, den Text durchzusehen und etwaige Änderungen bzw. Korrekturen vor der Veröffentlichung vorzunehmen. Die Aussagen Wilhelms II., die von der englischen Öffentlichkeit als undiplomatisch aufgefaßt werden konnten, hätten vor der Veröffentlichung somit korrigiert werden können.

Bülow (1849-1921), seit acht Jahren Reichskanzler und mit der Problematik der zunehmend negativen Reaktionen der Öffentlichkeit auf Äußerungen Wilhelms wohlvertraut, folgte der Weisung des Kaisers jedoch nicht. Nach eigenen Angaben las er den Text überhaupt nicht, sondern leitete diesen an Untergebene des Auswärtigen Amtes weiter. Dort erfuhr das "Interview" nur minimale Änderungen, und Bülow schickte es an den Kaiser zurück, womit der Veröffentlichung nichts mehr im Wege stand.

Der Historiker Wolfgang Mommsen stellte fest: "Der Kaiser hatte sich also vollkommen korrekt verhalten; in verfahrensmäßiger Hinsicht war alles ordnungsgemäß abgelaufen." (Wolfgang Mommsen: War der Kaiser an allem schuld? Berlin 2002, S. 143)

Neueste Forschungen zeigen, daß der Reichskanzler das Interview sehr wohl gelesen hatte und es dennoch unterließ, Korrekturen vorzunehmen.

Der Vorwurf des "persönlichen Regiments" trifft in der Daily Telegraph-Affäre also nicht zu, da der Kaiser das Interview nicht einfach eigenmächtig freigab, sondern ausdrücklich den Reichskanzler konsultierte und um vorherige Korrektur bat.

Reichskanzler Bülow übernahm nicht die Verantwortung dafür, die Korrektur des Interviews unterlassen zu haben. Statt dessen ließ er zu, daß in der Öffentlichkeit allein der Kaiser als Verantwortlicher für die Affäre betrachtet wurde.

Reichskanzler Bülow und andere Bürokraten boten nach Veröffentlichung des "Interviews" zwar spontan ihre Entlassung an, ohne jedoch freilich ausdrückliche Verantwortung zu übernehmen. Wilhelm II. lehnte ab und erwartete, daß sich der Reichskanzler im Gegenzug vor

den Kaiser stellen und die Tatsachen richtigstellen würde. Dies tat der Kanzler aber nicht - im Gegenteil: Weder vor dem Reichstag (10.11.1908) noch vor der Presse übernahm Bülow die Verantwortung für die unkorrigierte Veröffentlichung des Interviews.

Zudem behauptete Bülow, das Interview selbst nicht gelesen zu haben und schob die Verantwortung auf Untergebene im Auswärtigen Amt ab. Wilhelm II. jedoch wußte, daß der Kanzler das Interview sehr wohl persönlich gelesen hatte.

Neueste Forschungsergebnisse bestätigen dies nicht nur, sondern belegen sogar, daß Bülow nachträglich Schriftstücke manipulieren ließ, um seine Schuld zu vertuschen. Der Kanzler hatte also auch noch die Öffentlichkeit belogen.

Wilhelm II. fühlte sich verständlicherweise von seinem Kanzler verraten, das Band zwischen beiden war zerschnitten. Erst im März 1909 versöhnten sich Wilhelm II. und Bülow wieder, nachdem sich dieser beim Kaiser in einem Gespräch unter vier Augen für sein Verhalten entschuldigt hatte.

Wilhelm II. entließ Reichskanzler Bülow nicht allein aus Groll über die Daily Telegraph-Affäre, sondern auch, weil dieser 1909 keine regierungsfähige Mehrheit im Reichstag mehr hatte.

Der "Novembersturm" (Wilhelm II. über die Daily-Telegraph-Affäre) hatte sich gelegt. Im Sommer des darauffolgenden Jahres 1909 aber war Bülows Politik in eine Sackgasse geraten: Sein liberal-konservatives Bündnis ("Der Block") zerbrach an der Ablehnung der Erbschaftsteuer und an der geplanten Reform des preußischen Wahlrechts. Am 14.07.1909 trat Bülow zurück und empfahl dem Kaiser, Theobald von Bethmann Hollweg (1856-1921) zu seinem Nachfolger zu bestellen. Obwohl der Kaiser anfangs Bedenken hatte, folgte er schließlich dem Ratschlag des scheidenden Kanzlers.

### **Fazit**

Die Daily Telegraph-Affäre war eine der größten monarchischen Krisen im Kaiserreich und hatte Wilhelm II. nachhaltig beschädigt. Noch nie zuvor mußte ein deutscher Kaiser danach solche Zugeständnisse machen. Auch heute noch wird die Affäre fälschlicherweise als einer der Hauptbelege für ein "persönliches Regiment" des Kaisers gesehen. Dabei wird außerdem übersehen, daß der damalige Hauptkritikpunkt darin bestand, daß sich der Kaiser zu englandfreundlich (!) geäußert habe und heute hinfällig ist.

Das Jahr 1908 war für den Kaiser insgesamt ein Krisenjahr, das weitreichende Folgen auch für die öffentliche Position des Monarchen und sein Ansehen in Deutschland hatte.

Die im selben Jahr von dem rechtsradikalen Schriftsteller und Journalisten Maximilian Harden (eigentlich Felix Ernst Witkowsky; 1861-1921) in Gang gesetzte "Eulenburg-Affäre" hatte Wilhelm II. bereits erheblichen Schaden zugefügt. Der Kaiser wurde hier bezichtigt, sich in einem "unmännlichen, homoerotischem Umfeld" (dem "Liebenberger Kreis") zu bewegen, was ihn zu "weich" mache für einen harten außenpolitischen Kurs. Zentrale Figur dieses ersten großen Medienskandals war der enge Vertraute des Kaisers, Philipp Fürst von Eulenburg. Unmittelbar an die Eulenburg-Affäre schloß sich dann die Daily Telegraph-Affäre an.

Der Historiker Martin Kohlrausch bestätigt, daß beide Krisen in ihrer Gesamtwirkung die Monarchie fundamental und nachhaltig beschädigten: "Die Substanz der Krise der Monarchie von 1908 lag im Zusammenhang zwischen dem Schock zweier Skandale, die soweit gingen, die Abdankung des Monarchen in den Bereich des Möglichen zu bringen, und der gleichzeitigen Gewöhnung hieran." (Martin Kohlrausch: Der Monarch im Skandal. Berlin 2005, S. 292) Das Selbstvertrauen des Kaisers schwand im Zuge der beiden Skandale, die Affären hinterließen Spuren in der Psyche des Kaisers: "Gesundet ist er niemals wieder von diesem Schlage", stellte sein Sohn, Kronprinz Wilhelm, später fest.<<

## 22. Wieso leiteten die Balkankriege den Ersten Weltkrieg ein?

Während das Osmanische Reich einen Krieg gegen Italien führte (1911/12), nutzte der "Balkanbund" die Gunst der Stunde und griff das Osmanische Reich an. Die angeschlagenen Türken wurden im 1. Balkankrieg (1912) besiegt und mußten Mazedonien räumen. Italien verhinderte aber weiterhin Serbiens Zugang zur Adria.

Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über die "politischen Verwicklungen auf dem Balkan (x307/318): >>Der Erste Weltkrieg war genau genommen der dritte Balkankrieg, bevor er zum Weltkrieg wurde. ...<<

Im Verlauf der Bündnisverhandlungen zwischen Bulgarien und Serbien erklärte der bulgarische Ministerpräsident vor dem Beginn des 2. Balkankrieges im Jahre 1913 (x233/144): >>... Gewiß, wenn die Liquidation der Türkei mit einem Zerfall Österreich-Ungarns Hand in Hand ginge, wäre die Lösung viel einfacher: Serbien erhielte Bosnien und die Herzegowina, Rumänien Siebenbürgen und wir hätten nicht mehr das Eingreifen Rumäniens während unseres Krieges gegen die Türkei zu fürchten. ...<<

Da sich die siegreichen Länder des Balkanbundes nicht über die Verteilung der eroberten Gebiete einigen konnten, griff Bulgarien im Mai 1913 Serbien an. Danach beteiligten sich ab Juni auch noch Griechenland, Rumänien, Montenegro und das bereits geschlagene Osmanische Reich am 2. Balkankrieg. Bulgarien wurde bis August 1913 entscheidend besiegt und mußte z.B. Mazedonien, die Dobrudscha und Kreta abtreten.

Während des 2. Balkankrieges erzielten Serbien und Griechenland zwar nochmals große Gebietsgewinne, aber Serbien wurde trotzdem wieder maßlos enttäuscht. Österreich-Ungarn verteidigte angesichts des Bündnisses mit dem Deutsche Reich entschlossen die Selbständigkeit Albaniens und forderte Serbien per Ultimatum vom 18.10.1913 auf, die besetzten albanischen Gebiete innerhalb von 8 Tagen zu räumen. Als Serbien am 25.10.1913 die Truppen aus Albanien abzog, war die akute Kriegsgefahr zunächst gebannt und Albanien versperrte Serbien weiterhin den angestrebten direkten Zugang zur Adria.

## 23. Weshalb unterstützte das Attentat von Sarajevo den Ausbruch des Ersten Weltkrieges?

Am 28. Juni 1914 fiel der 50jährige Erzherzog Franz Ferdinand in der bosnischen Hauptstadt Sarajevo - seit 1908 von Österreich-Ungarn annektiert - einem Attentat zum Opfer. Der österreichisch-ungarische Thronfolger und seine Ehefrau wurden während einer Stadtrundfahrt durch den bosnischen Nationalisten Princip erschossen.

Der Attentäter Gavrilo Princip handelte im Auftrag der serbischen Geheimorganisation "Schwarze Hand", die nachweislich von Serbien und Rußland unterstützt wurde. Die Belgrader Regierung und russische Militärberater erhielten frühzeitig Informationen über die Attentatspläne, reagierten jedoch nicht (x090/243).

Die Ermordung des österreichischen Staatsmannes bildete den Abschluß zahlreicher Aggressionen. Mit diesem Attentat provozierte der radikale serbische Geheimbund "Schwarze Hand" bewußt den Ersten Weltkrieg, denn man rechnete fest damit, daß dieser Mordanschlag angesichts der extremen damaligen Lage angemessen geahndet werden würde.

Nach der Ermordung des österreichischen Thronfolgers ähnelte der Balkan einem hochbrisanten "Sprengstofflager", das schon bei der geringsten Erschütterung zu explodieren drohte. Offiziell wollte zwar niemand den Krieg, aber überall in Europa rechnete man damals mit dem Kriegsausbruch.

Der deutsche Historiker Alexander Demandt berichtete später über die Gründe für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x283/198-200): >>... Auslöser für den Weltkrieg war das Attentat auf den österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand am 28. Juni 1914 durch serbische Nationalisten in Sarajewo. ...

Wie sie eingestanden, wollten sie damit den Feind der Slawen töten, das Habsburgerreich auflösen und einen "Weltenbrand" entfachen. Mit dieser Prognose verrieten sie mehr Weitblick als die Staatsmänner der Zeit.

Trotz allem hätte die Tat noch nicht zum Kriege führen müssen. Wäre Wien sofort in Belgrad einmarschiert – die Manövertruppen standen ja Gewehr bei Fuß -, und hätte es Genugtuung gefordert und erhalten, dann hätte sich der Konflikt vielleicht nicht hochgeschaukelt. Freilich hätte man ihn wirklich fürchten und nicht heimlich wünschen müssen. ...

Und es kam, wie es kam. Wien stellte Belgrad Forderungen, deren Erfüllung man nicht ernsthaft erwarten konnte und die dort im Vertrauen auf Rückendeckung von Rußland nicht geleistet wurden. Wien erklärte Serbien den Rachekrieg, und Zar Nikolaus sah jetzt seine slawischen Brüder bedroht, er machte mobil.

Der Krieg Rußlands gegen die Mittelmächte stand bevor. Denn Kanzler Bülow in Berlin hatte die Österreicher 1909 der "Nibelungentreue" versichert. Hätte sich das Beistandsversprechen Berlins auf die Verteidigung Deutsch-Österreichs beschränkt, so wäre der nationalen Gefühlspolitik Genüge geleistet gewesen und Petersburg hätte keinen Anlaß gehabt, gegen Deutschland mobil zu machen.

Bismarck hatte dem Frieden mit Rußland den Vorrang eingeräumt; er wollte, so sagte er auf dem Berliner Kongreß 1878, den Balkaninteressen Wiens die gesunden Knochen nicht eines einzigen pommerschen Musketiers opfern.

Ohne den Krieg mit Deutschland und die Niederlage bei Tannenberg im August 1914 wäre es den Russen vermutlich gelungen, die West- und Südslawen zu befreien, am Ende gar die heißbegehrten Meerengen zu gewinnen.

Hätte eine siegreiche russische Armee die Revolution der Bolschewiki hingenommen? Wohl kaum. Deren Sieg war in dreifacher Hinsicht eine Folge deutscher Politik: zum einen durch die Zermürbung der russischen Armee, sodann durch den Transport Lenins mit der Reichsbahn aus der Schweiz durch Deutschland nach dem damals russischen Finnland; und zum dritten durch die fehlende Hilfeleistung 1918 für die "Weißen", als nach dem Urteil von Kurt Riezler, dem Botschaftsrat in Moskau, der Bürgerkrieg gegen die "Roten" auf der Kippe stand und durch Eingreifen Deutschlands hätte gewonnen werden können.

Ein Vorstoß der Russen ans Mittelmeer hätte London alarmiert und die Kriegsbereitschaft gegen Deutschland vermindert, zumal ein fortdauernder Friede mit Rußland die gesamte deutsche Wehrmacht an der Westgrenze verfügbar gemacht hätte. Frankreich allein hätte keinen Angriff riskiert.

Der Konflikt zwischen England und Deutschland wäre vertagt worden und hätte sich am Ende mit der sich abzeichnenden Veränderung der weltpolitischen Gesamtsituation überhaupt erübrigt. Denn der wahre Konkurrent der Briten auf See war ja nicht Deutschland, sondern Amerika. Die USA befanden sich bereits damals auf dem Wege zur führenden Weltmacht. Hat man das in London nicht gesehen oder im Zeichen angloamerikanischer Solidarität in Kauf genommen?

Aber der in Deutschland ebenso gefühlsbestimmte Pakt mit der Donaumonarchie veranlaßte, daß die Nibelungentreue ein zweites Mal zum Untergang führte, wie Kriemhilds Rache lehrt.

Als der Angriff der Russen auf Österreich bevorstand, erklärte Berlin dem Zaren und dann auch Frankreich den Krieg, nachdem dort gleichfalls die Mobilmachung angelaufen war. Die höchst unerwünschte Kriegserklärung aus London folgte. Sie war nicht unbedingt vorauszusehen, da England seit dem Krimkrieg als Gegner Rußlands galt und zwischen Paris und London ein förmlicher Beistandspakt ebensowenig bekannt war wie ein solcher zwischen London und Washington.

Es gab eine Kettenreaktion. Jeder Schritt hätte, anders gewählt, den Ausbruch der Feindseligkeiten verzögert, wo nicht verhindert. Das aber war hüben und drüben nicht gewollt. ...<<

## **24. Warum ermöglichten die leichtfertigen Bündniszusagen (sogenannte "Blankoschecks") der deutschen Regierung letzten Endes den ungewollten verhängnisvollen Ersten Weltkrieg?**

Der deutsche Historiker Theodor Schieder (1908-1984) schrieb später über die Ursachen für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x058/287-288): >>Die Julikrise von 1914, ausgelöst durch die Ermordung des österreichischen Thronfolgers Franz Ferdinand in Sarajewo, war kein Ereignis, das eine stabile Ordnung unerwartet störte, sondern ein Vorgang, der inmitten einer Serie von Krisen stand, inmitten eines Prozesses, der einen allgemeinen Zusammenstoß von Tag zu Tag bedrohlicher werden ließ.

Dadurch ist geradezu eine Stimmung erzeugt worden, die man als Kriegsfatalismus bezeichnen kann, auf der anderen Seite auch die Neigung, durch ein Durchschlagen des Knotens Handlungsfreiheit zu gewinnen, nachdem alle anderen Mittel durchgespielt waren.

Das politische Vorstellungsvermögen der Zeit und ihrer politischen Repräsentanten kam dabei der Realität, die unter den neuen technischen Bedingungen aus dem Krieg als Mittel geworden war oder werden konnte, im allgemeinen nicht nach. Während die Diplomaten ihn noch in Rechnung stellten wie eine Größe des 19. Jahrhunderts, hatte er seine Gestalt unter dem Einfluß der Technik, der steigenden Millionenzahlen der Bevölkerung und der Heere schon gewandelt. Die damit immens erhöhte politische und moralische Verantwortung war den Politikern noch nicht voll bewußt geworden.

Im Krieg selbst ist durch die ungeheuren Opfer, die beispiellose und in dieser Form noch kaum jemals verwirklichte Beanspruchung aller geistigen, physischen und materiellen Kräfte das moralische Problem des Krieges immer mahnender hervorgetreten und hat der Frage nach der Kriegsschuld ganz neue Aspekte gegeben.

Im Juli 1914 hatten alle Mächte Ziele allgemeiner und besonderer Art, aber bei keiner läßt sich feststellen, daß sie an sich entschlossen war, um eines dieser Ziele willen einen großen Krieg zu beginnen. Alle Bündnisse und bündnisartigen Verabredungen waren auf den Defensivfall eingestellt. Das bedeutet indessen nicht, daß nicht ein vermeintlich kalkulierbares Risiko ausgespielt wurde, wenn man innerhalb der Gesamtkonstellation der Mächte einen entscheidenden Vorteil zu erringen hoffte.

So hat Österreich-Ungarn durch sein Ultimatum an Serbien vom 23.7.1914 mindestens das Risiko eines lokalen Krieges bewußt auf sich genommen. Es besaß dabei die Zusicherung Deutschlands, daß es selbst im Falle einer ernstesten europäischen Komplikation auf die volle Unterstützung des Reiches rechnen könne.

Das Deutsche Reich ging mit diesem "Blankoscheck" seinerseits sehenden Auges das Risiko eines umfassenderen kontinentalen Krieges ein.

Es tat dies nicht mit der Absicht, einen Krieg um imperialistischer Ziele willen zu entfesseln, sondern um eine im letzten defensive Strategie anzuwenden, die sich allerdings präventiver Mittel bediente. Seit den beiden Marokkokrisen und namentlich seit der Annexionskrise von 1908/09, als sich die europäischen Spannungen wieder sichtbar auf den Balkan und damit in das Konfliktfeld Österreich-Rußland verschoben hatten, war die deutsche Politik von der Sorge vor einer Verschlechterung der Situation des Reiches bestimmt.

Diese Sorge stützte sich einmal auf die Annahme, daß sich die Lage des einzigen sicheren Bundesgenossen Deutschlands, Österreich-Ungarns, unter dem Druck der großserbischen Bewegung und der von Serbien ausgehenden Bedrohung weiter unheilvoll verschlechtern und damit der einzig verbliebene bündnispolitische Sicherheitsfaktor des Reiches an Bedeutung verlieren könnte.

Zum anderen kreisten die strategischen und militärischen Überlegungen der deutschen Politik um die zunehmende militärische Stärke Rußlands seit dem japanischen Krieg. Als Höhepunkt dieser Entwicklung und damit ernstestes Gefahrenjahr wurde das Jahr 1916 angenommen, für

das deutsche Militärs sogar die Möglichkeit eines alliierten Angriffes in Erwägung zogen. Unter dem Eindruck der sich zunehmend verschlechternden Gesamtsituation Deutschlands war der Reichskanzler Bethmann-Hollweg im Juli 1914 bereit, unter vermeintlich noch günstigen Bedingungen ein Kriegsrisiko einzugehen. Auf jeden Fall wollte er die russische Balkanpolitik nachhaltig treffen, Österreich zu einer Abrechnung mit dem großserbischen Nationalismus Gelegenheit geben und im weiteren Verlauf der Aktionen die Tripelentente spalten und Rußland isolieren.

Sollte Rußland aber eingreifen, dann lud es die Verantwortung aber auf sich, als erste Großmacht zum Kriege geschritten zu sein. Je mehr sich die Krise verschärfte, um so mehr trat in der deutschen Politik dieser letzte Gesichtspunkt hervor.

Der kriegerische Ausgang der Krise ist aber nicht allein durch diese deutsche Haltung, sondern ebenso durch die Entschlossenheit Rußlands, Serbien nicht fallen zu lassen, und die Entschlossenheit Frankreichs, alle Verpflichtungen seiner Allianz mit Rußland zu erfüllen, entschieden worden. ...

Dabei hatten die Staatsmänner aller Mächte die Möglichkeiten von Krieg und Frieden durchgespielt, alle nahmen sie an der Verantwortung in größerem oder geringerem Maße für den Kriegsausbruch teil, wobei der unmittelbare Anteil der deutschen Politik erheblich größer bemessen werden muß, als es von der deutschen Geschichtsschreibung früher getan wurde.

So ist das Risiko eines großen Krieges bewußt eingegangen in der vagen Hoffnung, ihn gerade dadurch zu vermeiden, während die russische Politik den Krieg zwar wohl im Moment nicht wünschte, ihn aber durch ihre politischen und militärischen Maßnahmen dann doch unvermeidlich machte. Schließlich war es der mit dem Schlieffenplan verbundene deutsche Einmarsch in Belgien, der den Eintritt Englands in den Krieg unmittelbar herausforderte. ...<<

## **25. Wer begann den Ersten Weltkrieg?**

Am 6. Juli 1914 sicherte die deutsche Reichsregierung Österreich-Ungarn die unbedingte Bündnistreue des Deutschen Reiches zu (x041/58). Durch diese verhängnisvolle "Blankovollmacht" wurden z.B. Art und Zeitpunkt aller Entscheidungen über "Krieg oder Frieden" den Österreichern überlassen. Das militärisch schwache Österreich-Ungarn wurde durch diese bedingungslose, unverantwortliche Zusage der deutschen Reichsregierung eigentlich erst ermutigt, mit Serbien abzurechnen.

Die österreichisch-ungarische Regierung stellte Serbien am 23. Juli 1914 absichtlich ein fast unannehmbares Ultimatum, ohne sich mit dem Deutschen Reich abzustimmen. Die deutsche Regierung wurde erst nach der Übergabe des Ultimatus informiert (x063/478).

Der russische Kronrat sicherte Serbien am 25. Juli 1914 die "volle russische Unterstützung" zu, falls österreichische Truppen die serbische Grenze überschreiten sollten (x041/58).

Serbien ordnete daraufhin schon vor der Beantwortung des österreichischen Ultimatus die Mobilmachung an.

Obgleich Serbien die meisten Forderungen erfüllt hatte, ordnete Österreich-Ungarn noch am Abend die Teilmobilmachung an.

Anstatt Österreich-Ungarn zu beraten und zu überwachen, hielt sich die deutsche Regierung, trotz der akuten Kriegsgefahr, größtenteils im Sommerurlaub auf. Der deutsche Kaiser erhielt die serbische Antwort damals verspätet, weil er erst am 27. Juli 1914 von einer Nordlandreise zurückkehrte.

Die deutsche Reichsregierung forderte am 30. Juli 1914 den deutschen Botschafter in Wien auf, die österreichische Reichsregierung erstmalig - aber leider viel zu spät - mit allem Nachdruck zur Mäßigung zu bewegen (x058/284): >>... Wir sind zwar bereit, unsere Bündnispflicht zu erfüllen, müssen es aber ablehnen, uns von Wien leichtfertig und ohne Beachtung unserer Ratschläge in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen. Auch in italienischer Fra-

ge scheint Wien unsere Ratschläge zu mißachten. ...<<

Ungeachtet der deutschen Vermittlungsversuche erklärte Österreich-Ungarn am 28. Juli 1914 Serbien den Krieg.

Obwohl die österreichisch-russischen Verhandlungen wieder aufgenommen wurden, ordnete Zar Nikolaus II. auf Betreiben des russischen Außenministers, des Kriegsministers und des Generalstabschefs am 30. Juli 1914 überraschend die Generalmobilmachung an. Zar Nikolaus II. gab damit endgültig das Signal zum Kriegsbeginn.

Der australische Historiker Christopher Clark berichtete später über die russische Generalmobilmachung vom 30. Juli 1914 (x307/651): >>Die russische Generalmobilmachung zählte zu den schwerwiegendsten Entscheidungen während der Julikrise. Es war bislang die erste Generalmobilmachung. Sie kam zu einem Zeitpunkt, als die deutsche Regierung noch nicht einmal den Status der drohenden Kriegsgefahr ausgerufen hatte, das deutsche Pendant zur russischen Kriegsvorbereitungsperiode, die seit dem 26. Juli in Kraft war.

Österreich-Ungarn steckte seinerseits noch mitten in einer Teilmobilmachung mit dem Ziel, Serbien niederzuwerfen. Später herrschte unter französischen und russischen Politikern wegen dieser Abfolge der Ereignisse ein gewisses Unbehagen.

In dem Orangebuch, das die russische Regierung nach Kriegsausbruch veröffentlichte, um die eigenen Aktionen während der Krise zu rechtfertigen, datierten die Herausgeber den österreichischen Befehl zur Generalmobilmachung zurück, so daß der russische Schritt als reine Reaktion auf andere Entwicklungen erschien. ...<<

Kaiser Wilhelm II. erklärte am 31. Juli 1914 den "Zustand der drohenden Kriegsgefahr" und forderte Rußland ultimativ auf, die Mobilmachung der russischen Armeen aufzuheben (Frist = 12 Stunden). Frankreich wurde aufgefordert neutral zu bleiben (Frist = 18 Stunden).

Da Rußland das deutsche Ultimatum nicht beantwortete, schickte Kaiser Wilhelm II. am 1. August 1914 ein letztes, persönliches Telegramm an den russischen Zaren, um die Katastrophe doch noch zu verhindern (x063/481).

Weil der russische Truppenaufmarsch an den deutsch-österreichischen Grenzen unvermindert anhielt, erfolgte am 1. August 1914, um 17.00 Uhr, die deutsche Mobilmachung. Gegen 19.00 Uhr wurde die deutsche Kriegserklärung an Rußland übergeben (x056/315). Der Erste Weltkrieg begann als deutsch-russischer Krieg.

Da die deutsche Heeresleitung zwangsläufig den gefürchteten Zweifrontenkrieg führen mußte, entschied man sich nach alter preußischer Tradition für eine offensive Kriegsführung, um schnelle Entscheidungen zu erzwingen.

Ehrhardt Bödecker berichtete später über den Ersten Weltkrieg (x1.035/...): >>**Die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts**

**... Der Weltkrieg entbrennt**

Am 28. Juni 1914 ermordete die serbische Geheimorganisation "Schwarze Hand" in Sarajevo den österreich-ungarischen Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand und seine Frau Sophie. Hinter den Serben stand der russische Panlawismus. Mit der Versicherung des deutschen Beistandes für den Kriegsfall in den Händen (sogenannter Blankoscheck) erklärte Österreich am 28. Juli 1914 aus Furcht vor einem Zerfall seines Vielvölkerstaates Serbien den Krieg. Kurz vorher hatte der französische Präsident Poincaré vom 20. bis 23. Juli 1914 demonstrativ die russische Regierung in St. Petersburg besucht (die Akten über den Inhalt dieser Gespräche sind der Forschung immer noch nicht zugänglich).

Durch diesen offenbar mit London abgestimmten Besuch wurde der Kriegswille der Russen gestärkt, so daß Rußland nur wenige Tage danach am 29. Juli zur Unterstützung der Serben die Teilmobilmachung, am 30. Juli die Generalmobilmachung seiner Truppen anordnete sowie den sofortigen Transport von sechs kampfstarken Armeen an die deutsche und österreichische Grenze. Eine Beschränkung des Konfliktes auf das balkanische Gebiet war nun nicht

mehr möglich.

Was auf die russische Mobilmachung folgte, war eine Kettenreaktion aus Angst und Panik vor den unabsehbaren Folgen der unter den europäischen Großmächten bestehenden Bündnisverpflichtungen.

1. August 1914: Mobilmachung in Deutschland, Kriegserklärung an Rußland

3. August 1914: Kriegserklärung an Frankreich

4. August 1914: Kriegserklärung Englands an Deutschland

5. August 1914: Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Rußland

5. November 1914: Kriegserklärung der Entente an die Türkei

Seit September 1914: Massive wirtschaftliche Unterstützung Englands und Frankreichs durch die USA.

Der Weltkrieg war entbrannt.

Wollte Europa den Krieg? Keine Nation hat den Krieg mit Vorbedacht provoziert. Auch der Deutsche Kaiser nicht. Alle sind in den Krieg hineingestolpert. Dieser Ansicht des englischen Premierministers Lloyd George schließt sich heute die herrschende Auffassung der internationalen Geschichtswissenschaft an.

Die Tragik bestand darin, daß sich die Großmächte in die Abhängigkeit von instabilen, von Unruhen und Aufruhren geplagten Ländern wie es Rußland und Österreich-Ungarn waren, begeben hatten. Man hat diese beiden "unruhigen Kantonisten" ohne ausreichende Kontrolle handeln lassen und ist damit selbst in den Sog dieser Länder geraten. Diese beiden Länder haben Europa in den Krieg gerissen.

### **Die Kriegsziele**

USA, England, Frankreich und Rußland waren sich einig, ihre beiden deutschen Gegner "ohne Mitleid" (Zar Nikolaus II.) zu vernichten und Deutschland in den Zustand seiner früheren Zersplitterung zurückzuführen sowie die Hohenzollernherrschaft zu beseitigen. Ein Verhandlungsfrieden wurde abgelehnt.

Deutschlands erstes Ziel war sein defensiver Wille zur Selbstbehauptung. Es hatte keine Expansionsziele. Die britische und russische Weltmachtstellung sollte unangetastet bleiben. In politischer und wirtschaftlicher Weitsicht wurde ein einheitlicher europäischer Wirtschaftsraum unter deutscher Führung angestrebt (Professor Dr. Wolfdieter Bihl, 1991, Wien).

### **Das Kriegsende**

Nach dem erzwungenen Rücktritt des Deutschen Kaisers Wilhelm II. am 9. November 1918 wurde am 11. November 1918 der Waffenstillstand vereinbart. Die alliierte Hungerblockade gegen die deutsche Zivilbevölkerung blieb bis zum Sommer 1919 bestehen. Mindestens 700.000 Menschen starben dadurch in Deutschland an Hunger.

7. Mai 1919: Diktat der Friedensbedingungen an Deutschland. Damit endete der bisher größte Krieg der Weltgeschichte entgegen der europäischen Tradition ohne Verhandlungen.

Die USA strebten nach der Weltmacht und hatten sich daher vom ersten Kriegstag an einseitig für eine massive Unterstützung Englands und Frankreichs entschieden. Beide Länder weigerten sich daher - in der Gewißheit auf die amerikanische Kriegshilfe - auf die Friedensangebote Deutschlands im Dezember 1914 und im Dezember 1916 einzugehen. Die "Deutschen Friedensbemühungen während des Krieges waren Ausdruck einer wirklichen Verhandlungs- und Konzessionsbereitschaft" (Prof. Dr. Georges-Henri Soutou, 1989, Paris).

### **Keine Friedensverhandlungen**

Die Ermittlung von Schuld und Ursache für den Beginn des Krieges mag für Historiker von Interesse sein. Wichtiger ist die Frage, warum England, Frankreich und die USA Gespräche mit Deutschland über einen Verhandlungsfrieden (1916/17) abgelehnt haben. Hat sie ihr unmenschlicher Haß blind gemacht für die Nöte Europas? Wegen ihrer mangelnden Friedensbereitschaft mußten noch Millionen von Soldaten sterben. So wurde der Krieg nicht durch Ver-

handlungen, sondern erstmals in Europa durch ein Diktat der Sieger beendet.

Die Friedensbedingungen widersprachen wirtschaftlicher und politischer Vernunft und verletzten das durch das Völkerrecht geschützte Privateigentum.

### **Sie raubten Deutschlands geistiges Eigentum**

Die Patente und Warenzeichen deutscher Fabriken wurden beschlagnahmt. Am weitesten gingen die USA und England. Die USA holten mit einem Schlag den technischen Vorsprung Deutschlands von 20 Jahren ein. Den von Deutschland erfundenen und entwickelten Produkten wurde die Einfuhr in diese Länder verwehrt: Man raubte der deutschen Industrie nicht nur ihre Fabriken und Niederlassungen im Ausland, sondern zwang sie auch noch, einen erheblichen Teil ihrer Produktion zu Preisen zur Verfügung zu stellen, die weit unter dem Weltmarktpreis lagen.

Dieser Raub an den Früchten deutscher Tüchtigkeit verstieß gegen das damals (und heute noch) gültige Völkerrecht (Professor Dr. Carl Duisberg, 1923).

### **Die Ruinierer Europas**

Als Wirtschaftsraum spielte Europa in Deutschland schon seit 1839 eine große Rolle (Friedrich List). Anders dagegen bei den Unternehmern und Staatsmännern der Entente. In senilem Starrsinn bestimmten sie 1918 das Schicksal Europas, ohne Rücksicht auf die Menschen, allein nach ihren machtpolitischen Interessen. Noch heute, nach über 80 Jahren, ist diese Ignoranz und Selbstüberschätzung von Clemenceau, Poincaré, Lloyd George und Wilson, diesen Ruinierern Europas, unbegreiflich.

Nur Deutschland hielt als das technisch und wirtschaftlich führende Land des Kontinents den Schlüssel für die weitere wirtschaftliche Entwicklung Europas in den Händen. Eine europäische Wirtschaftseinheit unter deutscher Führung hätte die Bedeutung Europas als Gegengewicht zu den Wirtschaftsräumen der USA und des fernen Ostens erhalten. Damit wären die Lebensgrundlagen aller europäischen Länder gestärkt worden (Vorwegnahme der heutigen europäischen Wirtschaftsgemeinschaft).

"Der Versailler Vertrag entsproß einem Deutschenhaß, der sich bis 1885 zurückverfolgen läßt, ferner dem von der Propaganda erzeugten Zerrbild vom preußischen Militarismus." (Prof. Dr. Winfried Baumgart, "Vom europäischen Konzert zum Völkerbund", WBG 1974, S. 121)

### **Haß statt Versöhnung**

"Deutschland hat nicht nur seine Handelsflotte und seinen Auslandsbesitz verloren, es hat auch 10 % seines Gebietes, 10 % seiner Kohle und 75 % seines Eisenerzes abtreten müssen. Das bedeutet die Beraubung eines ganzen Volkes. Diese Politik der Erniedrigung von Millionen lebendiger Menschen wird zu einem Bankrott und Verfall Europas führen, der uns alle erreicht. Sie kann die geschlagenen Mittelmächte nicht wieder zu guten Nachbarn machen. Anstatt Gedanken und Hoffnungen auf Eintracht in der europäischen Familie zu stärken, zementiert sie den Haß und den Nationalismus, von denen die Völker Europas jetzt besessen sind." (Zitiert nach Professor Dr. John Maynard Keynes, berühmter englischer Nationalökonom, 1922).

Das Samenkorn für das noch größere Unglück, das 1933 über Deutschland und Europa hereinbrach, war hier gelegt worden.

Aus der "Historischen Zeitschrift" vom Oktober 1998, Band 267, S. 399 ff, werden hier einige Bemerkungen des bekannten Weltkriegsforschers, Prof. Dr. Gregor Schöllgen aus Erlangen, auszugsweise wiedergegeben:

"Die Forschung über die Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs erfährt derzeit in der deutschen Geschichtswissenschaft eine bemerkenswerte Renaissance. So tritt der schwierige Vergleich der deutschen Politik mit der Politik anderer Akteure an die Stelle der bisher recht provinziell anmutenden Nabelschau deutscher Kriegsschuldforschung. Daß die sogenannte Fritz-Fischer-Kontroverse, die in den sechziger und siebziger Jahren die Geschichtswissenschaft wie die

interessierte Öffentlichkeit in Atem gehalten hat, vollständig versiegt ist, überrascht nicht. Die jetzt von deutschen Forschern für die Politik des kaiserlichen Deutschland vorgelegten Antworten lassen aufhorchen. Anders als ein bisher sorgfältig kultiviertes Vorurteil suggerierte, hat es in der deutschen Außenpolitik durchaus und immer wieder den Versuch gegeben, den Krieg zu vermeiden.

Es war in den Reihen des deutschen Militärs sicher, daß ein allgemeiner europäischer Krieg nicht kurz und für Deutschland nicht zu gewinnen sein werde. Daß die deutsche Politik im Juli 1914 versagte, hat in erster Linie mit dem Mangel an Alternativen zu tun, der dazu führte, daß es unter dem Eindruck der Situation und der drängenden Militärs zu einer so offenkundig irrationalen Entscheidung kam. Mit dem nur drittstärksten Heer, hatte Paul Sethe schon 1954 betont, fängt keine Regierung einen Eroberungskrieg gegen Weltmächte an.

Die Auffassung, daß Militärs und Politiker in Berlin entweder einen kurzen und für Deutschland erfolgreichen Krieg durchaus für möglich gehalten oder aber mit ihrer "Flucht nach vorn" ein ganz anderes, nämlich innenpolitisches Ziel verfolgt haben, hat heute kaum noch Anhänger. (An dieser These halten vorwiegend Historiker fest, die sich weniger an Wissenschaftlichkeit, sondern mehr an Ideologie ausrichten. "Weil nicht sein kann, was nicht sein darf".)

Im 19. Jahrhundert wurde der Krieg, von vereinzelt warnenden Stimmen abgesehen, noch als ein Weg zur Konfliktlösung betrachtet. Ein Krieg wurde geführt, wenn andere Mittel - allen voran der Verhandlungsweg - nicht den gewünschten Erfolg versprochen.

Noch kannte man in Europa den modernen Massen- und Vernichtungskrieg nicht, weder seine Mittel, noch seine Methoden, noch die ideologisch motivierte Skrupellosigkeit einer totalen Kriegsführung (im Namen von Freiheit und Demokratie!), auch gegen die Zivilbevölkerung.

Die außereuropäische Welt war weitgehend verteilt; vor allem aber hatte Rußland im fernen Osten jene verheerende Niederlage gegen das aufstrebende Japan hinnehmen müssen, die das Zarenreich zwang, seine expansive Energie erneut auf Europa zu richten. Die Folge war eine Serie schwerer internationaler Krisen.

Um die Katastrophe des Kriegsausbruchs 1914 wirklich verstehen zu können, muß man den Blick in jene Zeit zurücklenken, in der die Weichen gestellt worden sind und fragen, ob sich die Akteure der Tragweite ihrer Entscheidungen bewußt gewesen sind und ob sie realisierbare Alternativen gesehen haben oder sehen konnten.

Neuere Forschungen lassen aufhorchen: Hatte man sich nicht darauf verständigt, daß nur die deutsche Politik in die Verantwortung für den Kriegsausbruch zu nehmen sei? Professor Dr. Konrad Canis (1998) sieht das anders. Vorsichtig in der Formulierung, eindeutig in der Sache, rückt bei ihm Großbritannien - wieder - als Hauptverantwortlicher ins Zentrum des Geschehens.

Daß die internationale Mächtekonstellation um die Jahrhundertwende in Bewegung kam, lag nicht an der deutschen Flotten- oder Weltpolitik, sondern in erster Linie an England. Folglich richtete sich diese Bewegung auch nicht gegen die Inselmacht, sondern gegen Deutschland, die stärkste Macht und der atemberaubendste Aufsteiger auf dem Kontinent. Nicht anders dachten die Historiker mehrheitlich in der Zwischenkriegszeit.

1929 bestritt Professor Dr. Gerhard Ritter die Ernsthaftigkeit der englischen Bündnisangebote an Deutschland von 1898 und 1901. Ebenso ist sich Canis heute sicher, daß es eine tatsächliche englische Bündnisbereitschaft nicht gegeben hat. England hatte nichts anderes vor, als Deutschland gegen Rußland in China in Stellung zu bringen, möglichst in die vorderste Front. Mit eben diesem Argument, und daher nicht ohne Grund, hatte der deutsche Reichskanzler Bernhard von Bülow die angeblichen britischen Avancen zurückgewiesen.

Die Angst vor Macht- und Prestigeverlust beherrschte die deutsche Außenpolitik. Der wachsende Widerspruch zwischen fehlender Weltgeltung und steigendem Potential verstärkte die Nervosität der deutschen Politik. Im Zeitalter des Imperialismus wurde "Prestige" zum über-

ragenden Handlungsmotiv einer jeden Großmacht. Dahinter stand tatsächlich keine Bereitschaft zum Krieg, schon gar nicht zum großen europäischen.

Und so hält es Canis für ungerechtfertigt, aus vollmundigen Äußerungen des deutschen Kaisers auf eine Kriegsbereitschaft der Reichsleitung zu schließen. Das alles ist gewiß noch nicht das letzte Wort, aber eine grundlegende Änderung wird diese Position in Zukunft nicht mehr erfahren."

Aus "Die Zerstörung Europas" (Propyläen, 1988, S. 102), Prof. Dr. Andreas Hillgruber:

"Die erstmalige Auswertung der Bulgarien und Rumänien betreffenden Akten des politischen Archivs des Deutschen Auswärtigen Amtes zeigt überraschend, daß sich (Reichskanzler) Bethmann Hollweg um eine Begrenzung des serbisch-österreichischen Konfliktes bemüht hat. Dem gleichen Ziel der Begrenzung des Konflikts dienten die deutschen diplomatischen Vorstöße in Bukarest. Doch Rumänien lehnte ab.

Aus diesen Aktenfunden ergibt sich, daß die deutsche Reichsleitung sich wohl des hohen Risikos ihrer Politik in der Krise bewußt war, sie legte es aber keineswegs - wie es Fischer und seine Schüler behaupteten - darauf an, die Krise zur Auslösung eines deutschen Kontinentalkrieges gegen Rußland und Frankreich zu nutzen."

Für seine Thesen, Deutschland habe einen lang vorbereiteten Eroberungskrieg führen wollen, konnte Fritz Fischer nach Prof. Dr. Niall Ferguson keinen einzigen Beweis vorlegen. Fischers Behauptungen fanden bei internationalen und nationalen Historikern nur deswegen so hohe Aufmerksamkeit, weil sie sich bequem in die Umerziehungsrhetorik gegen Preußen-Deutschland einpassen ließen.

Aus "Deutsche Quellen zur Geschichte des Ersten Weltkrieges" (WBG, 1991, S. 5) Prof. Dr. Wolfdieter Bihl, Wien:

"Erst wenn alle Archive der alliierten Staaten, auch deren Geheimbestände, uneingeschränkt auswertbar sind, wird eine größtmögliche Objektivität der Beurteilung im gesamteuropäischen Zusammenhang möglich sein."

Jens Ulrich Heine (1998), Odenthal:

"Wissenschaft bricht Monopole: "We have the men, we have the ships, and we have the money too." Nach dieser viktorianischen Devise regierten die Seemächte Westeuropas und Nordamerikas mit ihren Kolonien und ihrem Kapital in Nord- und Südamerika, Nah- und Fernost, Australien und im südlichen Afrika 200 Jahre lang über die Rohstoffe dieser Welt. Sie diktierten Ausfuhrmengen und -preise von Chilesalpeter, brasilianischem und malaysischem Naturkautschuk, von indischem und chinesischem Indigo, nordamerikanischer Baumwolle und australischer Schafswolle, von heilender Chinarinde aus Ostindien, von Petroleum aus texanischem und arabischem Erdöl, südafrikanischen Diamanten und Edelmetallen u.v.m. Mit diesen Monopolen verschafften sie sich nicht nur Reichtum, sondern vor allem Macht. Macht über die "Habenichtse" dieser Welt.

Der Aufstieg der deutschen chemischen Industrie seit der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts zur weltweiten Dominanz und Marktführerschaft läßt sich vor diesem Hintergrund auf eine einfache Formel bringen. In einem rohstoff- und devisaarmen Land bewirkte sie sehr erfolgreich den Austausch natürlicher Rohstoffe, die importiert werden mußten, durch Umwandlung nationaler Grundstoffe, die als synthetische Roh-, Zwischen- und Fertigprodukte in alle Welt exportiert werden konnten.

Mit künstlichen Farben, Fasern und Edelsteinen, mit Kunststoffen, Synthesekautschuk und -Treibstoffen, mit Arznei-, Pflanzenschutz- und Düngemitteln aus Kohle, Wasser, Kalk und Luft revolutionierten deutsche Wissenschaftler die Welt. "Wissenschaft bricht Monopole". Kaum jemand kennt die chemischen Zusammensetzungen dieser "Kunstprodukte".

Aber als Indanthren und Agfacolor, Perlon und Dralon, Plexiglas und Styropor, Buna und Moltopren, Aspirin und Salvarsan wurden Warenzeichen zu Gattungsbegriffen, bekannt seit

eh und je. Deutsch wurde zur internationalen Sprache der Naturwissenschaften. Globalisierung gehörte von Anfang an zur Existenzgrundlage der deutschen chemischen Industrie. 1914 deckte sie 87 Prozent des Weltfarbstoffbedarfs und galt als "Apotheke der Welt".

Mit ihren Entdeckungen wiesen deutsche Forscher und Techniker den Weg aus Hunger, dem Mangel an Kleidung und industrieller Rückständigkeit - den Weg aus der Angst vor Abhängigkeit und Fremdbestimmung. Befreiung durch Chemie! Unerfüllbar erscheinende Wünsche und Sehnsüchte der Unterprivilegierten und ihre Hoffnungen auf wirtschaftlichen Fortschritt ließen sie Wirklichkeit werden - und beseitigten gleichzeitig Monopole und Einfluß der Wohlhabenden und Mächtigen.

Die Folge war die Feindschaft des britischen Imperiums und der Vereinigten Staaten, die die Märkte der Weltrohstoffe beherrschten und bis zum Weltkrieg hinter der deutschen Chemie herhinkten. Kurz vor Kriegsausbruch forderte die Londoner "Morning Post": "Es muß unser Ziel sein, den deutschen Handel zu vernichten".

Im Jahre 1919 bemerkte der englische Premierminister Lloyd George zu Lord Riddell: "Wir Briten haben uns durchgesetzt. Die deutschen Handelsschiffe sind ausgeliefert. Unser Hauptkonkurrent im Handel ist zum Krüppel geschlagen."

### **Nachtrag**

In A 1080 APPENDIX TO THE CONGRESSIONAL RECORD (1941) wird von US-Senator Rush D. Holt ein Brief zitiert, den Winston Churchill im Jahre 1936 an Mr. William Griffin, den Herausgeber und Verleger der Zeitung "New York Enquirer", gerichtet hat. Darin habe Churchill ausgeführt: ... Amerikas Kriegseintritt war verheerend nicht nur für die USA, sondern auch für die Alliierten, denn wären die USA zu Hause geblieben und hätten sich um ihre eigenen Angelegenheiten gekümmert, wir (die Alliierten) hätten im Frühjahr 1917 mit den Mittelmächten Frieden geschlossen.

Es wäre nicht zum Kollaps in Rußland gekommen mit dem nachfolgenden Kommunismus, kein Zusammenbruch in Italien mit dem nachfolgenden Faschismus; und Nazismus würde jetzt nicht in Deutschland an die Regierung gekommen sein. ...

"Der Krieg von 1914 aber wurde von England nicht Frankreichs oder gar Belgiens wegen geführt, sondern..., um Deutschland als Wirtschaftskonkurrenz wenn möglich für immer auszuschalten. ... Der Vertrag von Versailles sollte gar keinen Friedenszustand begründen, sondern die Machtverhältnisse derart regeln, daß das Ziel jederzeit mit neuen Forderungen und Maßnahmen gesichert werden konnte.

Daher die Auslieferung der Kolonien, der Handelsflotte, die Beschlagnahme der Bankguthaben, Besitzungen, Patente in allen Ländern, die Abtrennung von Industriegebieten wie Oberschlesien und dem Saarland, die Einführung der Republik, von der man mit Recht eine Untergrabung der Industrie durch die allmächtig gewordenen Gewerkschaften erwartete, und endlich die Reparationen, die wenigstens im Sinne Englands keine Kriegsentschädigung sein sollten, sondern eine dauernde Belastung der deutschen Wirtschaft bis zu deren Erliegen."

- Oswald Spengler, deutscher Geschichtsphilosoph und Schriftsteller (1880-1936) in "Jahre der Entscheidung", Sommer 1933 ...

*Ehrhardt Bödecker Ehrhardt Bödecker gilt als einer der profiliertesten Kenner der preußisch-deutschen Geschichte.*

*Jahrgang 1925, wohnhaft in Berlin seit 1934, wurde er als Kriegsteilnehmer schwer verwundet. Er studierte Recht, Ökonomie und Geschichte in Deutschland und den USA und war anschließend als Anwalt, Verwaltungsrichter und Amtsrichter tätig. Seit 1966 war er selbständiger Privatbankier (Weberbank). 1995 ging er in den Ruhestand. Bödecker ist Inhaber und Gründer des im Jahre 2000 eröffneten "Brandenburg-Preußen Museums" in Wustrau nordwestlich von Berlin. Zahlreiche Buchveröffentlichungen über den Ersten Weltkrieg, Preußen und das Deutsche Kaiserreich, z.B. "Preußen und die Wurzeln des Erfolgs".*

*Bödecker schildert in seinem Essay die Vorgeschichte des Sommers 1914, die Interessenlage der kriegführenden Staaten und die Folgen des Ersten Weltkrieges.*

*Seine These: Durch das Eingreifen der USA 1917 wurde ein gerechter "Erschöpfungsfriede" auf Basis des status quo ante verhindert und das europäische Machtgleichgewicht auf Jahrzehnte empfindlich gestört. Der diktierte Friede von Versailles 1919 bildete keine Grundlagen für einen dauerhaften Frieden. Die Folgen waren Revolution, Revanchelust, Bolschewismus, Faschismus und Nationalsozialismus sowie ein neuer Krieg.<<*

## **26. Wie kam es dazu, daß die Deutschen bis zum heutigen Tag die Hauptschuld am Ausbruch des Ersten Weltkrieges anerkennen müssen?**

Bis zum heutigen Tag behauptet das Meinungskartell der Mainstream-Historiker, daß Deutschland die Hauptschuld am Ausbruch des Ersten trugen Weltkrieges würde.

Wer die wesentlichen historischen Fakten kennt, die zum Ersten und später zum Zweiten Weltkrieg führten, stößt schon bald auf die eigentlichen Drahtzieher im Hintergrund. Nicht Zufälle, sondern langfristige Planungen der maßgeblichen NWO-Strategen führten zur Zerschlagung der mächtigen europäischen Kaiserreiche Rußland, Deutsches Reich und Österreich-Ungarn sowie des Osmanischen Reiches und zur Entstehung beider Weltkriege.

Das rasante Wirtschaftswachstum und die großartigen Exporterfolge des Deutschen Reiches entschieden schließlich das Schicksal der Deutschen, denn die damaligen Großmächte Großbritannien, Frankreich und USA duldeten keinen weiteren Konkurrenten. Die "aufmüpfige" deutsche Industrie- und Wirtschaftsmacht sollte während des Krieges entscheidend geschlagen werden, um den neuen lästigen Konkurrenten dauerhaft zu schwächen und auszuschalten.

Der deutsche Autor Dr. Helmut Roewer schrieb später (im Jahre 2016) im Buch "Sie wollten den Krieg. Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete" über die wahren Gründe für den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x337/227): >>... Die vorsätzliche nunmehr 100-jährige Falschinformation über diese Dinge war sehr erfolgreich. Noch heute wird das Märchen von den deutschen Welteroberungsplänen, die angeblich den Krieg auslösten, für bare Münze genommen. Es soll ein barbarisches Hohenzollern-Regime hierfür die Verantwortung tragen. Dem hätten sich die friedfertigen demokratischen Staaten widersetzen müssen, um nicht unterzugehen. Das Für-wahr-Halten solcher Lügen beruht auf einem einfachen Mechanismus, den man als "Propaganda" bezeichnet.

Es geht bei der Propaganda um die stete Wiederholung einer Falschinformation, bis der Zuhörer sie für eine nicht hinterfragbare Tatsache hält. ...<<

## **27. Was führte zur Kriegsbegeisterung im August 1914**

Kaiser Wilhelm II. rief "sein Volk" am 4. August 1914 öffentlich zu den Waffen und erklärte feierlich (x073/31): >>... So muß denn das Schwert entscheiden. Mitten im Frieden überfällt uns der Feind. Drum auf! Zu den Waffen! Jedes Schwanken, jedes Zögern wäre Verrat am Vaterlande ...

Uns treibt nicht Eroberungslust, uns beseelt der unbeugsame Wille, den Platz zu bewahren, auf den Gott uns gestellt hat. In aufgedrungener Notwehr, mit reinem Gewissen und reiner Hand ergreifen wir das Schwert. An die Völker und Stämme des Deutschen Reiches ergeht mein Ruf, zu verteidigen, was wir in friedlicher Arbeit geschaffen haben.

Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutsche! Zum Zeichen dessen, daß Sie fest entschlossen sind, ohne Parteiunterschied, ohne Standes- und Konfessionsunterschied mit mir durch dick und dünn, durch Not und Tod zu gehen, fordere ich die Vorstände der Parteien auf, vorzutreten und mir dies in die Hand zu geloben.<<

Der deutsche Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg erklärte am 4. August 1914 im Reichstag (x245/72): >>Wir sind jetzt in der Notwehr; und Not kennt kein Gebot! Unsere

Truppen haben Luxemburg besetzt, und vielleicht schon belgisches Gebiet betreten. Meine Herren, das widerspricht den Geboten des Völkerrechts. Das Unrecht - ich spreche offen -, das Unrecht, das wir tun, werden wir wiedergutzumachen versuchen, sobald unser militärisches Ziel erreicht ist. Wer so bedroht ist wie wir und um sein Höchstes kämpft, der darf nur daran denken, wie er sich durchhaut! ...<<

Die Bevölkerungen der kriegsführenden Staaten wurden damals von einem regelrechten Kriegsfieber erfaßt. In den großen europäischen Hauptstädten Berlin, London, Moskau, Paris und Wien begrüßten Tausende von kriegsbegeisterten Menschen den "gerechten Krieg". Nirgends zeigte sich offener Widerstand gegen den Krieg, denn jedes kriegsbeteiligte Land kämpfte angeblich für eine gerechte Sache.

In Berlin und in Wien sangen die Deutschen patriotische Lieder und meldeten sich in Massen freiwillig zum Kriegseinsatz. Alle Klassen der deutschen Bevölkerung - auch die Sozialdemokraten und sogar der linksradikale Karl Liebknecht - waren damals für diesen vermeintlich gerechten Verteidigungskrieg und zogen bereitwillig für das Vaterland in den Krieg. Die Geistlichen segneten die eingezogenen Soldaten und die Waffen. Die ausrückenden deutschen Truppen sangen fröhliche Lieder, als ob man nur in ein kurzes Manöver ziehen würde. Die blumengeschmückten Züge wurden von begeisterten Menschenmassen verabschiedet. Überall herrschte damals eine unglaubliche Mischung aus Jubel und großer Zuversicht, daß der Krieg schon bald zu Ende sein würde: "Wieder zu Hause, ehe das Laub fällt ...", "Weihnachten sind wir schon zurück!" ...

Der spätere britische Kriegsminister David Lloyd George berichtete damals über die Stimmung der europäischen und der englischen Bevölkerung (x041/10): >>Die Bevölkerung wurde vom Kriegsfieber gepackt. In sämtlichen Hauptstädten schrie sie nach Krieg. Die älteren Staatsmänner bemühten sich mit schwachen Kräften, den Krieg zu verhindern, während die Jugend der untereinander rivalisierenden Länder vor ihren Türen ungeduldig nach dem sofortigen Krieg verlangte. ...

Ich werde nie die kriegslustigen Massen vergessen, die sich in Whitehall versammelten, während das Kabinett über die Alternative Frieden oder Krieg beriet ... Es fanden sich zahllose Scharen junger Menschen in Westminster ein, um für den Krieg gegen Deutschland zu demonstrieren.<<

## **28. Wieso wurde das Friedensangebot der Mittelmächte im Dezember 1916 abgelehnt?**

Nach der Eroberung Rumäniens gab die deutsche Regierung am 12. Dezember 1916 ein Friedensangebot der Mittelmächte an die Entente ab.

Das Deutsche Reich verzichtete jedoch am 26. Dezember 1916 auf die Nennung von konkreten Friedensbedingungen, weil die französisch-britischen Bedingungen für das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn unannehmbar waren.

Die Alliierten lehnten am 30. Dezember 1916 das Friedensangebot der Mittelmächte vom 12. Dezember 1916 ab, da keine konkreten Friedensbedingungen genannt wurden. Angesichts der "Bedrohung der Freiheit" hielt der französische Außenminister Briand allein schon das Wort Frieden für frevelhaft (x041/68).

Wenn sich die Vereinigten Staaten von Amerika damals nicht aus wirtschaftlichen und machtpolitischen Gründen in den Ersten Weltkrieg eingemischt hätten, wäre es angesichts der unentschiedenen militärischen Lage und der hohen Verluste (allein während der strategisch völlig sinnlosen Kämpfe um Verdun von Februar bis Dezember 1916 fielen mindestens 335.000 Deutsche und 360.000 Franzosen) noch im Dezember 1916 oder im Januar 1917 zu einem Waffenstillstand ("Erschöpfungsfrieden") im Osten und Westen gekommen.

Die europäischen Kriegsparteien hätten sich danach notgedrungen auf einen maßvollen Verständigungsfrieden (Wiederherstellung der Vorkriegslage und angemessene Entschädigungen

für Sachschäden in den Kampfgebieten) geeinigt.

Aufgrund des "Erschöpfungsfriedens" im Dezember 1916 oder im Januar 1917 wären z.B. folgende Ereignisse vermieden worden:

In den Jahren 1917 bis 1918 wären Millionen von Soldaten nicht mehr gefallen oder verwundet worden.

Die bolschewistische Revolution in Rußland wäre im Jahre 1917 gescheitert und es hätte keinen verlustreichen Bürgerkrieg, keine Gründung der UdSSR sowie keine stalinistische Gewaltherrschaft gegeben.

Im Deutschen Reich wäre die konstitutionelle Monarchie vermutlich durch eine parlamentarische Monarchie ersetzt worden.

Die Donaumonarchie hätte die slawischen Völker nach und nach in die Unabhängigkeit (Beispiel: "British Commonwealth of Nations") entlassen müssen.

Im Verlauf der "Hungerblockade" von November 1918 bis Juli 1919 wären nicht mehr als 300.000 deutsche Zivilisten verhungert.

Die völkerrechtswidrige "Friedenspolitik" ("Pariser Vorortverträge") hätte Deutschland und viele andere europäische Staaten nicht ins wirtschaftliche und politische Chaos gestürzt.

Die jahrhundertealten europäischen Macht- und Kräfteverhältnisse hätten sich nicht schlagartig grundlegend geändert, so daß die Vereinigten Staaten von Amerika erst wesentlich später eine Superwirtschafts- und Militärweltmacht geworden wäre.

Der Siegeszug der Diktaturen, der ab 1920 in fast allen neugegründeten Staaten und in zahlreichen europäischen Ländern erfolgte, hätte in diesem Umfang nicht stattgefunden.

Hitlers nationalsozialistische Bewegung, den Zweiten Weltkrieg, die Ermordung der europäischen Juden und die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa hätte es nicht gegeben.

Erneute Konflikte wären vermutlich auch nach einem vorzeitigen Ende des Ersten Weltkrieges entstanden, aber sie hätten sicherlich nicht die Ausmaße des späteren Zweiten Weltkrieges von 1939-45 erreicht.

Die deutschen Autoren Dr. Thomas Jung und Friedrich Georg schrieben später (im Jahre 2019) in ihrem Buch "1918 - Die Tore zur Hölle. Die verheimlichte Wahrheit über den Untergang des deutschen Kaiserreiches" über die Ablehnung der deutschen Friedensvorschläge (x340/11-12): >>... Alle deutschen Angebote zwecks eines Ausgleichsfriedens wurden von den verantwortlichen Entente-Politikern umgehend abgelehnt. Sie konnten nicht anders, denn um die Blüte ihrer Jugend für die wirtschaftlichen Interessen weniger auf die Schlachtfelder treiben zu können, hatten sich Frankreichs und Englands Politiker bis zum letzten Penny bei amerikanischen Banken und Investoren verschulden müssen.

Ihnen drohte im Falle eines deutschen Sieges oder eines Ausgleichsfriedens der Bankrott. Die USA waren deshalb 1917 in den Weltkrieg auf Seiten der Gegner Deutschlands eingetreten, um ihre Investitionen zu retten.<<

## **29. Weshalb beteiligten sich die Vereinigten Staaten von Amerika im Jahre 1917 direkt am Ersten Weltkrieg?**

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den nordamerikanischen Kriegseintritt im Jahre 1917 (x068/181-182,183-184): >>... Tatsache ist: der Krieg wurde durch die USA verlängert, verschärft. ...

Die Kritik, die Klage Kennans, des US-Diplomaten, "daß der erste Weltkrieg nicht im November 1917 beendet wurde, als die Bolschewisten seine Beendigung forderten, daß es "den Alliierten im Herbst 1917 an Staatskunst fehlte", ... daß "sie unfähig waren, die Tragödie und Sinnlosigkeit des Krieges selbst zu erkennen und den Kampf auf der Grundlage eines Kompromisses aus eigener Kraft zu beenden", dies trifft doch niemanden mehr als die USA und ihren Präsidenten. Denn sie dehnten das Morden noch aus, vergrößerten es. ...<<

>>... Eine wichtige, vielleicht sogar entscheidende Rolle für den Kriegseintritt der USA - wovon man freilich nur sehr selten etwas liest - spielt das New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co., genauer ein Bankkollektiv unter seinen Leitern Jakob H. Schiff, den besonders bedeutenden Brüdern Paul M. Warburg und Felix M. Warburg, der u.a. an den europäischen Rothschildbanken beteiligt war, den Bankiers Otto H. Kahn, Mortimer Schiff, Jerome H. Hanauer sowie einem Mitglied der Guggenheim-Familie, an deren Spitze der "Kupferkönig" stand. ...<<

US-Senator George Norris aus Nebraska gab im Jahre 1917 folgende Stellungnahme ab (x056/137): >>... Nach meiner Meinung hätten wir von Anfang an die strikteste Neutralität wahren sollen. Wenn wir das getan hätten, stünden wir jetzt nicht am Rande des Krieges. ... Der Krieg bringt Reichtum für die Spekulanten der Wall Street ... Sie wollen Geld verdienen durch den Krieg und die Vorbereitung des Krieges ... Wir gehen in den Krieg auf den Befehl des Goldes ...

Die Folgen könnten sein, daß Millionen unserer Brüder ihr Blut vergießen müssen, daß Millionen Frauen weinen müssen, daß Millionen Kinder frieren müssen und Millionen Säuglinge verhungern müssen – und alles nur, weil wir das Recht amerikanischer Bürger wahren wollen, Waffen an kriegsführende Staaten zu liefern.<<

### **30. Warum entschied der US-Kriegseintritt vom 6. April 1917 den Ausgang des Ersten Weltkrieges?**

Die US-Wirtschaft belieferte die Westmächte (Entente) bereits seit etwa 1915 mit Kriegsgütern, denn ein Sieg der Mittelmächte würde angeblich die großen US-Kapitalanlagen in England und Frankreich gefährden.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die US-Neutralität im Ersten Weltkrieg (x068/175): >>... Die Gelegenheit war nun einmal gut, war besser als die Moral. Die halbe Welt befand sich im Krieg, im Krieg gegen das böse, das wilhelminische, das kaiserliche Deutschland, das im übrigen, ganz wie die "demokratischen" USA, eine wirtschaftliche und machtpolitische Expansion erstrebte.

Und Woodrow Wilson hatte es schon 1912 als den gefährlichsten Rivalen im Welthandel ausgemacht, als größere Konkurrenz selbst als das gleichfalls expansionslüsterne Japan oder die alten Großmächte England und Frankreich. ...<<

US-Botschafter Walter Hines Page (1855-1918) telegraphierte z.B. am 5. März 1917 aus London an US-Präsident Wilson (x340/61): >>Der Druck der herannahenden Finanzkrise übersteigt nunmehr die Leistungsfähigkeit des Hauses Morgan für die britische und die französische Regierung. ... Es ist nicht unwahrscheinlich, daß der einzige Weg, um unsere hervorragende Handelslage aufrechtzuerhalten und eine Panik zu vermeiden, die Kriegserklärung an Deutschland darstellt.<<

Winston S. Churchill (1874-1965, während des Ersten Weltkrieges u.a. britischer Marineminister) berichtete später im "New York Enquirer" (x068/199): >>Amerikas Kriegseintritt 1917 war ein unseliger Schritt.

Wäret Ihr zu Hause geblieben und Euren eigenen Geschäften nachgegangen, dann hätten wir im Frühjahr 1917 mit den Zentralmächten Frieden geschlossen.<<

Der Kriegseintritt Nordamerikas am 6. April 1917 brachte endgültig die Wende des Ersten Weltkrieges. Die US-Wirtschaftsmacht führte den bereits ermatteten, kriegsmüden britisch-französischen Verbündeten danach schier unerschöpfliche Kriegsmaterial- und Truppenverstärkungen zu, so daß die Überlegenheit der Alliierten von Tag zu Tag größer wurde. Die großen US-Geleitzüge brachten jetzt noch mehr schwere Waffen, vor allem Panzer, Versorgungsgüter und ausgeruhte Truppen nach Europa. Ununterbrochen trafen neue Waffen-, Munitions- und Truppentransporte in England und Frankreich ein.

### **31. Wer unterzeichnete im November 1917 die sogenannte "Balfour-Deklaration?"**

Am 2. November 1917 erteilte der britische Außenminister Arthur James Balfour (1848-1930, 1902-1905 Ministerpräsident, 1916-1919 Außenminister) dem Lord Rothschild eine offizielle Zusage, in Palästina eine nationale Heimstätte der Juden bzw. einen Judenstaat zu errichten.

In der sog. Balfourerklärung hieß es (x128/361): >>Mein Lieber Lord Rothschild!, zu meiner großen Genugtuung übermittle ich ihnen namens Seiner Majestät Regierung die folgende Sympathie-Erklärung für die jüdisch-nationalen Bestrebungen, die vom Kabinett geprüft und gebilligt worden ist.

Seiner Majestät Regierung betrachtet die Schaffung einer nationalen Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk mit Wohlwollen und wird die größten Anstrengungen machen, um die Erreichung dieses Zieles zu erleichtern, wobei klar verstanden wird, daß nichts getan werden soll, was die bürgerlichen und religiösen Rechte bestehender nichtjüdischer Gemeinschaften in Palästina oder die Rechte und die politische Stellung der Juden in irgendeinem anderen Lande beeinträchtigen könnte.

Ich bitte Sie, diese Erklärung zur Kenntnis der zionistischen Föderation zu bringen.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Balfour-Deklaration" (x051/57): >>... Die Balfour-Deklaration wurde von den Zionisten als verbindliche Zusage zur Bildung eines jüdischen Staates auf dem Boden des britischen Mandatsgebiets interpretiert, von den Gegnern nur als Zusicherung des Wohn- und Lebensrechts. Mit Berufung auf die Balfour-Deklaration versuchten ... die im Dritten Reich verfolgten deutschen Juden Einwanderungsgenehmigungen zu erzwingen.

Aus Rücksicht auf die arabische Bevölkerung aber legten die Briten die Balfour-Deklaration sehr eng aus und lehnten in einem Weißbuch vom Mai 39 ausdrücklich eine jüdische Staatsbildung ab.<<

Diese Erklärung wurde später zur Grundlage des jüdischen Anspruches auf Westpalästina (x073/71).

### **32. Wie wurde die russische Oktober-Revolution 1917 finanziert?**

Die bolschewistische Oktoberrevolution in Rußland im Jahre 1917 wurde maßgeblich durch das globale Terrorimperium geplant, organisiert, finanziert und durchgeführt. Lenin und Trotzki, die Hauptanführer der russischen Revolution, waren nicht nur fanatische Kommunisten, sondern auch leidenschaftliche Freimaurer. Sie gehörten dem 33. Freimaurergrad des sog. Schottischen Ritus an.

Leo Trotzki (ein herausragender Redner und Schriftsteller, der u.a. auch die US-Darlehen weiterleitete) gründete und führte später die Rote Armee.

An der russischen Revolution von 1917 waren zahlreiche jüdische Revolutionäre maßgeblich beteiligt und besetzten entscheidende Positionen. Zu ihnen gehörten z.B. (x043/346): Leo Trotzki (1879-1940, ermordet), Grigorij Sinowjew (1883-1936, hingerichtet) und Lew Kamenew (1883-1936, hingerichtet, enger Mitarbeiter Lenins).

Lenin berichtete später über die russischen Revolutionäre (x043/346): >>... Die Russen sind zu leichtlebig. Sie werden des revolutionären Kampfes zu schnell müde. Die Juden aber geben mit ihrer Hartnäckigkeit und ihrem Fanatismus ausgezeichnete Revolutionäre ab.<<

Die Bolschewisten wurden damals durch US-Banken (wie z.B. durch die New Yorker Bankhäuser Kuhn, Loeb & Co., Warburg und andere) finanziell unterstützt.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die finanzielle Unterstützung der Bolschewisten durch US-Banken (x068/187-188): >>...

Das zaristische Reich kollabierte, die revolutionäre Regierung, ... die rote Armee war zu finanzieren. Jakob H. Schiff, dem Zaren gram wegen der Judenverfolgungen, hatte schon im Russisch-Japanischen Krieg 1905 russische Revolutionäre finanziert und derart zum Sieg der

Japaner beigetragen. 1917 aber bezahlte er den bolschewistischen Umsturz, und zwar über Leo Trotzki, der mit der Tochter eines ihm befreundeten Bankiers, Giwotowski, verheiratet war. ...

Man wird in Erinnerung behalten müssen, daß die Finanzierung des Umsturzes in Rußland und der roten Armee durch die US-Hochfinanz geschah, ja, daß sie auch dort - über Max M. Warburg - ihre Finger im Spiel hatte, wo der deutsche Goldstrom zum Fließen kam, nämlich das Geld des Rheinisch-Westfälischen Syndikats, einer nahezu singulären Industriekonzentration, auf die Max M. Warburg größeren Einfluß hatte als seine Rivalen Thyssen, Stinnes oder Hugenberg. ...

Als Jakob H. Schiff jedenfalls seine Verdienste am bolschewistischen Umsturz herausstrich, verfiel er zeitweise so etwas wie dem Boykott der US-Gesellschaft, und sein Schwager Paul M. Warburg mußte sich von ihm distanzieren.<<

Winston S. Churchill schrieb im Februar 1920 in der britischen Tageszeitung "Illustrated Daily Herald" (x337/125): >>Zionismus versus Bolschewismus

... Die Pläne der internationalen Juden. ... Diese Bewegung unter den Juden ist nicht neu. Von den Tagen des Spartakus-Weishaupts an bis zu denen von Karl Marx und Trotzki (Rußland), Bela Kun (Ungarn), Rosa Luxemburg (Deutschland) und Emma Goldman (USA) hat diese weltweite Verschwörung zum Sturz der Zivilisation ... stetig zugenommen. ...

Sie war die Triebfeder hinter jeder subversiven Bewegung im 19. Jahrhundert. Und nun hat diese Bande außergewöhnlicher Persönlichkeiten aus der Unterwelt der großen Städte Europas und Amerikas endlich das russische Volk bei seinen Haaren ergriffen, und sie sind praktisch die unumstrittenen Herren dieses riesigen Reiches geworden. ...<<

### **33. Was bedeutete der Abschluß des Waffenstillstandes vom 11. November 1918 aus völkerrechtlicher Sicht?**

Das Deutsche Reich von 1871 war bis zum Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 der letzte souveräne deutsche Staat bzw. das letzte gültige Völkerrechtssubjekt.

Nach ausdrücklicher Zustimmung der deutschen Heeresleitung unterzeichneten die deutschen Unterhändler am 11. November 1918, um 11.55 Uhr, ein Waffenstillstandsabkommen, das wesentliche Vereinbarungen des nordamerikanischen "14 Punkte-Friedens" enthielt. Danach schwiegen an den europäischen Fronten die Waffen.

Der Abschluß des Waffenstillstandes war völkerrechtlich keine bedingungslose Kapitulation, sondern ein rechtsverbindlicher Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und den Entente-mächten.

Die deutschen Truppen waren zum Zeitpunkt der Friedensverhandlungen zwar schwer angeschlagen, aber bis zum Waffenstillstand konnten fast keine feindlichen Truppen in das Deutsche Reich eindringen. Nur einige Gebiete in Elsaß-Lothringen waren bereits von französischen Truppen besetzt.

### **34. Wieso wurde das Waffenstillstandsabkommen vom 11. November 1918 durch die Entente-Mächte schändlich gebrochen?**

Der englische Nationalökonom John Maynard Keynes schrieb später über den Abschluß des rechtsverbindlichen Waffenstillstandsvertrages (x063/514): >>Die Natur des Abkommens zwischen Deutschland und den Alliierten ist auf Grund des Austausches der Urkunden klar und eindeutig.

Die Friedensbedingungen - so war vereinbart - sollten die in den Ansprachen des Präsidenten genannten sein und die Aufgabe der Friedenskonferenz, "die Einzelheiten ihrer Anwendung zu besprechen".

Das Zustandekommen des Vertrages vollzog sich auf ungewöhnlich feierliche und rechtsverbindliche Art; eine der Bedingungen war die Zustimmung zu dem Waffenstillstandsabkommen, das so gehalten war, daß es Deutschland wehrlos machen würde.

Nachdem Deutschland sich im Vertrauen auf den Vertrag selber wehrlos gemacht hatte, wurde es zu einer besonderen Ehrenpflicht der Alliierten, ihren Teil des Vertrages zu erfüllen und etwaige Zweifelsfragen nicht auf Grund ihrer Machtstellung auszunützen.<<

Die deutschen Autoren Dr. Thomas Jung und Friedrich Georg schrieben später (im Jahre 2019) in ihrem Buch "1918 - Die Tore zur Hölle. Die verheimlichte Wahrheit über den Untergang des deutschen Kaiserreiches", daß US-Präsident Wilsons "14-Punkte-Friedensplan" nicht der letzte große Betrug der globalen Kriegstreiber blieb (x340/217): >>... Wie die Mittelmächte 1918 an einen gerechten Frieden nach den "Vierzehn Punkten" Wilsons vertrauten und die Waffen streckten, glaubte die sowjetische Führung 1990, auf die Feststellungen in den "Zwei-plus-vier-Verträgen" zur Wiedervereinigung Deutschlands vertrauen zu dürfen, nach denen die NATO keinesfalls über die Oder als polnisch-deutsche Grenze nach Osten hinaus ausgedehnt werden sollte.

Die Russen zogen aus Osteuropa ab. Heute steht die NATO in den baltischen Staaten. Alles war Lüge.

Am Ende des Ersten Weltkrieges gingen am 11. November 1918 die Tore zur Hölle auf! Bis heute hat sie niemand wieder geschlossen.<<

Nach dem 11. November 1918 war das Deutsche Reich schließlich den Siegern auf Gedeih und Verderb ausgeliefert. Deutschland zählte danach zu den wirtschaftlich und politisch unmündigten Staatsgebilden bzw. zu den Staaten ohne Selbstbestimmung.

Als alle deutschen Truppen ihre Waffen niedergelegt hatten, verstärkten die Siegermächte am 6. Dezember 1918 ungeachtet des Waffenstillstandsabkommens die Seeblockade auch im Ostsee-Raum, um die Bevölkerung des Deutschen Reiches systematisch auszuhungern.

Die folgenden Waffenstillstandsbedingungen der Siegermächte waren ungewöhnlich brutal und gnadenlos. Der Waffenstillstand wurde monatlich erneuert, so daß die Sieger jeweils neue Forderungen durchsetzen konnten (x054/186).

Bei der von den alliierten Siegermächten durchgeführten "Hungerblockade" vom 11.11.1918 bis zum 12.07.1919 handelte es sich gemäß Haager Landkriegsordnung - "Ordnung der Gesetze und Gebräuche des Landkrieges" - vom 18.10.1907 um ein Kriegsverbrechen.

Winston S. Churchill (1874-1965, damals britischer Kriegsminister) erklärte am 3. März 1919 vor dem britischen Unterhaus (x063/520): >>Wir halten unsere gesamte Waffenmacht in vollem Gange oder in unmittelbarer Einsatzbereitschaft. Wir führen die Blockade mit äußerster Schärfe durch. Wir haben starke Heere, die jederzeit bereit sind vorzurücken.

Deutschland ist dem Verhungern nahe. Die Berichte von Offizieren, die das Kriegsministerium in ganz Deutschland umhergesandt hat, geben Zeugnis erstens von harten Entbehrungen, die das deutsche Volk erleidet, und zweitens von der großen Gefahr eines Zusammenbruchs des gesamten sozialen und nationalen Lebens unter der Wirkung des Hungers und der Unterernährung.

Jetzt ist der rechte Augenblick gekommen, den Vertrag durchzusetzen! ...<<

General J. F. Fuller schrieb später über das beschämende Verhalten der Sieger (x063/515): >>... daß der Bruch dieses Vertrages die entscheidende Niederlage für die europäische Ordnung war. Er war die unmittelbare Ursache für die weitere verhängnisvolle Entwicklung. Die Alliierten haben ihren Teil des Abkommens nicht erfüllt. Statt dessen haben sie es, als Deutschland hilflos war, im Gegensatz zu früheren Friedenskonferenzen abgelehnt, mit dem Gegner mündlich zu verhandeln; sie haben die Blockade aufrechterhalten; und sie haben die Bedingungen des Waffenstillstands gebrochen.<<

### **35. Weshalb konnte das globale Terrorimperium während des Ersten Weltkrieges Millionen von Menschen ungestraft in den Tod treiben?**

Die kriegerischen Auseinandersetzungen des Ersten Weltkrieges wurden maßgeblich durch das globale Terrorimperium geplant, organisiert, finanziert und durchgeführt.

US-Kardinal John Murphy Farley (1842-1918, seit 1902 Erzbischof von New York) erklärte während des Eucharistischen Weltkongresses vom 22. bis 26. Juli 1914 in Lourdes vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x347/83): >>Der Krieg, der in Vorbereitung ist, wird ein Kampf zwischen dem internationalen Kapital und den regierenden Dynastien sein. Das Kapital wünscht niemanden über sich zu haben; kennt keinen Gott oder Herrn und möchte alle Staaten als große Bankgeschäfte regieren lassen. Ihr Gewinn soll zur alleinigen Richtschnur der Regierenden werden ... Business - einzig und allein ...<<

Die "Kölnische Volkszeitung" berichtete am 8. Oktober 1917 über die Geheimorganisation der Freimaurer (x345/9): >>... Das Freimaurertum bezweckt, die öffentliche Meinung zu bilden und zu leiten. Es will auf die Regierung des Landes jenen Einfluß haben, welchen guten und mächtigen Institutionen gebührt. Deshalb arbeitet es darauf hin, in die öffentliche Verwaltung, in die legislativen Körperschaften und in die höchsten Stellen der Macht seine eigenen Leute zu bringen.<<

Der angebliche Kampf des globalen Terrorimperiums für einen gerechten Frieden nach den "Vierzehn Punkten" Wilsons forderte schließlich von 1914 bis 1918 Millionen von Kriegstoten und ein Millionenheer von physisch und psychisch traumatisierten Kriegsversehrten.

Der Erste Weltkrieg war mit Abstand der verlustreichste Krieg der damaligen Weltgeschichte. Die Zahl der Kriegstoten und Verwundeten erreichte noch nicht gekannte, nie für möglich gehaltene Ausmaße. Europa ging regelrecht in Blut in Tränen unter.

Im Verlauf des Ersten Weltkrieges von 1914-18 fielen rd. 8.551.000 Soldaten (davon waren rd. 1.809.000 Deutsche) und 19.536.000 wurden verwundet - davon waren 4.247.000 Deutsche - (x041/77, x056/319, x061/404).

Die deutsche Zivilbevölkerung blieb im Ersten Weltkrieg zwar größtenteils von direkten Kriegseinwirkungen - Kampfhandlungen, Luftangriffe etc. - verschont, aber die jahrelange Hungerblockade der Alliierten verursachte unermeßliche Leiden, Not und Entbehrungen. Während der Kriegsjahre 1914 bis 1918 erhielten die Deutschen nur unzureichende tägliche Nahrungsmittelzuteilungen, so daß in den Kriegsjahren mehr als 750.000 deutsche Zivilisten verhungerten (x049/15, x267/329).

Außenminister Walther Rathenau berichtete im Dezember 1921 in der "Wiener Presse" über die verdeckte Herrschaft einer geheimen Elite (x337/150): >>Nur 300 Männer, von denen jeder alle anderen kennt, bestimmen über das Schicksal Europas. Sie wählen ihre Nachfolge aus dem eigenen Gefolge. Diese Männer haben die Mittel in den Händen, eine Staatsform zu beenden, die sie für unvernünftig halten. ...<<

### **36. Warum existierte unter den westlichen Alliierten während und nach dem Ersten Weltkrieg eine haßerfüllte Stimmung gegenüber den Deutschen?**

Der deutsche Journalist Bruno Bandulet berichtete später in seinem Buch "Als Deutschland Großmacht war" über ein gemeinsames Gebet der Abgeordneten des US-Kongresses während der Eröffnung der neuen Sitzungsperiode am 10. Januar 1918 (x847/...): >>Du weißt, O Herr, daß wir in einem Kampf auf Leben und Tod stehen, mit einer der schändlichsten, gemeinsten, gierigsten, geizigsten, blutdürstigsten, wollüstigsten und tückischsten Nationen, die jemals die Seiten der Geschichte entehrt haben.

Wir bitten Dich, entblöße Deinen mächtigen Arm und schlage zurück das große Pack hungriger, wölfischer Hunnen, von deren Fängen Blut und Geronnenes tropfen.

Und Dir sei Lob immerdar durch Jesus Christus, Amen.<<

Die Londoner "Times" schrieb im Jahre 1919 (x063/527): >>... Sollte Deutschland in den nächsten 50 Jahren wieder Handel zu treiben beginnen, so haben wir diesen Krieg umsonst geführt.<<

Der französische Politiker Georges Clemenceau (1841-1929) erklärte im Juni 1921 (x340/-202): >>Der Krieg war nur die Vorbereitung, die Vernichtung des deutschen Volkes fängt jetzt erst an. ... Es gibt 20 Millionen Deutsche in Europa zu viel!<<

## Hinweise für den Leser

**Einstellungstermin:** 01.05.2022

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

**Rechtschreibregeln:** Das Sonderheft Nr. 38 wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

**Zitate:** Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

**Anregungen und Kritik:** Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

## Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x051/79) = Das große Lexikon des Dritten Reiches, Seite 79.

x024	Kuhn, Ekkehard: <u>Nicht Rache, nicht Vergeltung</u> . Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x041	Hillgruber, Andreas, und Jost Dülffer (Hg.): <u>PLOETZ "Geschichte der Weltkriege". Mächte, Ereignisse, Entwicklungen 1900-1945</u> . Freiburg/Würzburg 1981.
x043	Zentner, Christian u.a.: <u>DAS DRITTE REICH</u> (Sammeldokumentation). John Jahr Verlag, Hamburg 1976.
x049	Holmsten, Georg: <u>Kriegsalltag 1939-1945 in Deutschland</u> . Bindlach 1989.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): <u>Das große Lexikon des Dritten Reiches</u> . München 1985.
x054	Ploetz, Karl: <u>Hauptdaten der Weltgeschichte</u> . 28. Auflage. Würzburg 1957.
x056	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte</u> . Band 3. <u>Europäische Weltgeschichte</u> . <u>Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I</u> . Frankfurt/Main 1981.
x057	Eilers, Willi: <u>Kleine Weltgeschichte</u> . Staat, Wirtschaft und Gesellschaft im Wandel der Geschichte. Stuttgart 1955.
x058	Tenbrock, Robert H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen</u> . <u>Ausgabe G. Band 2</u> . Die geschichtlichen Grundlagen der Gegenwart; 1776 bis heute. <u>Geschichtliches Unterrichtswerk</u> . Paderborn 1970.
x059	Lasius, Rolf, und Hubert Recker: <u>Geschichte</u> . <u>Band 3</u> . <u>Das Zeitalter der Weltmächte und Weltkriege</u> . 3.-5. Auflage. Weinheim 1964.
x061	Kinder, Hermann, und Werner Hilgemann: <u>dtv-Atlas zur Weltgeschichte</u> . <u>Band 2</u> . <u>Von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart</u> . 25. erweiterte Auflage. München 1991.
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: <u>Deutsche Geschichte</u> . Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x068	Deschner, Karlheinz: <u>Der Moloch</u> . Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996.

x069	Klett, Ernst (Hg.): Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk. Band IV. <u>Um Volksstaat und Völkergemeinschaft</u> . E. Klett Verlag, Stuttgart 1967.
x073	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Unsere Geschichte. Band 3</u> . Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. Frankfurt/Main 1986.
x074	Stein, Werner: <u>Fahrplan der Weltgeschichte</u> . Die wichtigsten Daten aus Politik, Kunst, Religion, Wirtschaft. Augsburg 1994.
x089	Ploetz-Verlag (Hg.): PLOETZ. Lexikon der deutschen Geschichte. Freiburg im Breisgau 1999.
x090	Dahms, Hellmuth Günther: Deutsche Geschichte im Bild. Frankfurt/Main 1991.
x092	Chronik Verlag (Hg.): Chronik der Deutschen. 3. überarbeitete Auflage. Gütersloh/München 1995.
x128	Kampmann, Wanda, und Berthold Wiegand (Hg.): <u>Politik und Gesellschaft. Band 2</u> . 1917 bis heute. 7. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main 1980.
x142	Hellwig, Gerhard, und Gerhard Linne: <u>Daten der Weltgeschichte</u> . Von der Altsteinzeit bis heute. München 1991.
x145	Lasius, Rolf, und Hubert Recker: <u>Geschichte. Band 2</u> . Das Zeitalter der großen Mächte. 3.-5. Auflage. Weinheim 1964.
x192	Parker, Geoffrey (Hg.): Grosse illustrierte Weltgeschichte. Wien/München/Zürich 1996.
x215	Fischer-Fabian S.: <u>Preußens Krieg und Frieden</u> . Der Weg ins Deutsche Reich. München/Zürich 1981.
x233	Klett, Ernst (Hg.): <u>Menschen in ihrer Zeit. Band 5</u> . Im vorigen Jahrhundert. 1. Auflage. Stuttgart 1968.
x237	Tenbrock, R. H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen. Ausgabe B. Band 3</u> . Das Werden der modernen Welt (1648-1918). Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1977.
x239	Klett, Ernst (Hg.): <u>Erinnern und urteilen. Band III</u> . Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1980.
x245	Ripper, Werner, und Eugen Kaiser (Hg.): <u>Weltgeschichte im Aufriß. Band 3, Teil 1</u> . Vom Ersten Weltkrieg bis 1945. Frankfurt/Main; Berlin, München 1976.
x281	Steingart, Gabor: <u>Weltkrieg um Wohlstand</u> . Wie Macht und Reichtum neu verteilt werden. München 2007.
x283	Demandt, Alexander: <u>Es hätte auch anders kommen können</u> . Wendepunkte deutscher Geschichte. 4. Auflage. Berlin 2011.
x307	Clark, Christopher: <u>DIE SCHLAFWANDLER</u> . Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog. 8. Auflage. München 2013.
x320	Schultze-Rhonhof, Gerd: <u>Der Krieg, der viele Väter hatte</u> . Europas Weg in die Katastrophe. COMPACT-Geschichte Nr. 4. Werder (Havel) 2018.
x321	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Versailler Vertrag</u> . Der Pakt der Hitler an die Macht brachte. COMPACT-Geschichte Nr. 5. Werder (Havel) 2018.
x337	Effenberger, Wolfgang und Jim Macgregor (Hg.): <u>Sie wollten den Krieg</u> . Wie eine kleine britische Elite den Ersten Weltkrieg vorbereitete. 1. Auflage. Rottenburg 2016.
x340	Jung, Thomas und Friedrich Georg: 1918 - <u>Die Tore zur Hölle</u> . Die verheimlichte Wahrheit über den Untergang des deutschen Kaiserreiches. 1. Auflage. Rottenburg 2019.
x345	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Freimaurer</u> . Die Verschwörungen eines Geheimbundes. COMPACT-Spezial Nr. 23. Werder (Havel) 2019.
x347	Schulte, Thorsten: <u>FREMDBESTIMMT</u> . 120 Jahre Lügen und Täuschung. 3. Auflage. Bautzen 2019.

## Internet

x847	Bandulet, Bruno: <a href="http://www.kopp-verlag.de/Als-Deutschland-Grossmacht-war.-htm?websale8=kopp-verlag&amp;pi=935400">http://www.kopp-verlag.de/Als-Deutschland-Grossmacht-war.-htm?websale8=kopp-verlag&amp;pi=935400</a> - April 2014.
x878	<a href="http://www.guntram-von-schenck.de/">http://www.guntram-von-schenck.de/</a> – September 2016.
x887	<a href="http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html">http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html</a> - Dezember 2016
x980	<a href="http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/amtspresse/ansicht/issue/11614109/767/-?no_cache=1&amp;type=102&amp;tx_zefysdigibibo_pi1%5Bdruck%5D=1">http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/amtspresse/ansicht/issue/11614109/767/-?no_cache=1&amp;type=102&amp;tx_zefysdigibibo_pi1%5Bdruck%5D=1</a> VII. Jahrgang. No. 62. Neueste Mittheilungen. Verantwortlicher Herausgeber: Dr. H. Klee. Berlin, Montag, den 25. Juni 1888. – <u>September 2020</u>
x1.032	<a href="https://erasmus-stiftung.de/mediathek-2/publikationen/">https://erasmus-stiftung.de/mediathek-2/publikationen/</a> - November 2021
x1.035	<a href="https://www.wilhelm-der-zweite.de">https://www.wilhelm-der-zweite.de</a> – Dezember 2021